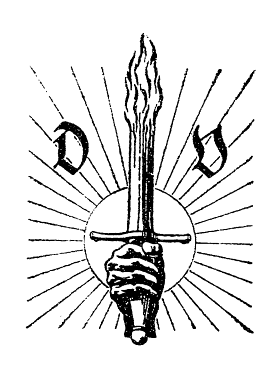
Der Wahrheit eine Gasse



Eine Abrechnung mit dem Judentum u. seinen Helfern

von

Prof. Dr. F. Werner



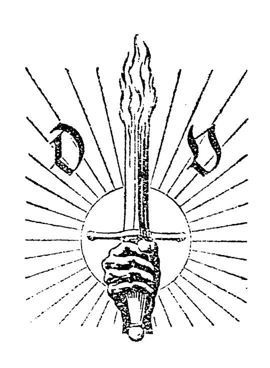
Deutscher Volksverlag · München

Der Wahrheit eine Gasse!

Eine Abrechnung mit dem Judentum und seinen Helfern

Von

Prof. Dr. Ferdinand Werner



Deutscher Volks-Verlag, München 1919

Druck von Dr. F. P. Datterer & Cie., München-Freising.

Inhaltsverzeichnis.

Seite
Einführung 4
1. Wer regierte in Deutschland? 8
2. Belogen und betrogen? 19
3. Wer trägt die Schuld am Kriege? 26
4. Wer war für Sieg und Landerwerb? 33
5. Wer trat für den U-Bootkrieg ein? 52
6. Wurden die Vereinigten Staaten wegen des U-Bootkrieges unser Feind? . 64
7. Wie stand es mit dem Frieden und wie mit der Kriegsverlängerung? . . 66
8. Das trübe Ende 89

Einführung.

Politik ist ein Geschäft, das auf Dank nicht zu rechnen braucht. Es wird doch alles vergessen, das Gute aber rascher als das Böse. Deshalb müssen die Deutschbewußten von ihren völkischen Gegnern den Wert der Wiederholung und die starre Beharrlichkeit lernen. 5 Jahrzehnte hindurch hat die bürgerliche und sozialistische Demokratie mit dem politischen Kinderschreck „Junker" gearbeitet und ihr Ziel erreicht, obwohl nur Bruchteilwahrheiten mit ihr gingen. Sollte es so schwer sein, mit der ganzen Wahrheit im Bunde den Sieg zu erstreiten?

Es ist die Zeit, wo das gründlich „neuorientierte" deutsche Volk nach neuen Wegweisern sucht. Der Glaube an die Wunder der Revolution ist vorbei. Verdrießlich qualmen die erbarmungswürdigen Schutthaufen betrogener Hoffnungen. Bürger, Bauer und „Weltproletariat" sehen betrübten Angesichts, daß es mit den goldenen Tagen leider nichts ist.

Der Rausch ist ausgeschlafen; grau schaut der Alltag in das wüste Gemach. Ein ungeheures Unglück ist geschehen.

Der deutsche Mensch steht vor den Trümmern einer großen Vergangenheit. Ein glänzendes Kaiserreich zerschlagen, das Vaterland zerstückelt, geschändet, ausgeraubt, wahnsinnig verschuldet, unter der Sittenaufsicht der Biedermutter Entente.

„Die kaiserlose, die schreckliche Zeit" waltet ihres Amtes. Hoffnungslosigkeit grinst von allen Zweigen die Narren des Weltbürgertums und des Völkerbundes an, die das wärmende Herdfeuer völkischen Lebens zuschütteten und glaubten, sie brauchten, um glücklich zu sein, nur das zu tun, was ihnen das Gesetz Wilsons, des Trustheilands, befahl.

Und so brachen Deutsche — Schurken und Toren — Deutschland selber das Rückgrat; so lieferte man Flotten und Tauchboote aus, so verluderte das Erbe ganzer Geschlechter, die ein stattliches Haus gebaut und drin, trotz Wetter, Sturm und Graus, auf Gott vertraut hatten. Wie fror da das Erwachen nach der **Meintat vom 9. November 1918** hinunter bis in das tiefste deutsche Leben!

Zwei Internationalen bestanden und blieben bestehen, nachdem sie sich über Wien, Rom, Brüssel und London gegen Protestantismus und Deutschtum verständigt hatten: Jesuitismus und Judaismus, zwischen denen mehr Verbindungsfäden laufen, als der große Haufe ahnt, der stumpf seines Weges trottelt.

„So sehen Sie, mein lieber Koningsby, daß die Welt von ganz anderen Leuten regiert wird, als diejenigen glauben, die nicht hinter die Kulissen sehen."

Der so sprach, hieß Disraëli und nannte sich später Earl of Beaconsfield, wie sich Rufus Isaacs, als oberster Richter Englands zum Vorsitzer des Tribunals für unsern Kaiser bestimmt, Lord Reading umbenamte. Und Beaconsfield und Reading sind die Beauftragten der Weltjudenheit, ihres Volkes und „Wissende" ersten Ranges.

Die dritte Internationale, die des Proletariats aber liegt hoffnungslos am Boden. Sie war der Sturmbock des internationalen und doch einzigartig nationalen Judentums; sie ist der Fetisch der „tumben" Deutschen, die an sie heute noch zum großen Teil mit aller Inbrunst derjenigen glauben, die „Religion" für erledigt erachten und doch in ihrer inneren Öde irgendwo einen Halt suchen müssen, die wirklich oder vermeintlich auf der Schattenseite des Lebens gehen und sehnsüchtig nach Erlösung verlangen.

Selber unerschütterlich seine nationale Überlieferung zu bewahren, die ihm gefährlichen Grenzen der Nationalitäten aber zu verwischen, den völkischen Gedanken als „Hurrapatriotismus", „Chauvinismus" usw. verächtlich zu machen — das ist dem Judentum nur in Deutschland gelungen. Der Enderfolg ist dennoch nicht auf seiner Seite. Überall loht die Flamme völkischer Bewußtheit höher empor. Nicht Europa-, nicht Weltgewissen — nein, völkisches Gewissen hat Sinn und Geltung und Zukunft.

„International", im Sinne listiger Täuscher, hat ausgespielt. Das berühmte „Weltproletariat" spürt kein Klopfen des „Menschheitsgewissens", wenn es den deutschen verlorenen Schwimmer im stürmenden Meere erblickt; keinen Finger reckt es dem schwer kämpfenden deutschen „Bruder" entgegen. Nirgends Rettung, nirgends Land ... Und so überließ und überläßt es den getreulich das Programm der Weltdemokratie Erfüllenden dem Hunger, dem Bürgerkrieg, der Sklaverei und aller Pein des Würgerfriedens.

Der Sozialismus wird zum schellenlauten Toren und enthüllt jahrzehntealten Trug, und lauter Narrenglöcklein hängen an seiner roten Jakobinermütze. Sein Zerrbild, der marxistische Kommunismus, zieht die blinde Masse an, der herrschlüsterne Demagogen

die „Souveränität" zusprechen, und die doch das Rasiermesser des radikalen Demokratismus nur benutzt, um sich und dem eigenen Volke schließlich den Hals zu durchschneiden. Streik und Tanzmusik, Kinopest und Papiergeld, das bald nur noch pfundweise gewertet und aufgestapelt sein wird, wie in Rußland, beherrschen die „deutsche" Welt, deren Schicksal leider von den Internationalen gemacht worden ist.

Judentum und Sozialdemokratie haben die Politik der hinter uns liegenden Jahrzehnte entscheidend beeinflußt. Um ihrer politischen Ziele willen stieß man unser Volk in den Krieg mit Rußland, um jüdischer Belange willen schloß man den frühzeitig möglichen Sonderfrieden mit Rußland nicht, um jüdisch-revolutionärer Grundsätze willen stellte man die Formel auf: „Friede muß werden ohne Sieg!"; um den deutschen Grundbesitzerstand als Herrenschicht zu entwurzeln, schlug man dem deutschen Volke das Siedlertor des Ostens zu.

Wo sind nun die Verheißungen, die Errungenschaften der glorreichen Revolution?

Bettlergleich steht das deutsche Volk da, belogen und betrogen, wie niemals ein anderes auf Erden getäuscht wurde.

Wilson, in Wahrheit ein Drei-Punkte-Mann ∴ und Gimpelfänger mit seinen berüchtigten 14 Punkten, entpuppte sich als der größte Betrüger der Weltgeschichte und „Volksbeauftragter" des Judentums, das in der Entente sein Werkzeug gegen die deutsche Menschheit furchtbar geschmiedet hat.

Die Revolution zerbrach das deutsche Schwert und schuf das Chaos. Mit der dem Kaiser geraubten Kommandogewalt schmolzen Disziplin, Autorität im Heer, in den Staats- und Privatbetrieben dahin. Ehre und Scham entflohen zu den Hunden, nachdem die Aufhebung der Zensur noch den Kehraus machte, und Schmutz und Gemeinheit aus tausend jüdischen Rinnsalen in die deutsche Seele träufeln. Denn — so will es Alljuda — dem deutschen Absturz soll diesmal kein Aufstieg folgen. Die Schwarzalben predigen Verständigungsfrieden, aber nur solange, bis sie gesiegt haben.

In das hellste Freilicht der politischen Bühne schreiten die Drahtzieher hinaus, die hinter den Kulissen standen, von denen Disraëli sprach; die Marionetten, die man Regierung nannte, sind in leere Luft zerstoben, und von Schauer gepackt schaut aufdämmernde Erkenntnis in eine furchtbare Zukunft hinaus.

Nun begreift auch das schwerfälligere Denken Zweck und Ziele und Macher der Kriegsgesellschaftswucherei, der Getreide- und Goldschiebungen, der Zwangswirtschaft und Kommunalverbände, jener Brutanstalten des Judaismus. Nun weiß man, wer die Kriegswucher-

gesetze verhinderte, die Schweineabschlachtungen durchsetzte und die Druschprämie wieder einführte. Jetzt versteht man Eisenbahner- und Erntestreiks, die Zerstörung von Milliardenwerten, den Zweck des Wahlrechts der Zwanzigjährigen, wie den des Streites um das preußische Wahlrecht im Kriege. Die Eisenbartoperation der Revolution ist gelungen, der deutsche Patient zum mindesten scheintot.

Und wie Kinder, die pfeifen und schreien, um ihre Furcht zu bannen, rufen die Lobsinger des alljüdischen Umsturzes, denen ihr gefräßiger Wechselbalg selber nach den Waden schnappt, immer und immer wieder laut die Schuld „der andern" in das Land hinaus, die der „Kriegsverlängerer", der „Alldeutschen", der „Schwerindustriellen", der „Annexionisten", der „uferlosen Eroberungspolitiker" usw.

Leider finden sich immer noch Gläubiger für diese Prediger des dauernden Volksbetruges.

Ein Jahrhundert Judenemanzipation und fünf Jahrzehnte immer bedrohlicher wachsender, fremdvölkischer Pressedurchseuchung sind nicht umsonst gewesen. Dennoch: die Bastille deutscher Geistesknechtschaft, von deren Turm die blauweißgelbe Fahne des Judentums weht, ist geborsten. Es ist Sturmzeit und Wolfszeit vorm Ende einer alten Welt, der Nathanlegende eines Lessing und der Weltanschauung des wurzellosen Nomadentums. Ein neues Geschlecht wird aus den Ruinen unserer Tage emporsteigen. Man wird Körperzucht und noch mehr Seelenpflege betreiben, nicht bloß reinrassige Tiere, sondern auch Edelmenschen aufziehen. Wir werden vor des Blutes gnadenreicher Spende und seiner Wunderkunde knien lernen, lernen müssen.

Das Licht vom Himmel läßt sich nicht verhängen. Das ist die Botschaft des Heils, die bereits die donnerdunklen Wolken der deutschen Nacht morgenrötlich umsäumt.

In ihrem Geiste wirkt still und beharrlich die sturmschnell wachsende Gemeinschaft der Deutschen, in ihrem Sinne wollen auch diese Zeilen wirken. Die Zeit ist da, die Stunde nah. Der Wahrheit eine Gasse!

1. Wer regierte in Deutschland?

Rasch fertig ist die Linke mit dem Wort: die Alldeutschen, die Junker, die Schwerindustrie usw. Nichts einfacher als das. Diese Kreise, die das Lied „Deutschland über alles“ sangen, „das uns so viel geschadet hat“, das waren die herrschenden Leute, die Ausbeuter, die Volksfeinde, die Kriegshetzer. Die sind an allem schuld. So klang und klingt es tausendfach und hat tausendfach seinen Zweck erreicht.

Wie liegen aber die Dinge in Wirklichkeit?

In keiner Legislaturperiode des Reichstags haben die mit den oben genannten, abwechselnd angewandten Bezeichnungen charakterisierten Kreise jemals auch nur annähernd die Macht besessen.

In dem Reichstag von 1912, dessen schwarz-rote Mehrheit unser Verhängnis wurde, saßen, wenn es hoch kommt, 60 bis 100 Abgeordnete, die man als Vertreter einer starken, völkischen Politik ansprechen kann. Etwa 300 bis 340 Abgeordnete aber waren das ganz bestimmt nicht, zum mindesten gilt das von den 110 Sozialdemokraten und den ungefähr insgesamt genau so zahlreichen Mitgliedern des Zentrums, der polnischen und elsässischen Gruppe.

Deutschkonservative Abgeordnete wurden 1912 nur 45 gewählt. Die Freikonservativen hatten nur 12 Mandate erobert, die deutschvölkische Partei gar nur 5. Bei vielen Abstimmungen, insbesondere bei der „Friedensresolution“, mit der der gründlich vorbereitete jüdische Abbruch begann, und bei dem parlamentarischen Vertrauensvotum für den Kanzler der „Unterirdischen“, Prinz Max von Baden, stimmten auch noch etwa 10 der Mitglieder der gesamten „Rechten“ mit der Mehrheit.

Die demokratisch gesinnte Mehrheit aber hat die Politik gemacht, und der viel angegriffene Alldeutsche Verband zählte im letzten Reichstag 16 ganze Mitglieder, von denen überdies nur einzelne den Verband gegen die haßerfüllten Angriffe der Alljuden Haas, Landsberg, Haase usw. auf der Tribüne in Schutz nahmen.

Will man behaupten, daß 60, ja 100 Abgeordnete in der Lage wären, gegen einen geschlossenen Block von mehr als 300 durchzudringen, nachdem die Mehrheit sich „konsolidiert“ hatte und kleinlich und gehässig die Rechte ausschloß?

Und wie war es im Preußischen Landtag?

Gewiß, dort waren die Konservativen stärker vertreten als im Reichshause, aber ausschlaggebend waren sie allein nicht, und man mag über ihre Haltung zur Wahlrechtsreform denken, wie man will: es wurde nur durch den erheblichen Zuzug aus den Reihen des Zentrums und der Nationalliberalen möglich, das gleiche Wahlrecht zu Fall zu bringen.

Wenn aber nun die Freisinn-Demokraten den Konservativen unter großem Aufwand von Entrüstung vorwarfen, sie hätten ihre Macht mißbraucht und das Wahlrecht nicht zeitgemäß geändert, so muß ihnen entgegengehalten werden, daß die Freisinnigen Parteien im Preußischen Landtag früher tatsächlich jahrelang die glatte Mehrheit besaßen und garnicht daran dachten, das Wahlrecht zu ändern, so wenig wie sie das in den Gemeinden taten, wo sie ebenfalls die Macht dazu hatten.

Und die Sozialdemokraten, die den Zwanzigjährigen das Wahlrecht gaben, obgleich sie sich nicht genug aufregen konnten über den unreifen Leutnant Forstner im Falle Zabern, über jenes „blutjunge Bürschlein", und über die „Lausbuben" von Leutnants im Krieg, wie auch ihr grobkörniger Noske über das „zwanzigjährige Großmaul" der Revolution herzog, die betrachten die Wahlrechtsfrage nur vom Standpunkte ihrer Machtpolitik und würden das gleiche Wahlrecht als Schmach bezeichnen, wenn es ihnen nicht die brutale „Diktatur des Proletariats", will sagen die Herrschaft des Judentums durch die betörte, ewig kindliche Masse, verhieße. Kann man so von einer konservativ gerichteten Mehrheit des Parlaments nicht sprechen, so trifft dasselbe zu für unsere Regierungen und unsere Diplomatie.

Welcher Reichskanzler war denn seit 1890 konservativ? Etwa Caprivi, der wirtschaftspolitische Schüler des „Berliner Tageblatts" oder der von Herrn Théodore Wolff herablassend mit einem Händedruck beehrte Bethmann, der Schutzbefohlene der „Frankfurter Zeitung"? Im besten Falle erhob sich der politische Positivismus der nachbismärckischen Kanzler bis zu den Mittellagen des Nationalliberalismus, also einer politischen Richtung, die doch ihre Sitze im Reichstag stets auf der linken Seite einnahm. Und saßen denn die Junker in den maßgeblichen Minister- und Staatssekretärposten?

Gehören die Delbrück und Wermuth, die Helfferich und Zimmermann, die Kraetke und Sydow, die Beseler und Michaelis und Dutzende anderer zu den Junkern? Als Helfferich zum Staatssekretär des Innern und Vizekanzler ernannt wurde, schrieben die „Mitteilungen und Nachrichten der Kriegszentrale des (jüdisch geführten) Hansabundes", Nr. 38, 1916: „Der Staatssekretär des

Reichsschatzamtes Helfferich, den wir bis zu seinem Eintritt in sein hohes Reichsamt den Unsern nennen durften, ist zum Staatssekretär des Innern und Vizekanzler ernannt worden. Wir wissen wohl, daß diese Stellung den Inhaber über Parteigrenzen hinausheben soll, wir vertrauen aber darauf, daß die grundsätzliche Übereinstimmung in der Staats- und Wirtschaftsauffassung, die zwischen Helfferich und dem Hansa-Bunde bisher bestand, uns die Unterstützung seiner Politik zu einer gerne geübten Pflicht machen wird."

Und als Delbrück von seinem Posten als Staatssekretär des Innern zurücktrat, da sandte ihm eine einzige Reichstagsfraktion ein Sympathieschreiben, nämlich die Fortschrittliche Volkspartei, die mit Zentrum und Sozialdemokraten auch dem Reichszerstörer Bethmann nachtrauerte, der die Sozialdemokratie so lange bei der Stange hielt, bis sie, wie Münchhausens Wolf, das deutsche Rennpferd auf- und sich selbst in sein Geschirr gierig hineinfraß und dann den Reichswagen in den Abgrund riß. Vor dem Sturze Bethmanns rief der Sozialdemokrat Leinert im Preußischen Landtag aus: „Sollten Sie (nach rechts) den Sturz des Reichskanzlers herbeiführen, so wird noch einmal solche Stunde kommen, wie 1914, das ganze deutsche Volk wird zum Kampf gegen das Junkertum aufgeboten werden." (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 64, 1917.)

Hier stellt sich die Sozialdemokratie, wie auch im Reichstag wiederholt durch Gradnauer, Scheidemann, David, vor Bethmann, ihren Schrittmacher, wie der Zentrumsführer Fehrenbach, der politische Kleinbürger auf dem Reichstagspräsidentenstuhl und Held von Zabern unrühmlichsten Angedenkens, wie die Fortschrittsmänner von Payer, Müller und Gothein so oft getan, vor und gar nach des Kanzlers Abgang, der auf Erzbergers Zusammenbruchsaktion vom Juli 1917 zurückzuführen ist und erfolgen mußte, nachdem schließlich kein Mensch mehr Bethmann vertraute.

Und ganz spät kam dann die Sonnemannzeitung aus Frankfurt an dem Maine und gab ihrem sonst so eifrig behüteten Pflegling aus Portugiesenblut den Löwyfußtritt, indem sie ihm rund und nett bescheinigte, daß er schließlich doch nur ein geistiger Trottel gewesen sei. Der Mohr hatte ja seine Schuldigkeit getan. Dieselbe „Frankfurter Zeitung" aber schrieb am 1. September 1917 in ihrer Nr. 241: „Gerade in der Politik, welche dem gegenwärtigen Kriege unmittelbar vorausging, und in der Politik, welche während dieses Krieges von Deutschland geführt wurde, ist in allen wesentlichen Punkten das deutsche Volk mit seiner Regierung vollständig einig

....Die demokratischste Regierung Deutschlands würde keine andere Politik treiben."

Und was sagte Scheidemann am 19. Juli 1917 im Reichstag (Stenogr. Bericht S. 3577): „Es gibt keinen Reichskanzler und es kann keinen geben, der nicht im Sinne unserer (der Mehrheits-d.Bf.) Entschließungen handeln müßte."

So war Herr von Bethmann-Hollweg und so jeder seiner Nachfolger Mehrheitsmandatar, auch Michaelis, der rasch verlöschende Sternschuß, und Graf Hertling, der aus Bethmanns Scherbenhaufen Flaschen machen sollte und am Fluche des B-Systems scheitern mußte, auch wenn er nicht eben ein Hertling gewesen wäre. Und der Mehrheits-Shylock bestand auf seinem Schein, nachdem Bethmann bei den Wahlen von 1912 nichts tat, um den Parteien zu helfen, die ihm die Finanzreform von 1909 gemacht hatten. Er ließ das nationale Deutschland tatenlos an den Internationalen zugrunde gehen.

Und wie sah es in der Diplomatie aus? Welcher Auslandsdeutsche konnte sich einer kraftvollen Vertretung durch „deutsche" Generalkonsuln und Botschafter mit ihren internationalen Frauen erfreuen? Wann wird die Geschichte des Einflusses englischen und jüdischen Blutes in unserer hohen Beamtenschaft und auswärtigen Vertretung geschrieben? Was war von Vertretern unserer auswärtigen Politik zu erwarten, die mehr auf gute Behandlung in der Wilhelmstraße als auf wahrheitsgemäße Berichte sahen und die sich im Auslande ganz anders gaben als deutsch und das profanum vulgus der Landsleute möglichst fernhielten und verachteten? Mit Eifersucht wachte die Linke darüber, daß ja kein aufrechter deutscher Mann das Auswärtige betreute. Gewiß, Graf Brockdorff-Rantzau, Graf Bernstorff, Fürst Lichnowsky waren „Junker", aber in ihrem Lager wehte die Fahne Rudolf Mosses (lies: Ruben Moses), und an solchen „Ostelbiern" haben Ullstein und Mosse ihre Freude.

Und als der „Bürgerliche" Zimmermann auf dem Kutschbock saß, da kannte und duldete er die Treibereien eines Gerard, des amerikanischen Botschafters, der die deutschen Frauen Kühe nannte und englische und russische Spione mit Pässen versah.

Damals schon war Matthias Erzberger der Macher des Auswärtigen Amtes, das ihm hohes Lob spendete, reiste mit oder ohne Auftrag in Weltall und Menschheit herum und trieb die Politik des blinden Gauls im Töpferladen.

Herr Erzberger aber sagte am 27. Februar 1917 (Stenogr. Bericht S. 4219 f.) in einer Ausfallsrede gegen Herrn von Heydebrand,

den Führer der Konservativen: „Nachdem aber gestern Herr v. Heydebrand selbst gesagt hat, daß er der Führer einer Minderheit sei, so wünsche ich, daß gerade dieser Ausdruck auch im Auslande recht bekannt werde; denn dort wird die Autorität des Herrn von Heydebrand noch gewaltig überschätzt. Da sagt man immer noch: wer regiert in Deutschland? Der ungekrönte König von Preußen! (Lebhafte Zurufe rechts. — Große Heiterkeit.) — Nein, leider nicht Herr von Heydebrand. (Erneute Heiterkeit.) Wenn ich die Macht in Deutschland hätte, die Ihnen das feindliche Ausland zuschreibt, ich glaube, wir hätten bald Frieden.“ (Lachen und Zurufe rechts.)

Herr Erzberger vergaß leider hinzuzufügen, welcher Lügenmacht es gelungen ist, im Auslande jenes verzerrte Bild unserer politischen Zustände und Kräfteverhältnisse zu entwerfen, in dem wir einen der stärksten Antriebe der Entente zum Kriege gegen uns zu erblicken haben. Doch davon wird noch zu reden sein.

Die Mehrheit regierte und niemand anders. Am 28. September 1917, kurz vor 5 Uhr nachmittags, sagte der mir im Hauptausschuß des Reichstags schräg gegenübersitzende Abgeordnete Scheidemann zu den links von mir sitzenden freisinnigen Abgeordneten Gothein und von Payer: „Kühlmann hat im Siebener-Ausschuß gesagt, daß der Reichstagsbeschluß vom 19. Juli (also die Friedensresolution!) eine absolute Bindung für die Regierung bedeutet, und daß er in der belgischen Frage auf dem gleichen Standpunkt steht, wie ich (Scheidemann) seinerzeit gesagt habe.“ Bethmann war seit 1912 nur noch der „junge Mann“ des Herrn Scheidemann. Nach dem „Berliner Tageblatt“ vom 29. September 1916 schrieb die sozialdemokratische „Internationale Korrespondenz“ die folgenden beachtenswerten Sätze: „Er (Bethmann) ist damit der von Scheidemann auf der Reichskonferenz im Interesse der Friedensanbahnung erhobenen Forderung gefolgt.“ ... „Daß Bethmann-Hollweg kein anderes Kriegsziel aufgestellt hat als das der deutschen Sozialdemokratie.... Auch wir wünschen dringend endlich mehr Klarheit über die innere Zukunft Deutschlands zu hören. Aber wenn selbst auf der sozialdemokratischen Reichskonferenz darüber nichts gesagt wurde, wie soll der Verantwortliche eines Reiches ... im Augenblick mehr sagen?“

Wenn der Reichskanzler Bethmann so gehorsam war, was braucht man sich noch darüber zu wundern, daß Scheidemann immer dringlicher wurde, daß er in Würzburg und sonst sich aufblies im Gefühle seiner Macht und schließlich alles durchsetzte bis zum Sturze der Monarchie? Die sozialdemokratische Presse, die „Frankf. Ztg.“ und

das „Berliner Tageblatt" wurden aus der Reichskanzlei freigebig mit Nachrichten versehen und gingen in ihren Angriffen gegen die „Alldeutschen" Hand in Hand mit ihrem Geschäftsträger Bethmann. So konnte die „Chemnitzer Volksstimme" über den Friedensschritt des Kaisers vom 12. Dezember 1916 berichten, ehe er erfolgte, und dem maßlosen Angriff Bethmanns gegen die „Piraten der öffentlichen Meinung" am 5. Juni 1916 ging eine ebenso üble Attacke Theodor Wolffs in der Morgenausgabe des „Berliner Tageblatts" voraus.

Scheidemann sagte am 27. Februar 1917 (Stenogr. Bericht des Reichstags S. 2386): ...„und so wird alle Welt die Genugtuung begreifen, die wir empfanden, als die Regierung mit Argumenten, die den unseren nahe kamen, der Welt den Frieden anbot."

Die Mehrheit regierte, mit und ohne Bethmann, und „schob" besonders die Sache unter dem Prinzen Max von Baden, der ganz und gar ein Erzeugnis der Mehrheit war, die er dann ernsthaft als „Willensbildung" bezeichnete. Die Welt des Prinzen Max als Wille und — Vorstellung!

Trotzdem lügt man in das Volk hinaus, die „Alldeutschen" hätten bis zum 9. November 1918 die Herrschaft in Deutschland gehabt.

Umgekehrt wird ein Schuh draus! Gerade weil die Alldeutschen die Herrschaft in Deutschland nicht hatten, weil man ihre Rüstungsvorschläge auf wirtschaftlichem und militärischem Gebiete nicht befolgte, weil man ihren glänzenden Nachrichtendienst aus dem Auslande nicht benutzte, deshalb brach Bethmanns Kartenhaus vor Edward Goschens glattem Gesicht zusammen, deshalb sahen sich alle Propheten des Weltlaufs von Naumann bis Helfferich enttäuscht, deshalb ging das Deutsche Reich in Scherben.

Das führende Zentrumsblatt am Rhein, die „Kölnische Volkszeitung", schrieb in ihrer Nr. 306 vom Jahre 1917: ...„soviel hat der Krieg heute schon gelehrt, daß die Alldeutschen mit ihren Voraussagungen wahrer und besser geurteilt haben, als die Leute in Frankfurt und Berlin, die Deutschlands Rüstungen bekämpft und vom ewigen Frieden geträumt haben."

Und diese allein richtig sehenden Leute hatten nicht den geringsten Einfluß auf die Regierung, wurden vor dem Kriege kaum beachtet, wenn das aber geschah, als Phantasten verlacht.

Hans Delbrück, ein Bethmannide ersten Ranges, sagt in seiner Flugschrift „Englands Schuld am Kriege" auf Seite 4: ....„Die Alldeutschen, die aber in Deutschland vor dem Krieg un-

verhältnismäßig viel weniger Gehör fanden als die Kriegsfreunde und Deutschenfresser in England." Der freisinnige Abgeordnete Neumann-Hofer aber schreibt in Nr. 355 der „Lippischen Landeszeitung" vom 29. Dezember 1917 einen Aufsatz „Unsere Alldeutschen", in dem er „öffentlich, so daß es alle Welt hören kann", feststellt, „daß die Alldeutschen mit ihren verstiegenen Vorstellungen und Ansichten eine kleine und im deutschen Volkstum gänzlich unbeachtliche Gruppe bilden, deren Stimmenaufwand im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Bedeutung steht, und die in keiner Weise bestimmend und ausschlaggebend sind."

Die überalljüdische „Frankfurter Zeitung" meint zu dem gleichen Thema im Abendblatt vom Montag, 26. Februar 1917: „Diese Richtung, die früher im Parteileben keine große Rolle spielte und für das von ihr veröffentlichte Wochenblättchen außerhalb der Kreise der begeisterten Anhänger schwerlich viele Leser fand ...." Sie höhnt dann über das früher „etwas dürftige Gewand" des Alldeutschen Verbandes und orientalisiert von „der reichen Livree der Schwerindustrie", die jener Kämpferbund jetzt am Leibe trage. Daß jemand etwas um der Sache selbst willen tut, ist bekanntlich deutsche Art; ohne Bezahlung etwas zu tun, das gehört allerdings nicht in die Gedankenwelt der großen Zeitungsdame in der Eschenheimergasse. „Alldeutsch" und „Alljüdisch" sind durch tiefe, unüberschreitbare Wasser getrennt.

Auch „Alldeutsch" und „Allscheidemännisch", was ja nur eine andere Übersetzung des Panjudaismus bedeutet.

„In Deutschland sind die Alldeutschen längst unten durch", rief Scheidemann im Reichstag am 20. November 1917 aus. Aber 1918 und 1919 sind sie die „Schuldigen".

Und was sagt der Demokrat Haußmann am 25. Oktober 1917 (Stenogr. Bericht des Reichstags S. 3822)? „Die alldeutsche Gesinnung hat niemals Kraft in der Regierung gehabt, aber sie hat das Mienenspiel und die Gebärden der Regierung zum Teil mitbestimmt, und dadurch war es den Gruppen in den feindlichen Ländern, in England, in Frankreich und Rußland, die den Krieg wollten, möglich, vor ihren Völkern eine ‚deutsche Gefahr' an die Wand zu malen, die tatsächlich nicht bestanden hat."

„Die Welt ist voller Widerspruch, und sollt' ich mir nicht widersprechen?" denkt auch Herr Haußmann. Inwiefern eine Gesinnung, die niemals Kraft besessen hat, das Gebärdenspiel der Regierung bestimmen kann, bleibt Geheimnis des Herrn Haußmann, der

noch im Juni 1914 einen Krieg mit England für gänzlich ausgeschlossen erklärte und angesichts des von ihm mit verschuldeten Elends weise sagte: „Hätten wir das am 9. November 1918 gewußt, wir hätten die Waffen nicht niedergelegt.“ Waren daran etwa auch die Alldeutschen schuld? Und wie bei Herrn Erzberger gilt auch hier für Herrn Haußmann die Frage: welche Lügenmacht in der „deutschen“ Presse hat denn das Zerrbild von Deutschland geschaffen, von den „Alldeutschen“ und der deutschen Rückständigkeit? Herr Haußmann kennt doch seine Leiborgane in Frankfurt, Berlin und Stuttgart? —

Ist es also mit der parlamentarischen Herrschaft und dem Einfluß der Alldeutschen auf die Regierung nichts, so haben sie aber vielleicht die Militärkamarilla beherrscht. Tirpitz war zwar bestimmt kein Konservativer, aber schließlich Hindenburg und Ludendorff. Die haben auf alldeutsches Anstiften den Friedensbrunnen zugeschüttet.

Das sagen dieselben Leute, die wider besseres Wissen, um der Alldeutschenhaß willen, von „alldeutscher Diktatur bis zum 9. November 1918“ sprechen, die sich aber dann, um ihrem Tun einen großen Hintergrund zu geben, auf Hindenburg und Ludendorff, wie den Kaiser berufen, die den Friedensschritt von 1916 getan hätten und alle mit der Friedensresolution einverstanden gewesen seien. Nun steht es ja außer Zweifel, daß Hindenburg und Ludendorff die Friedensentschließung vom 19. Juli 1917 als kränkend und lähmend für das deutsche Heer erklärt und sich lediglich mit ihr abgefunden haben, aber es ist kennzeichnend für die Mehrheitsschieber, daß sie einesteils die „Militaristen“ als Schutzschild benutzen, um ihr eigenes Tun zu entschuldigen, andererseits aber wiederum, wenn sie ganz in die Enge getrieben werden, flott die „Militärpartei“ aufmarschieren lassen, die an allem Unglück schuld sei.

Da, als es große, weltgeschichtliche Verantwortungen zu übernehmen galt, waren Hindenburg und Ludendorff gut genug, mit ihrer aufrechten Germanengestalt in die Bresche zu treten.

Da kannte die „Frankfurter Zeitung“, als Kapitolswächterin gegen den Militarismus und seine Übergriffe, keine verfassungsmäßig abgegrenzten Kompetenzen zwischen Heeresleitung und Zivilverwaltung und schrieb, als Hindenburg und Ludendorff an die Spitze des Heeres traten (30. August 1916):

„Hindenburg ist mit seiner Ernennung zum Generalstabschef in den Kreis der wenigen Männer getreten, die wir die Reichsleitung nennen. Im Grunde mag er mit seinem Stabschef Ludendorff, seit den fast Unbekannten die großen Siege in Ostpreußen und Polen aus seiner Verborgenheit herausgerissen haben, schon längst

an der Entscheidung der großen Fragen des Reiches praktischen Anteil gehabt haben, sofern er auch im politischen Betriebe und im politischen Ehrgeiz steht. Jetzt aber bildet Hindenburg mit dem Reichskanzler und dem Kaiser die Spitze ....

Man kann hoffen und muß fordern, daß künftig unserer Reichsleitung jeder Zweifel an ihrer Kraft erspart bleiben wird. Klarer können die Verhältnisse nicht liegen: Diese drei Männer tragen die ganze Last der Verantwortung."

Und gewiß zeugte es mehr von Einblick in die Volksseele und in das Wesen der Masse als von demokratischer Gesinnungstüchtigkeit, wenn der Abg. Naumann — mitteleuropäischen und auch sonst falschprophetlichen Angedenkens — am 11. Oktober 1916 im Reichstag sagte (Stenogr. Bericht S. 1720):

„Ich appelliere an uns, die wir hier miteinander Abgeordnete sind: man redet viel von der Verantwortung, aber jeder einzelne ist froh, daß er die persönliche Verantwortung nicht hat in diesen schwierigsten Dingen; (sehr richtig!)
wie wollen nun die Leute, die unsere Möglichkeit der Orientierung viel weniger haben, ein fertiges Urteil gewinnen können? Ich halte es für eine falsche Beeinflussung des Volkes, wenn man ihm beibringt, es könne Dinge entscheiden, zu deren wirklicher Kenntnis die Voraussetzungen dem einzelnen notwendig fehlen müssen."

(Lebhafte Zustimmung links.)

Aber heute ist die „Militärpartei" Freiwild für jeden Schmock und jeden spartakistischen Tintenbuben. Und doch schreit man sie zugleich als Kriegsverlängerer und als Mitträger des Friedensangebotes von 1916, der Friedensresolution und als Veranlasser des Waffenstillstandsangebotes aus.

Unsinn, du siegst — wie lange noch? —

Bleiben die „Berater des Kaisers" die geheimen unkontrollierbaren Beeinflussungen des Monarchen.

Tatsache ist, daß seit der Entlassung des Fürsten Bismarck das denkende nationale Deutschland in einer nicht immer gleichstarken, aber stets merkbaren Opposition zu der kaiserlichen Regierungspolitik gestanden hat. Alldeutsche und deutschvölkische Abgeordnete haben die Politik des Kaisers wiederholt in schärfster Form angegriffen. Niemals hat man auf ihren Rat gehört, und doch will man jetzt die Alldeutschen verwünschen und pogromisieren.

Man hielt von dem Kaiser alles fern, was bewußt national war, Männer, Schriften und Worte.

Wer waren denn die Herrscher auf dem Weltmarkte, die Berater des Kaisers, wer wurde denn mehr und mehr von ihm begünstigt?

„Die Zeiten, da in Deutschland die Junker zu herrschen gewohnt waren, sind längst vorbei. Alle ostelbischen Junker zusammen vermögen für die Gestaltung unserer Regierungspolitik nicht so viel, wie eine einzige dieser Familien, deren Einfluß bis in die kleinsten Reichsämter und Staatsbehörden geht."

Der das schreibt, ist der gewiß nicht „reaktionäre" Regierungsrat Martin in seinem Buche „Deutsche Machthaber", und die „Familien" gehören dem jüdischen Weltkapitalismus an.

Von ihnen sagt Walter Rathenau (alias Wolf Rathenow) in seinem Buch „Zur Kritik der Zeit", auf S. 207: „Auf dem unpersönlichsten, demokratischsten Arbeitsfelde, dem der wirtschaftlichen Führung .... hat im Laufe eines Menschenalters sich eine Oligarchie gebildet, so geschlossen wie die des alten Venedig.

Dreihundert Männer, von denen jeder jeden kennt, leiten die wirtschaftlichen Geschicke des Kontinents und suchen sich Nachfolger aus ihrer Umgebung."

Die Dynastie Rathenau gehört selber zu dem Rate der 300, wie die der Mammonarchen Rothschild, Beit, Barnato und Bleichröder, von dessen unglaublichem Einfluß auf unsere Regierung und dessen echt jüdischer Anmaßung man in Hohenlohes „Erinnerungen" nachlesen mag. Rathenau ist ein Wissender wie Disraëli und Rufus Isaacs. Andere ihres Zeichens sind James Simon in Berlin, Lord Rothschild in London. Und voller Stolz brachte Ullsteins „Berliner Illustr. Zeitung", Nr. 44, 1913, ein Bild mit der Unterschrift: „Vier Herrscher auf dem Weltmarkt." Wer sind diese Herrscher? Sir Ernest Cassel, Generaldirektor Ballin, Sir Felix Cassel, Bankier Warburg.

Ballin war einer der Hauptberater des Kaisers bei wichtigen Gelegenheiten. Es wird weiter unten noch von ihm zu handeln sein. Rathenau aber rühmt sich in seinem Buch: „Der Kaiser", Berlin, S. Fischer, 1919, S. 26: „Im ganzen habe ich den Kaiser etwa zwanzigmal gesehen, von 1901 bis Anfang 1914, durchschnittlich ein- bis zweimal im Jahre, manchmal freilich einige Stunden lang.

Das erstemal sollte ich vor ihm einen wissenschaftlichen Vortrag wiederholen, den ich zuvor in einem größeren Kreise gehalten hatte, und der mir daher geläufig war. Der Kaiser saß dicht vor mir, ich konnte ihn genau betrachten."

Bekannt ist ja die Vorliebe des Kaisers für jüdische Geschäfte, seine Weihnachtseinkäufe bei Hebräern und seine Kadinerkacheln-lieferung an Kempinski und die Synagoge in der Fasanenstraße zu Berlin, seine Besuche ebenda und sein jüdischer Zahnarzt. Weniger bekannt aber ist ein Aufsatz: „Israel triumphator", der im Jahre 1906 in dem „Roland von Berlin" Dr. Leo Leipzigers erschien (vgl. „Deutsches Blatt" vom 7. März 1906). Darin wird uns geschildert, wie zu einem Herrendiner im Schlosse 12 Herren geladen waren, darunter 3 Zivilisten: Herr Dr. Paul Schwabach, Herr James Simon und Herr Isidor Löwe, dessen Firma aus dem Judenflintenprozeß bekannt ist. Ferner habe der Kaiser an einem Essen im Automobilklub beigewohnt, zu dessen Teilnehmern die Herren Felix Simon, Bodenstein, James von Bleichröder, Dr. Levin und Fritz Friedländer gehörten. Und weiterhin sagt Leipziger, diesen Herren sei durch die Vorliebe des Kaisers für Automobil- und Jagdsport der Zutritt zu ihm möglich geworden, da die adeligen Herren, die frühere einzige Umgebung des Monarchen, aus pekuniären Gründen zum größten Teil sich an solchem Sport nicht beteiligen könnten.

Heute sieht der tief gestürzte Kaiser die Wahrheit des alten Spruches ein: „Wer vom Juden ißt, stirbt daran." Heute, wo sein Bruder Heinrich, leider zu spät, erkennt und schreibt, der semitische Einfluß müsse gebrochen werden.

Heute aber ist es auch notwendig zu sagen, daß in der Umgebung des Kaisers deutsche Erkenntnis, deutsches Herz und deutscher Mut nicht genügend vorhanden waren, um dem Kaiser einmal zu sagen, was notwendig erschien. Daniel Frymanns Buch: „Wenn ich der Kaiser wär" ist in diesem Sinne leider umsonst geschrieben worden. Kein wahrhaft deutschgesinnter Mann konnte den krankhaft selbstbewußten Sinn des Kaisers lenken. Es blieb ihnen nur übrig, die „Bilanz des neuen Kurses" zu ziehen, „Kaiser Wilhelm und die Byzantiner" zu schildern oder in herzbewegter Sorge um Vaterland und Kaiserhaus von der Tribüne des Reichstags den Zollern zuzurufen: „Discite moniti!"

Man hörte sie nicht. Man schloß sich vor ihnen ab, ließ sich nicht vom Rechten warnen, vom Linken aber sich umgarnen. Die goldene jüdische Völkerspinne zog die Hohenzollern langsam und sicher in ihre Netze.

Wir hatten Kanzler, die den „Unterirdischen" ebenso gefielen wie den von ihnen ausgehaltenen Parteien und den „Times", dem „Daily Telegraph" und Sir Edward Grey. Die Wilhelmsstraße

unterstützte „die Politik der Downing Street herzlich und generös“ („Daily Telegraph“ vom 30. Dezember 1912).

Da konnte es nicht fehlen. Und die viel gehaßten „Alldeutschen“ behielten auch hier recht. Sie legen aber laut und deutlich gegen die Erzbrunnenvergifterei der vom „Weltgewissen“ im Stiche gelassenen Mehrheit des Reichstags ein, wenn ihnen, die gar keinen Einfluß auf die Reichspolitik in Krieg und Frieden ausüben durften, wie ihnen die Linke früher selber zuhöhnte, die Schuld am Untergange des bismärckischen Deutschland zugeschoben werden soll.

Nicht die Alldeutschen, die Allundeutschen tragen die Schuld. Herunter mit ihrer schon arg zerfetzten Maske!

---

2. Belogen und betrogen?

Es gibt politische Systeme und Parteien, die dem Prinzip des Verneinenden dienen, denen zur Durchsetzung ihres Zerstörertriebes jedes Mittel recht ist, das ihnen Erfolg verheißt. Zu ihnen gehört insbesondere die Sozialdemokratie, und es ist für einen Kenner ihrer Kampfesweise stets von intimstem Reiz, wenn ihre Organe und Vertreter von der Verlogenheit der andern sprechen, obgleich ihr Parteipapst Kautsky — durch die glorreiche Revolution wurde er in das Auswärtige Amt berufen, ohne die deutsche Staatsangehörigkeit zu besitzen — seinerzeit in der „Neuen Zeit“ (1905, Bd. 22, S. 5) eine Pflicht zur Wahrheit dem Feinde der „Genossen“ gegenüber nicht anerkannte.

Aber es ist nun mal so: Ebert sagt es, und ausgerechnet der allerwahrhaftigste Scheidemann ruft es: Das deutsche Volk ist 4½ Jahre lang belogen und betrogen worden.

Ist das wahr?

Gewiß, viel länger schon, aber nur von ganz anderen Leuten, als das deutsche Volk großenteils noch glaubt, und zu ganz andern Zwecken, als es vermutet. Wir Deutschvölkischen haben keine Veranlassung die Marionetten des „alten Systems“ zu verteidigen, weil wir den wilhelminischen Kurs stets bekämpft haben. Wir wissen aber, daß das alte System nur der Embryonalzustand des neuen war, und daß mit der Revolution die geheimen Macher des alten Systems kühnlich herausſprangen und nunmehr allem Volke sichtbar sind. Ge-

wiß, man log — aber es geschah zugunsten der Östlichentsprungenen und Westlichorientierten. Man unterdrückte die Deutschgesinnten und baute auf den Flugsand der Internationalen. Man log unser betörtes Volk in die Revolution und die Völkerbundfalle hinein, und nun irrt das arme Mäuschen angstvoll in seinem engen Gefängnis hin und her, bis der graue Kater der Weltdemokratie dem Verzweiflungsspiele ein Ende macht.

Gewiß, man log — aber man log dem deutschen Volk und durch die allein im Auslande maßgeblichen Zeitungen der Ullstein, Mosse und Sonnemann der Welt vor, es sei geknutet und geknechtet von Schnapsbaronen und Schlotjunkern, Militaristen und Ausbeutern, und schließlich erfand das aufsteigende Judentum den Popanz der „Alldeutschen", die leider nur die eine Schwäche hatten, daß ihre Bestrebungen auf die „Regierung" keinerlei Wirkung erzielten.

Aber was tut nicht die Lüge? Man frage Josophat-Reuter, Burnham-Levy, man frage Ralph Pulitzer, Swope (Schwob!), Hutin (Hirsch) und ihre Stammverwandten! Deshalb log man, log unverdrossen, log aus Veranlagung und Grundsatz, bis das demokratische Prinzip siegte, mochte auch das „Vaterland" darüber zerbrechen.

Wir wissen, daß zwar von deutscher Seite den Gegnern der Friede oft und erfolglos angetragen worden ist, daß aber die Gegner uns den Frieden niemals anboten. Trotzdem log man unser Volk in die Pogromstimmung gegen die Alldeutschen hinein, diese seien an der Verlängerung des Krieges schuld, und hätten jeden Frieden schnöder Kriegsgewinne halber zu verhindern gewußt.

Den Beweis schenkt man sich im einen wie im andern Falle. Wird man aber gestellt — dann wird gekniffen.

So erhob z. B. der Bürgermeister Dr. Schücking am 15. Januar 1919 in Herne in Westfalen, laut Bericht in der „Herner Zeitung", Nr. 19, vom 16. Januar 1919, die Behauptung, die Treibereien der Claß und Gebsattel vom Alldeutschen Verbande hätten 1915 den Frieden mit England verhindert.

Aufgefordert, sich bestimmt und unter Darlegung der Einzelheiten darüber zu äußern, schrieb Schücking an den Alldeutschen Verband:

„Dem Alldeutschen Verbande muß ich die Berechtigung bestreiten, mich über meine politische Tätigkeit zu interpellieren." Basta! Wenn ich — belüge, was geht's dich an?

„Der Alldeutsche Verband hat den Krieg ersehnt," so rumort es in den Zeitungsspalten, hetzt es aus dem Gehege vergoldeter Zähne der Gattung Luxemburg-Zietz, brüllt es aus aufgeregter Masse unter Drohworten zum Rednerstand hinauf.

Wer sich für den Krieg mit Rußland begeisterte, werden wir noch sehen. Aber sang nicht auch bei Kriegsausbruch der gewiß nicht alldeutsche Dichter Richard Dehmel von der zu preisenden, heiligen Stunde, „die uns endlich alle eint"?

Sind die Lieder von Lersch, Bröger und andern nicht von ähnlichem Geist getragen? Riß die Begeisterung am Anfang des Krieges nicht auch den Widerwilligsten mit sich fort? War es nicht Alldeutschland, das zum Kampfe zog? Was wäre wohl mit der sozialdemokratischen Fraktion zwischen Reichstagsportal 2 und dem Brandenburgertor geschehen, wenn sie es gewagt hätte, die Kriegskredite zu verweigern, die die Mehrheitssozialdemokratie dann bis zum letzten bewilligt hat? Und war nicht die Begeisterung auch in Arbeiterkreisen so groß, daß das Flaggen und Hurrarufen einem Scheidemann zuviel wurde, weil ihm (wie Bethmann) angst ward vor dem furor teutonicus?

Und da kommt man denn an den Alldeutschen Verband heran und will den Stab über ihm brechen wegen des Aufsatzes „Waffensegen" in der Sondernummer der „Alldeutschen Blätter" vom 3. August 1914, der doch auch nur verstanden werden kann aus der Stärke nationaler Erkenntnis und der Stimmung jener Tage heraus, die den einen Sozialdemokraten „zum Hindenburg" trieb und den andern „Die Sozialdemokratie, ihr Ende und ihr Glück" schreiben ließ.

Und doch zeigt auch jener Aufsatz, bzw. die entscheidende Stelle, bei genauerem Zusehen ein ganz anderes Gesicht. Es heißt da: „Beschämt sind die Zweifelnden, die Ängstlichen, die da meinten, wir Deutschen seien den Folgen allzulangen Friedens, allzu schnell gewachsenen Reichtums schon erlegen — und froh dürfen die sein, die sagten, daß beides Gefahren seien für unser Volk, daß es ihnen aber noch nicht erlegen sei, sondern in alter Tüchtigkeit, Tatenbereitschaft und Opferwilligkeit dastehen werde, sobald der große Augenblick kommen werde. Die Stunde haben wir ersehnt — unsere Freunde wissen es — wo wir vor die gewaltigste Schicksalsentscheidung gestellt werden, weil wir glauben und wissen, daß sie neben furchtbar Schwerem Rettung und Segen bringen wird."

Der Alldeutsche Verband, der Deutsche Wehrverein und alle scharfblickenden Nationalen brauchten wahrhaftig den Krieg nicht zu ersehnen, auf dessen Schlachtfeldern auch ihr Liebstes tausendfach begraben ruht, sie sehen ihn herabdrohen, schwer wie „des Donners Wolken herabhangen auf Ilion", und haben davor gewarnt. Sie wußten 1912 schon Bescheid, gegen wen sich eine eintretende Mobilisation Rußlands richtete, die brauchten nicht den Krieg, um die Einkreisung als völlig gelungen zu erkennen, während die Hauß-

mann, Naumann, Scheidemann gar seltsame Propheten waren, von Abrüstung und allgemeiner Verbrüderung schwärmten und dabei dem Reiche die notwendige Rüstung nur zum Teil gaben oder gänzlich verweigerten.

Diese Gladiatoren des Weltgewissens, Weltwillens und sonstiger schöner Dinge aus dem Begriffsregister des Pazifismus, diese seltsamen Ästheten der umgekehrten Wahrheit! Es ist eine witzige Weltgeschichte, die den Herren von den Mehrheitsparteien anfangs August 1919 in der angeblich unabhängigen „Freiheit" bescheinigen läßt, daß sie gar keine Veranlassung hätten, die Rechte der Schuld am Kriege und an der Verzögerung des Friedens zu beschuldigen, denn die Mehrheitsparteien hätten die Kriegspolitik des alten Regimes unterstützt und trügen damit für sie ebenfalls die Verantwortung. Die jetzigen Regierungsparteien hätten sogar auf die alte Regierung starken Einfluß gehabt und Scheidemann habe wiederholt versichert: „Der Reichskanzler denkt gar nicht daran, den Alldeutschen irgendwie entgegen zu kommen. Er liest ihre Eingaben nicht einmal, sondern wirft sie einfach in den Papierkorb." Immer wieder habe es bei Scheidemann und den mehrheitssozialistischen Führern, besonders bei Scheidemann, geheißen: „Ach was, die Alldeutschen sind ein Bäcker-Dutzend halbverrückter, einflußloser Lärmmacher, die in einer einzigen Droschke Platz haben."

War Naumanns „Hilfe" im August 1914 aber vielleicht auch „halbverrückt", als Paul Rohrbach in Angst und Bangen saß, daß der Krieg etwa doch vermieden werden könne? War das nicht Kriegsersehnen, was da seine Feder auf das Papier zitterte?

„Den Krieg, den wir führen, muß man einen „reifen" nennen. Der Friedensfreund im pazifistischen Sinne wird argwöhnen, wir hätten das Heranreifen zum Kriege gewünscht. Darauf kann man mit Ja und mit Nein antworten. Der Krieg, ethisch und religiös genommen, ist eine Folge der menschlichen Unvollkommenheiten und Fehler, und von dieser Seite her betrachtet kann er niemals erwünscht sein. Gibt man aber zu, daß kein großes Volk imstande ist, sich zu erhalten, wenn es grundsätzlich beschließt keinen Krieg zu führen, so folgt daraus auch, daß Umstände eintreten können, unter denen jeder wissende Patriot den Krieg herbeiwünschen muß. Natürlich nicht den Krieg an sich, sondern den Krieg als Rettung aus der Gefahr des nationalen Unterganges. Ich bekenne offen, daß ich in den Tagen, wo die Entscheidung — Krieg oder Frieden — wie auf der Schneide

des Messers schwankte, nicht vor dem Sinken der Kriegs-, sondern der Friedensschale gezittert habe. Der Friede hätte, jetzt erhalten, uns menschlicher Voraussetzung nach nur für den Augenblick vor den Opfern bewahrt, die wir jetzt bringen müssen, um uns wenige Jahre später unter schwereren Verhältnissen im Stiche zu lassen. Es wäre kein guter, sondern ein fauler Friede gewesen. Das haben auch die Lenker der Geschicke Deutschlands gewußt, und es ist ein Beweis für ihre aufs höchste gesteigerte Gewissenhaftigkeit, daß sie trotzdem auch den letzten Möglichkeiten des Friedens noch nachgejagt haben, unter denen es noch ein Friede zum Heile Deutschlands hätte werden können.

Wir sehen jetzt klar, daß England oder vielmehr die jetzt am Ruder befindlichen englischen Männer und ihr Anhang es nicht über sich haben gewinnen können, Deutschland als gleichberechtigte Macht, das deutsche Volk als Weltvolk neben dem englischen zu dulden. Der Krieg, dem wir gestern durch die Preisgabe Österreichs hätten entgehen können, war uns für morgen von Rußland und Frankreich doch zugedacht, und England hätte dann ebensowenig neutral beiseite gestanden, wie es das jetzt tut. Darum durften der Kaiser und der Reichskanzler den Frieden aus der Hand Englands, Frankreichs und Rußlands nur nehmen, wenn es wirklich ein Friede war, nicht nur ein Aufschub des Überfalls bis zur vollkommenen Rüstung der Gegner. Die Angst darum, was bei diesem Kampf im Herzen der Lenker unseres Volksschicksals siegen würde, der Wille oder die Furcht gegenüber der ungeheuren Verantwortlichkeit, sie war es, die manchen Mann in den letzten Julitagen nicht schlafen ließ. Als sie uns von der Seele genommen war, da wußten wir auch, daß uns der Sieg über den Räuberbund, den unsere Feinde gegen uns geschlossen haben, zuteil werden würde."

Fauler Friede — halber Friede! Auf denselben Ton gestimmt ist die „Frankfurterin" in ihrer Nr. 270 vom 28. September 1914:

„Einen halben Frieden könnten wir vielleicht schon früher haben, wenn jetzt die Gegner allmählich erkennen, daß sie sich verrechnet, daß sie unsere Stärke unterschätzt haben, aber was wäre gewonnen mit einem solchen Frieden? Noch viel mehr wäre die Welt zerrissen von Neid und Haß . . . Noch viel mehr müßten wir jeden Augenblick einen neuen Überfall fürchten. Nein, ein halber Friede wäre ein ununterbrochener Krieg."

Und Naumann in seinem „Mitteleuropa", S. 165:

„Verlieren wir den Kampf, so sind wir voraussichtlich auf ewig verurteilt, Trabantenvolk zu werden; siegen wir halb, so müssen wir später noch einmal fechten, siegen wir nachhaltig, so erleichtern wir unseren Kindern und Enkeln die Arbeit, denn dann wird Mitteleuropa ins Grundbuch der kommenden Jahrhunderte eingetragen."

Und so lassen sich noch Hunderte „alldeutscher" Gedankengänge bei den Trabanten der Mosaisten nachweisen. Aber wofür hat man denn seine Presse, seine Telegraphenbureaus, seine Korrespondenzen, seine Plattenzeitungen, seine tausendfachen Kraftquellen einer staunenswert ausgebauten und zielbewußten Weltorganisation in der „Alliance israélite universelle" und dem „United Order Bnei Brith?"

Wozu die „metallenen Zungen", von denen schon Dingelstedt spricht, wozu die Gabe, Roßtäuscher und Völkerbetrüger zugleich zu sein?

Will die Welt betrogen sein, warum sie nicht in Jahwes Namen über die Alldeutschen belügen, das heißt das gute, deutsche Gewissen einschläfern und die Augen des Volkes von seinen Treibern weglenken? Die Alldeutschen ruft man gellend als die Reichsmörder aus, dem deutschen Volk als Ganzem aber will man an das Leben.

Waren es etwa alldeutsche Einflüsse in der Zensur, die verhindert haben, daß Ausführungen der feindlichen Presse, aus denen hervorging, daß das Ausland mit einem Schritt des Präsidenten Wilson nicht ganz übereinstimme, gebracht wurden? Wilson, als der Heiland des Friedens — wer pries ihn an, Reventlow oder Theodor Wolff? Waren es Alldeutsche, die die Zensuranweisungen an die deutsche Presse gaben: „Zeitungen werden ersucht, Besprechungen der Reichstagsreden innerhalb des Rahmens zu halten, in dem sich die Ausführungen des Reichskanzlers bewegen werden." (Mitgeteilt im Preußischen Abgeordnetenhaus am 23. Februar 1916)? Oder: „Auf Veranlassung des Reichsamts des Innern werden weitere Besprechungen in der Presse über die von der Stadt Paris bei der New-Yorker Firma Kuhn-Loeb aufgenommene Anleihe und abfällige Kritiken über die Firma Kuhn-Loeb verboten." (Nr. 1835 Nachr.-Stelle, 1. Oktober 1916.) Hört man hier nicht die Nachtigall Warburg laufen, deren herzliche Beziehungen zu Kuhn-Loeb von allen frechen Spatzen weitergepiept worden wären?

Oder: „Weitere Erörterungen über die Tatsache, daß amerikanische Flieger in der französischen Front sind, sind unzuläßig. Erörterungen über den U-Bootkrieg sind nach wie vor verboten." (Nr. 1833 Nachr.-Stelle, 30. September 1916.)

Warum sollte das deutsche Volk nichts davon hören, warum mußte ihm die seltsame amerikanische „Neutralität“ verschwiegen werden; daß Amerika nichts tat gegen die Hungerblockade, alles aber gegen die Auswirkung des U-Bootkrieges von 1915, Giftgase und Säuregranaten herübersandte und mit dieser seiner „Schwäbischen“ Kunde den Krieg verlängerte? Warum sollte das deutsche Volk nicht wissen, daß ganze amerikanische Fliegergeschwader und 75000 neutrale Amerikaner an der Westfront kämpften?

Warum unterschlug die Bethmannsche „Frankfurter Zeitung“ aus dem Bericht über die Einbringung des amerikanischen Munitionsdampfers „Suchan“ den Satz: „Es ist jedenfalls bemerkenswert, daß amerikanische Firmen auch giftige Gase in die Liste ihrer Lieferungen für Deutschlands Feinde aufgenommen haben und diese Gifte fabrikmäßig im Großbetrieb herstellen.“ Dieselbe „Süddeutsche Allgemeine Zeitung“, die in Hindenburgs bekanntem Brief an den Reichskanzler Bethmann ganz zufällig den immerhin beachtlichen Satz übersah: „Das Volk will starke, entschlußkräftige Beamte sehen.“? Wer rief zum höheren Vorteil des Judentums den Burgfrieden in Deutschland aus und unterband jahrelang jeden Angriff gegen Weltjuda, während die niederträchtigsten Angriffe gegen Mittelstand und Landwirtschaft durch die Linkenpresse gingen? Wer verhängte jene Briefsperre als Ausnahmegesetz gegen völkische Vorkämpfer? Wer verhinderte die standrechtlichen Wuchergesetze und die Kritik der verhängnisvollen Kriegs- und Zwangswirtschaft? Wer beantragte im Reichstag Abschlachtung sämtlichen Viehs und dessen Verarbeitung zu Konserven, wer setzte wiederholt die Schweineabschlachtung durch? Wer nutzte den Hunger des Volkes dann agitatorisch aus und pries im „Vorwärts“ (Anzeigenteil) im Gewerkschaftshaus zu Berlin noch zum 20. Oktober 1918 Lachs, Spinat mit Ei, Gänsebraten, Roastbeef, Fetthühner usw., zum 1. und 8. November desselben Jahres Hunderte von schweren, fetten Hühnern und Schmalzenten an? Von früheren lukullischen Genüssen, an die der kleine Mittelstand während des Krieges und früher nur denken konnte, die aber im „Gewerkschaftshause“ zu Berlin, z. B. am 1. April 1917, zu Pfingsten und am 2. September des gleichen Jahres, laut „Vorwärts“ zu haben waren, gar nicht zu reden.

Wer war es, der die rechtzeitige Anwendung der Zeppelin-Luftschiffe verhinderte und einen der wichtigsten Zeppelinbriefe über diese Angelegenheit unterschlug?

Wer trieb, leider ungehindert von den sogenannten Regierungen, den Riesenschwindel mit den Zivillisten der Fürsten, die in Wirk-

keit für Staat und Gemeinden sehr erhebliche Zuschüsse leisteten, die jetzt von diesen aufzubringen sind, während die Fürsten sich meist aus ihrem Familieneigentum „bezahlten“?

Fügen wir noch hinzu, wie „man“ dem Volk den geduldigen Buckel vollog, als die Revolution ausbrach, daß die roten Fahnen in den Schützengräben von Mons bis zur belgischen Grenze aufgezogen, Poincaré geflohen, Foch und andere ermordet sein sollten. Nehmen wir ferner hinzu, daß uns allerhand erzählt wurde von der kommenden Weltrevolution und sonstigen runden, netten Sachen, daß aber das deutsche „Proletariat“ noch immer vergeblich hinhorcht auf den Massenschritt der Arbeiterbataillone des „Weltproletariats“, so ist das Wesentliche der großen Münchhausiade gezeichnet, die dem deutschen Volke allerdings nichts weniger als heitere Stimmungen brachte und bringen wird, sondern schwerste Lebensgefahr für es bedeutet.

3. Wer trägt die Schuld am Kriege?

Selbstredend — die Alldeutschen! So einfach ist die Formel, so riesengroß, neben Faulheit und Neid, die Herrschaft der Dummheit im öffentlichen Leben, daß die Agitation der Linken mit diesem blöden Schlagwort immer noch bei den Ganzgescheiten dröhnenden Beifall erntet. Indessen, lassen wir auch hier die Tatsachen reden!

Ganz allgemein betrachtet weiß schließlich jedermann, daß der Krieg als Gegenzug des englisch-amerikanischen Großkapitalismus wider den aufsteigenden deutschen Wettbewerber aufzufassen ist. Die unter dem Schutzzoll und den schutzzöllnerisch beeinflußten Handelsverträgen aufgeblühte deutsche Volkswirtschaft sollte zu Boden, das menschenarme, geburtenschwache Sternenbannerland Wilsons bedurfte dringend der fleißigen deutschen Zuwanderer, die seit Bismarcks Tagen mehr und mehr ausgeblieben waren.

Das Programm der angeblich traditionellen Freundschaft der United States zu Deutschland liegt schon in den Worten des amerikanischen Präsidenten zur Zeit des Wiener Kongresses 1815, wonach es die Aufgabe einer entschlossenen Politik sein müsse, den Kern, der in Deutschland verborgen ruhe, nicht zur Entwicklung kommen zu lassen.

Wilson hat dieses Programm vollstreckt: „Frieden muß werden ohne (wohlverstanden: deutschen!) Sieg.“ Und so borgte

er Bethmann und zuletzt das deutsche Volk nieder. — Die Schuld am Kriege tragen auch die „Unterirdischen", auf die an anderer Stelle eingegangen werden soll, jene bewunderungswürdigen „Volksbeauftragten" des Judaismus, des Weltfreimaurertums und der Weltdemokratie.

Schuld trägt manches schnelle und unbedachte Wort Kaiser Wilhelms, den seine Byzantiner und die Rabbinerblätter verteidigen mögen, die ihn anläßlich seines 25jährigen Regierungsjubelfestes in geradezu ekelhafter Weise anhimmelten.

Schuld am Kriege aber haben weit mehr als der Kaiser, den man im Auslande als „Wilhelm den Furchtsamen" verspottete, die Kreise um Harden (alias Isidor Witkowsky), dem das deutsche Volk seinen Ruf als Päderastengemeinschaft im Ausland verdankt, um Mosse, Ullstein, Sonnemann, Singer und Bamberger. Schuld hat jener dekadente Simplizissimusgeist, der dann voller Entsetzen über das, was er im Auslande mit seinen perversen Späßchen und Bildern über deutsche Fäulniserscheinungen angerichtet hatte, zur Vaterlandspartei hinüberwechselte. Aber nicht „jedes menschliche Verbrechen sühnet reine Menschlichkeit."

Das Bild vom deutschen „Junker-, Pfaffen- und Muckerstaat", von der „Hungerpeitsche der ostelbischen Krautjunker und Schnapsbarone", von dem deutschen „Zuchthausstaat", „Kadavergehorsam" und „Militarismus" hat seine Wirkung getan.

Waren daran auch die Alldeutschen schuld?

Oder las man solche und ähnliche schöne, vaterländische Bezeichnungen nicht vielmehr im „Vorwärts", dem „Berliner Tageblatt", der „Frankfurter Zeitung", den wandelnden Zitadellen des Judas Imperator?

Und welche „deutschen" Zeitungen waren denn im Auslande allein maßgeblich, ließen die Stichworte für die feindliche Presse hinaus und verzeichneten dann schmunzelnd die „Auslandsstimmen", die dem geistigen Spießertum vom Belt bis Bozen die erbarmungswürdige deutsche Rückständigkeit zu Gemüte führten? So sah man vor und im Kriege seltsame Himmelskräfte auf- und nieder-, hinüber- und herübersteigen und sich im Dienste der jüdischen Weltunterjochung die schwarz-rot-goldenen Eimer reichen.

Am 4. September 1918 schrieb das „Aftonbladet" in Göteborg die folgenden nachdenklich machenden Sätze:

„Typisch für die Lage ist, daß das „Berliner Tageblatt" ziemlich vorbehaltlos der Kritik Cecils an der deutschen Regierung zustimmt, während es gleichzeitig betont, die Polemik des Engländers gegen

die Anschauung, daß eine wirksame Politik sich auf Macht gründen müsse, richte sich direkt gegen General von Freytag-Loringhoven, die nächste Stütze Hindenburgs und Ludendorffs. Während das einflußreiche Organ der Berliner jüdischen Finanz sich in ziemlich ungenierten Wendungen, denen Lord Cecils gleichend, ergeht, ist ein südlicherer Kollege, die „Frankfurter Zeitung", ihrer Gewohnheit gemäß bedeutend vorsichtiger und maßvoller im Ton; sie unterstreicht sogar, daß es jetzt wirklich um Deutschlands Sein oder Nichtsein geht. Sie ist neuerdings spürbar und erklärlich in eine nationalere Richtung eingeschwenkt (?!) wahrscheinlich aus Anpassungsgründen an süddeutsche Strömungen. In Wirklichkeit aber griff sie erst kürzlich wieder die Oberste Heeresleitung scharf und offen an wegen deren Einmischung in politische Fragen. Ihre Mahnung an den Reichstag, mit seiner Kritik nicht mehr zurückzuhalten, steht zeitlich in auffallendem Zusammenhange mit Cecils ganz ähnlicher Kritik. Entweder ist das englische Ahnungsvermögen rein prophetischer Art oder es liegt hier — und schon seit Kriegsbeginn — eine unterirdische Verbindung eigentümlichster Weise vor. Die englischen Staatsmänner werden schon wissen, warum sie sich solchen Kontakt erhalten. Die Ententepropaganda pflügt stets mit einheimischen deutschen Kälbern, und ohne die bittere radikale Kritik in Deutschland wäre die Agitation gegen den „preußischen Militarismus und Despotismus" längst an sich selbst gestorben und aus Mangel an Stoff. Der Ententefeldzug gegen die „Barbaren" hat in der neutralen Welt längst gewirkt; das Publikum, für das man heute redet, ist das deutsche. Bei der guten Hilfe und dem tiefen Einverständnis, das offenbar in weiten politischen Kreisen Deutschlands herrscht, wirkt diese Agitation weit nachhaltiger dahin, die deutsche Verteidigungskraft von innen her aufzulösen als Aushungerungskrieg und Riesenoffensiven im Westen. Nebenbei bemerkt, verschwindet bei dieser Beleuchtung für den neutralen Beobachter manches an dem odiösen Gepräge, das der ideellen Schlagwortpropaganda der Entente auf den ersten Blick anhaftet. Dies deutsche Verhalten kann uns um so schicksalsschwerer werden, als es sich um Daseinsfragen Deutschlands handelt. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Siegesgewißheit der Entente durch das Vorhandensein solcher Faktoren angefeuert wird, und daß man andererseits danach immer pessimistischer über die Frage des Kriegsendes in absehbarer Zeit urteilen muß."

Und ganz im Sinne des von Scheidemann als „U-Boot-Makkabäer" verspotteten Abgeordneten Cohen schreibt das sozialdemokratische „Hamburger Echo" in Nr. 209 vom 6. September 1918:

„Man hat also auf seiten der Entente sehr wenig Recht, Deutschland einerseits wegen des Überwucherns des Militarismus, andererseits wegen unserer undemokratischen Zustände anzuklagen. Trotzdem bleiben diese Anklagen nicht wirkungslos bei denen, auf die sie berechnet sind. Und nicht ganz ohne unsere eigene Schuld. Wir deutschen Sozialdemokraten haben an unseren heimischen politischen Zuständen vor dem Kriege immer eine scharfe Kritik geübt. Mit gutem Grunde. Es ist noch sehr vieles bei uns nicht so, wie es nach unserer demokratischen Auffassung sein müßte. Da haben wir uns bei Parallelen zwischen unseren heimischen Verhältnissen und denen in anderen, besonders in den „demokratischen" westlichen Staaten wohl manchmal verleiten lassen, das, was ist, bei uns schwärzer, bei den anderen strahlender zu sehen, als es in Wirklichkeit war; wir haben uns bei Beurteilung der Dinge im Auslande *zu sehr blenden lassen durch den äußeren demokratischen Anstrich*, ohne das innere Wesen dieser „Demokratie" richtig zu erkennen. *In den von uns gelobten Ländern haben auch Sozialisten daraus die Folgerung gezogen, daß bei uns alles bodenlos schlecht sein müsse, während bei ihnen alles besser bestellt sei.* Wohl hauptsächlich daraus ist denn auch in der Internationale die verhängnisvolle Erwartung entstanden, daß die *deutsche Sozialdemokratie auf den Ausbruch des Krieges mit der Revolution* antworten werde und die Enttäuschung, als das nicht geschah."

Jawohl, das war es! *Das Ausland hoffte auf die Sozialdemokraten, deren Fortschreiten ihm den Sieg verbürgte*, früher oder später, *während sie Deutschland zugleich in der Welt des Kapitalismus als das Land des Sozialismus verhaßt machte.* Das stellt kein Geringerer fest als das führende Organ der roten Internationale in Italien, der „Avanti". Die „Telunion" berichtet darüber in einer Mitteilung über Bern, unterm 6. Juni 1919:

Der „Avanti" schreibt in einem Leitartikel „*Deutschland, du darfst nicht sterben*": „Wir alle müssen dafür sorgen, daß Deutschland, das im Gegensatz zu der im Siege delirierenden Hochfinanz das Land der *Arbeiterfürsorge* ist, *das gerade dadurch den tödlichen Haß der kapitalistischen Internationalen sich zugezogen hat*, nicht unter die Räder kommt. Deutschland ist und bleibt eine Notwendigkeit für Europa und für die ganze gesittete Menschheit."

Deutschland, das Land des Sozialismus, als Kriegsursache — ähnlich sprach sich auch der Sozialdemokrat Löbe am 22. Juni 1919 in

der deutschen Nationalversammlung aus — das klingt echter und wahrer als das verlogene Geschrei über die Alldeutschen.

Wer rief denn in Paris den Franzosen zu, im Falle eines Krieges, würden oder wollten die deutschen Sozialdemokraten nicht auf die Franzosen schießen? Es war Scheidemann!

Wer hochte die Franzmänner von der Tribüne des Reichstags mit „Vive la France!" an? Es war der Sozialdemokrat Wendel. Wer ging neben seinem demokratischen Stammesgenossen Blumenthal schnurstracks zu den Franzosen über, als der Krieg ausbrach? Es war der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Weil. Wer sagte im Reichstag: „Blicken Sie hin nach Frankreich! Ich verneige mich vor diesem großen Volke, das für seine vermeintlichen nationalen Ideale den letzten Blutstropfen opfert?" Das brachte der jetzige sozialdemokratische Minister Heine im Reichstag fertig, unbekümmert um die geschichtlichen Tatsachen, um all das Elend, das uns das stets angriffslüsterne Volk der Franzosen in 1000 Jahren gebracht hat, unbekümmert um die Panamiterskandale und die stinkende Korruption an der Seine, um die Millionen, die die „Demokratie" Frankreichs dem „Todfeind des internationalen Proletariats", dem „Blutzaren" vorstreckte, damit er das Netz der strategischen Bahnen gegen Deutschland, die Mutter der Arbeiterfürsorge, ausbauen konnte. Unbekümmert um die schwarzen Teufel, die Frankreich zu Hunderttausenden losließ, unbekümmert aber auch um das jammervolle Los unserer Kriegsgefangenen bei jenem „großen" Volke, vor dem sich Herr Heine verneigt, zu dem Herr Weil flieht, auf das Herr Scheidemann nicht schießen wollte, und dem Herr Liebknecht Vertraulichstes aus geschlossensten Sitzungen des Reichstagshauptausschusses mitteilte.

Vom 24. bis 26. August 1907 tagte in Stuttgart die erste internationale Konferenz der sozialistischen Jugendorganisationen im Beisein des sozialdemokratisch-jüdischen Abgeordneten Frank und stellte u. a. auch einen Leitsatz auf, der die Zersetzung des militärischen Geistes durch die Jugendvereine forderte. „In diesen sollen die jungen Leute gegen jeden Dienst mit der Waffe mit Ekel und Abscheu erfüllt werden. Müssen sie sich dann zum Militärdienst melden, so werden sie zur Desorganisation der Armee schon das Nötige beitragen."

Keine Frage, der Militärdienst hatte seine Fehler, der gewaltige Organismus des deutschen Heeres wirkte während des Krieges mit

seinen Stärken und Schwächen auf die Mehrzahl der erwachsenen deutschen Männer, und niemand hat diese Schwächen aus Schmerz und Sorge um Deutschlands Zukunft an gegebener Stelle schärfer bekämpft als der Verfasser. Aber diese Schwächen waren nur der Vorwand für die Zerstörer, um auch die gewaltige Stärke des „Militarismus" und damit Deutschland zu vernichten. — Gewiß, was an Offiziers- und Unteroffiziersersatz nachkam, das war eben „Ersatz", aber war es bei den Mannschaften besser? Und sicher gelingt der Beweis tausendmal leichter, daß die Hauptsoldatenschinder politisch links standen und m. E. mit bewußter Absicht vorgingen, als daß sie rechts oder bei den Alldeutschen zu finden waren.

Festgehalten muß jedenfalls werden, daß im „Hamburger Echo" vom 15. November 1914 ein Soldatenbrief abgedruckt ist, der folgende Stelle enthält: „Von Glück können wir reden, daß unsere Offiziere tadellose Menschen sind — freundlich, nachsichtig — kein beleidigendes Scheltwort kommt über ihre Lippen."

Festgehalten muß auch werden, was Noske in der 181. Sitzung des Reichstags, am 26. Juni 1918 sagte: „Deutschland mußte sich wehren, und zum Glück ist das erfolgreich geschehen. Dessen sind auch die Arbeitermassen durchaus froh, und sie haben allen Anlaß dazu. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Denn es ist geradezu närrisch, davon zu sprechen, wie ich es kürzlich von dieser Stelle aus gehört habe, das Heer beschütze nur die Besitzenden. Unter feindlicher Invasion, unter Niederlage des Landes haben die Proletarier überall da, wo ich mich im Kriegsgebiet umschauen konnte, am meisten zu leiden gehabt." (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Und es bedeutet schließlich doch „allerhand", wenn, nach der „Neuen Tageszeitung" zu Friedberg in Hessen vom 3. Dezember 1918, die „Frankfurter Zeitung", als der Todfeind des Militarismus, das Folgende schreiben muß:

„Vieles mag man gegen den preußischen Militarismus zu sagen haben, aber die vom Siegestaumel erfaßten Heere unserer Feinde mögen nicht in strengerer Zucht in ihre glücklichere Heimat zurückkehren als unsere vom Schicksal hart geprüfte Armee nach diesen letzten Monaten der Irreführung und Enttäuschung in ihr mißhandeltes Vaterland. Und das ist das Verdienst deutscher Männererziehung seit Generationen. Man mag ihre Schattenseiten beklagen, aber man muß sie gelten lassen."

Eine leider späte Erkenntnis! Aber die jüdische Demokratie der Frankfurter Eschenheimergasse hat mit dem Popanz des Mili-

tarismus ihre politischen Geschäfte gemacht, das Ausland gegen uns aufgehetzt und um des Sieges ihres demokratischen Prinzips willen Deutschland in den Tod getrieben. Diese Erkenntnis muß sich Bahn brechen. Und auch die, daß die Leute um Alfred Fried, die sogenannten Pazifisten, in Wahrheit die schlimmsten Kriegsbeförderer gewesen sind, wie sie den Krieg mit ihren Friedensangeboten und mit ihrer Bekämpfung jedes Sonderfriedens verlängert haben.

Das gilt insbesondere für die angeblich so friedensbegeisterte Sozialdemokratie, wie weiter unten noch nachgewiesen werden soll.

Die Sozialdemokratie, als Schutztruppe des Judentums, war dem Kriege gegen Rußland durchaus nicht abgeneigt. Bekannt ist der Ausspruch ihres langjährigen Führers Bebel, wenn es gegen Rußland ginge, werde auch er noch die Flinte auf den Buckel nehmen. (Das hat ihn allerdings wie alle seine Freunde nicht gehindert, jederzeit jede Militärvorlage abzulehnen und damit die Hoffnungen der Feinde zu heben!)

Und der Abgeordnete Dr. David sagte in der 142. Sitzung des Reichstags vom 18. März 1918:

„Die Sozialdemokratie hat es niemals als ihre Aufgabe betrachtet, das zarische Reich, das durch jahrhundertelange Raubpolitik der brutalsten Art zusammengezwungen worden ist, etwa zusammenzuhalten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Im Gegenteil, es hat in früheren Zeiten nicht an Sozialdemokraten gefehlt, die sich sogar mit dem Gedanken eines Krieges Deutschlands gegen Rußland befreundet hatten, wenn das Ziel erreicht werden könnte, den „Koloß auf tönernen Füßen" in Stücke zu schlagen. Auch in der Stimmung des 4. August 1914 bildete der Gedanke, daß dieser Krieg das Ende des zarischen Gewaltreiches herbeiführen könne, einen besonderen Einschlag."

Aber nicht bloß das: als es möglich war, mit dem zaristischen Rußland nach opferreichen Kämpfen zum Frieden zu kommen, da haben die Sozialdemokraten aller Richtungen diesen Frieden, wie sie selber zugeben, bekämpft und nicht gewollt.

Sie sind die Kriegsbringer, sie sind die Kriegsverlängerer, sie sind die Wehrlosmacher des deutschen Volkes!

Sie preisen durch Gradnauer im Reichstag die kaiserliche Regierung, daß sie die Mobilmachung um kostbarste Tage verzögerte, als der Krieg gar nicht mehr zu verhindern war, und wollen doch den Kaiser, der wahrlich alles andere war als ein Kriegshetzer, als Schuldigen ausliefern.

Sie beschimpfen den Kronprinzen wegen seiner angeblichen Ausschweifungen, die von seiner Umgebung auf das entschiedenste bestritten werden, stellen sich aber breitbeinig vor die „Bettlakengeheimnisse" ihres Schrittmachers von Kühlmann in Bukarest. Sie besudeln aufrechte Eckarte des deutschen Volkes, die warnten und mahnten und in allem recht behielten, während die Sozialdemokratie in allem und jedem als ungeheuerster Volksbetrug entlarvt ist.

Eine große, heilige Begeisterung kam im August 1914 über unser Volk. Es war unser Schicksal, daß uns der große Staatsmann versagt blieb, der diese Begeisterung der deutschen Zukunft nutzbar machte, jene Begeisterung, die nicht vergessen werden soll, auch im Zusammenbruch und im augenblicklichen Siege der Lüge nicht.

„Man braucht nur einmal hinzuhören, wenn unsere Soldaten singen oder wenn sie auf den Übungsplätzen die letzten 100 Meter mit gefälltem Gewehr im Jubelruf nehmen: die Posaunen des deutschen Gemüts schreien da auf: Unser Krieg, unser Krieg!" (Ferdinand Gregori: „Unser Krieg im Gedicht", Zeitschrift für den deutschen Unterricht 1915, S. 82.)

Dieser Krieg aber ging uns verloren durch jüdische Verführung deutscher Torheit, durch „deutsche Waffenlieferungen an die Entente", die dann Clémenceau wie Lloyd George neben Reuterlug, Northcliffetrug und „silbernen Kugeln" weidlich zu nutzen verstanden. Und je mehr die volksverräterische Schuld den Herren aller Internationalen wie ein Nachtmar auf der keuchenden Brust hockt, um so heiserer schreien sie ins Land hinaus: „Die Alldeutschen — die Schwerindustrie — die Vaterlandspartei . . . . ." Dennoch — die Lügenburg steht schon in Flammen! Bald wird sie prasselnd untergehen.

---

4. Wer war für Sieg und Landerwerb?

Daß die Alldeutschen, d. h. alle guten Deutschen den Sieg und eine entsprechende Ausnutzung dieses Sieges wünschten, wer wollte das leugnen?

Daß sie auch unter einem Verteidigungskrieg einen Sicherungskrieg verstanden und nicht eine Scheidemann'sche Remis-Partie: „Es bleibe alles, wie es war, und jeder trage seine eigenen Lasten" (in der Hoffnung auf die Weltrevolution!), — wer hat es bestritten? Daß sie in der Frage des Verständigungsfriedens stets den Vernichtungswillen der Feinde betonten, der ganz unabhängig von unserm

Verzicht oder Annexionsbestreben von Anfang bis zu Ende unverändert festgehalten wurde und den Sieg davontrug, und daß sie auch darin recht behielten, sehen auch die Mißleiteten des Berliner Tageblatt-klüngels mehr und mehr ein.

Darauf soll auch hier nicht zurückgekommen werden. Sondern wir wollen den Nachweis erbringen, daß der Alldeutsche Verband keine phantastische Eroberungsziele betrieb, und daß er sich im übrigen in einer in den Augen seiner lieben Freunde gewiß nicht gerade übel erscheinenden Gesellschaft befindet.

Nirgendwo hat eine führende Persönlichkeit, die man als „alldeutsch" ansprechen könnte, Deutschlands Weltherrschaft gefordert, sondern diese ist stets von unserer Seite bekämpft worden, wie es auch Claß-Einhart in seiner „Deutschen Geschichte" getan.

Aber den Sieg haben die Alldeutschen gewollt und Sicherungen und Entschädigungen in Land und Geld verlangt, wenn der Waffengang uns günstig verlief.

War das Sünde, so ist die Schar der Sünder endlos groß, und allen voran marschiert Herr Erzberger, der „Länderfresser" Oberster, der Londonzerstörer und Eisenzahn schlimmster Sorte. Neben ihm, mit allen Zeichen tertiären Länderhungers versehen, Herr Dr. Müller-Meiningen, einer der Hauptfechter für die Belange des Judentums im öffentlichen Leben Deutschlands.

Auch Bethmann-Hollweg gehört dazu, als Fahnenträger der Mehrheit, der folgendes positive Ziel aufstellte (8. Juli 1916): „Wenn die Einfalltore in das Herz Deutschlands fremdem Einfluß entzogen, wenn Rußland hinter die Flüsse zurückgeworfen wird, die als kürzere Grenze Deutschlands einen besseren Schutz geben, wenn die wirtschaftliche Entfaltung Deutschlands in der ganzen Welt gesichert sein soll — ist das kein großes Ziel?"

Dazu gehört Herr Ballin, der in der Jahresversammlung der Hamburger Reeder vom 20. Oktober 1915 u. a. das Folgende ausführte: „Wenn wir fragen, warum es für uns notwendig war, zeitweilig aus dem Weltverkehr auszuscheiden und den Engländern das Feld zu räumen, so müssen wir erkennen, daß nicht die Minderzahl unserer Kriegsschiffe ausschlaggebend für diesen Zwang gewesen ist, sondern vielmehr die Nachteile unserer geographischen Lage, der Mangel an festen Stützpunkten unserer Kriegsmarine außerhalb der Nord- und Ostsee.

Ich habe Gelegenheit gehabt, schon um die Weihnachtszeit des letzten Jahres in der Frankfurter Zeitung es auszusprechen, daß wir, soll unsere Zukunft ungefährdet sein, hinaustrachten müssen mit unserer Kriegsflotte aus dem ‚nassen Dreieck'."

Ferner: „Deutschland kann für seine Zukunft nicht besser sorgen, als wenn es in erster Linie den Erwerb derjenigen maritimen Flottenstützpunkte anstrebt, welche eine gründliche Korrektur des Zustandes gewährleisten, den wir gegenwärtig zu beklagen haben. Man hat mit diesem, von mir schon vor zehn Monaten ausgesprochenen Glaubenssatz die Vermutung verbunden, daß unsere maritimen Bedürfnisse in Zeebrügge zu befriedigen sind. Das ist natürlich nicht der Fall. Wir brauchen Stützpunkte am Eingang wie am Ausgang des Kanals; wir brauchen starke Stützpunkte Übersee.

Näher auf diese Notwendigkeiten einzugehen, verbietet die uns obliegende Zurückhaltung! Der Herr Reichskanzler hat aber bereits in seiner letzten Reichstagsrede die Freiheit der Meere proklamiert, und auf der anderen Seite des Atlantischen Ozeans hat man sich dieser Forderung angeschlossen.

Daß diese Freiheit der Meere nicht auf dem Wege von Konventionen und Verträgen gesichert werden kann, haben die Erfahrungen, welche wir bei Beginn und im Verlaufe des Krieges gemacht haben, erwiesen. Wir wissen jetzt, daß solche Deklarationen im Ernstfalle wertlos sind. Eine in solcher Form konstruierte Freiheit der Meere würde also der deutschen Handelsschiffahrt nicht die Sicherheit geben, deren sie bedarf, wenn sie auch nach dem Kriege in der Entwicklung fortschreiten soll, welche sie während der letzten Jahrzehnte so glänzend vollführte. Die deutsche Schiffahrt würde vielmehr, weil ohne eine solche Sicherung das Kapital sich von ihr abwenden muß, in einen Zustand des Verfalls geraten, und auch an die Zukunft unserer Kriegsflotte könnte man nicht ohne Sorge denken."

Diesem Gedanken einer zu erstrebenden „Freiheit, gesichert nicht durch Verträge und Konventionen, sondern durch den Erwerb von Stützpunkten für unsere Flotte in Europa und Übersee" gab dann die Versammlung unter Führung Ballins in je einer Drahtung an den Kaiser, Bethmann und Tirpitz Ausdruck.

Es paßt zu dem oft getadelten „System" Bethmanns, wenn die Berliner Oberzensurstelle den Schriftleitungen der Zeitungen folgende Merke sandte:

„Vertrauliche Mitteilung für die verehrlichen Redaktionen! Berlin, 20. 10. Die in den Reden und Telegrammen aus Anlaß der Jahresversammlung des Hamburger Reedervereins enthaltenen Erörterungen über Flottenstützpunkte dürfen nicht veröffentlicht werden. Oberste Zensurstelle. Kriegspresseamt."

Die Verhandlungen der Reederversammlung selber wurden einzelnen Personen mit der Notiz zugestellt: „Als Manuskript gedruckt. Veröffentlichungen nicht gestattet."

In die Reihen der „Bösewichter" gehört auch Herr Rathenau hinein, der im Ersten Morgenblatt der „Frankfurter Zeitung", Nr. 184, vom 5. Juli 1918 in einem Aufsatz, der „Sicherungen" überschrieben war, u. a. sagte:

„Frankreich steht vor der Gefahr, mitsamt seinen Häfen und seiner Hauptstadt in unsre Hände zu fallen. Es ist müßig, zu erörtern, ob das Land in solchem Falle es vorzieht, mit einer Exilregierung in San Sebastian oder in Portsmouth sich eine Okkupationsverwaltung nach belgischem Muster gefallen zu lassen, oder eine provisorische Regierung beauftragt, den deutschen Frieden zu unterzeichnen. Wichtiger ist das Verhalten unserer Seefeinde. Es ist hart für England, sich und der Welt einzugestehen, daß der Landkrieg verloren und Deutschland militärisch unbesiegbar ist. Eine tiefe Verzweiflung wird sich über Britannien senken; wo nicht Lloyd George, so wird die ungerechte Vertretung des französischen Anspruchs ihr zum Opfer fallen."

Als die Sache aber schief ging, da wollte Herr Rathenau, der Mann des Verschachtelungssystems, dann alles vorhergesagt haben, man habe aber nicht auf ihn gehört, auch Ludendorff nicht.

Am 21. Dezember 1915 stellt der Sozialdemokrat Geyer im Reichstag fest (Stenogr. Bericht S. 507): „Er (der Reichskanzler) hat ihr (der Annexionspolitik) viel mehr Vorschub geleistet und die sämtlichen bürgerlichen Parteien haben in Unterstützung seiner Ausführungen ausdrücklich Gebietsabtretungen gefordert."

Und als Bethmann am 28. Mai 1915 im Reichstag (Stenogr. Bericht S. 143) sagte, „um so mehr müssen wir ausharren, bis wir uns alle möglichen Garantien und Sicherheiten dafür geschaffen und erkämpft haben, daß keiner unserer Feinde — nicht vereinzelt, nicht vereint — wieder einen Waffengang wagen wird", da verzeichnet der Bericht keinen Widerspruch, wohl aber „stürmischen Beifall und Händeklatschen im Hause und auf den Tribünen".

Die gewaltige Mehrheit des Reichstags stand eben auf dem durchaus vernünftigen Standpunkte, daß die großen Opfer nicht vergeblich gebracht sein dürften. Auch Herr Fehrenbach vom Zentrum, auch Herr Spahn, Herr von Payer usw. Und Herr Scheidemann be-

willigte die Kredite und schrieb und sprach mit seinen Freunden vom deutschen Sieg und vom Willen zum deutschen Sieg.

In der 125. Sitzung des Reichstags vom 10. Oktober 1917 gab der „annexionistische" nationalliberale Abgeordnete Dr. Stresemann folgendes kund (Stenogr. Bericht S. 3836):

„Aber andererseits möchte ich doch auch hier betonen, daß die Herren vom Zentrum, für die Herr Kollege Fehrenbach gesprochen hat, auch ihrerseits nach dieser Richtung hin mindestens negativ sich auf den Standpunkt gestellt haben, dem Herr Kollege Erzberger kürzlich zugestimmt hat, der meiner Auffassung nach weiter geht als der mißverständliche Wortlaut der Papstnote, auf den Standpunkt nämlich, daß Belgien in keiner Weise Aufmarschgebiet oder Einflußgebiet unserer Feinde sein darf (sehr richtig! bei den Nationalliberalen), sowie, daß die „Kölnische Volkszeitung" vom 18. September erklärt hat, keine Regierung dürfe erklären, daß sie an Belgien desinteressiert sei. Ein hochgeachtetes, hervorragendes Mitglied der Zentrumspartei ist kurz vor dieser Entschließung noch weiter gegangen. Es hat erklärt, abgesehen davon, daß *der Besitz von Briey und Longwy für uns äußerst wünschenswert sei, daß wir in Belgien Stützpunkte gegenüber England haben müßten.*

(Zuruf aus dem Zentrum.)

— Das war der Herr *Kollege Fehrenbach*, Herr Erzberger, und zwar in einer Rede, die am *13. Juni 1917* gehalten wurde, einer Rede, in der der Herr Kollege Fehrenbach sagte, ein *Scheidemann-Friede sei das Eingeständnis der Schwäche und des drohenden Unterliegens.*

(Hört! hört! bei den Nationalliberalen und rechts.)

Wenn das ein Alldeutscher gesagt hätte! Herr Kollege Fehrenbach, Sie mögen auch an das Faustwort denken:

Wie konnt' ich sonst so tapfer schmälen,
Wenn tät ein armes Mägdlein fehlen!
— — — — — — — — — — —
Und bin nun selbst der Sünde bloß!

(Heiterkeit.)

Wenn einer von uns so spricht über Scheidemann-Frieden, über Longwy und Briey, über Stützpunkte in Belgien gegenüber England, dann sind das sehr leicht Kriegsverlängerer, Annexionisten und anderes."

Und was erklärte der *Zentrumsführer* Dr. *Spahn* am 9. Dezember 1915 (Stenogr. Bericht S. 437), nachdem Bethmann davon gesprochen hatte, daß, je erbitterter die Feinde diesen Krieg gegen uns führten, *um so mehr die Garantien* wüchsen, die

für uns notwendig seien — was erklärte Dr. Spahn nach den mit stürmischem, anhaltendem Beifall im Hause und auf den Tribünen aufgenommenen Worten des Kanzlers im Namen aller nichtsozialdemokratischen Parteien?

„... wir warten in voller Einigkeit, mit ruhiger Entschlossenheit — und lassen Sie mich einfügen: in Gottvertrauen — die Stunde ab, die Friedensverhandlungen ermöglicht, bei denen für die Dauer die militärischen, wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Interessen Deutschlands im ganzen Umfange und mit allen Mitteln, einschließlich der dazu erforderlichen Gebietserwerbungen, gewahrt werden müssen. (Stürmischer Beifall. — Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Und am 15. Mai 1917 gab derselbe Redner für das Zentrum, die Nationalliberalen, die Fortschrittliche Volkspartei und die Mehrheit der Deutschen Fraktion eine weitere Erklärung ab, in der der Satz vorkommt (Stenogr. Bericht S. 3398): „Uns genügt es, wenn die Reichsleitung weder uferlose Eroberungspläne verfolgt, noch auf den Gedanken eines Friedens ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen sich festlegt."

Und in der 64. Sitzung des Reichstags vom 11. Oktober 1916 meinte der jüdische Abgeordnete Haase im Reichstag (Stenogr. Bericht S. 1731): „Was unter den ‚realen Garantien' zu verstehen sei, das hat der Herr Abgeordnete Spahn hier im Reichstag erläutert, als er forderte, daß Belgien militärisch, wirtschaftlich, politisch in die deutsche Hand zu liegen kommen müsse. (Hört! hört! bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.) Diese Erläuterung des Abgeordneten Spahn hat der Reichskanzler niemals zurückgewiesen, und so ist es durchaus begreiflich, daß der ‚Unabhängige Ausschuß' der Alldeutschen in seinem Aufruf ausdrücklich sich auf den Reichskanzler und auf den Herrn Abgeordneten Spahn glaubt berufen zu können."

Und wie das Zentrum annexionistisch war und nur zur Selbstverbrämung von „uferlosen Eroberungsplänen" redete, die beiläufig nirgends zur Aussprache standen, so auch der Freisinn, die heutige Demokratie.

Der ewige Nieten ziehende Prophet Naumann sagte im Reichstag über unser in Rußland notwendiges Aktionsprogramm (142. Sitzung des Reichstags vom 18. März 1918, Stenogr. Bericht S. 4442): „Das ist nicht das, was mit dem Worte ‚Annexion' bezeichnet worden ist (sehr richtig! bei der Fortschrittlichen Volkspartei); denn unter ‚Annexion' bezeichnet man im Staatsleben das,

was man im Privatleben als Raub zu bezeichnen geneigt ist (sehr wahr! bei der Fortschrittlichen Volkspartei), nämlich das Hinwegnehmen einer Ware aus einer bestimmten besitzenden Hand in eine andere besitzende Hand. Das liegt hier nicht vor, sondern hier waltet ein Prozeß der Zersetzung und des Kraftloswerdens vor. Wenn wir uns um die neue Lage der russischen Hinterlassenschaft nicht kümmern, so wird damit die Entwicklung nicht still stehen. Wohin wir nicht kommen, dahin kommt England! (Sehr richtig! bei der Fortschrittlichen Volkspartei.)"

Man sieht: mit Worten läßt sich trefflich streiten, mit Worten ein System bereiten.

Und doch ist Naumann auch nur — Annexionist, wie sein Freund von Payer, der am 6. Juni 1916 im Reichstag (Stenogr. Bericht S. 1532) unter lebhaftem Beifall auf der Linken ausführte: „Wir alle wollen miteinander nichts anderes, als daß unser Vaterland aus der Drangsal dieses Krieges dauernd geschützt, gestärkt, vergrößert und gehoben an Macht, Ehre, Einfluß und Wohlstand hervorgehe. Das sind die Kriegsziele, die wir und mit uns die andern verfolgen."

Auch die „Frankfurter Zeitung", das führende Organ der Weltdemokratie, hat in Annexionen „gemacht", allerdings nur für unsere Bundesgenossen. So schrieb sie in Nr. 196 vom Jahr 1917 in einem Artikel: „Die Entente wirbt um Bulgarien" am Schlusse: „Diesen britischen Phantasien gegenüber brauchen wir nur auf die mehrmals wiederholten bulgarischen Kriegszielerklärungen zu verweisen, die nicht nur Teile Mazedoniens und die schlechte alte Dobrudschagrenze fordern, sondern darüber hinaus eine nationale Abrundung des bulgarischen Gebietes, wie sie ihnen die mit Serbien und Rumänien verbündete Entente niemals zubilligen kann." (Wie sehr uns dann die 1917 eintretende Verständigungspolitik und die auf die Wiederherstellung Serbiens hinzielenden Aufsätze des Sozialdemokraten Wendel in der sog. „Arbeiterzeitung" (Wien) in Bulgarien geschadet und dessen Abfall mitbefördert haben, das lese man in dem Buche des Sofioter Universitätsprofessors Gheorgov „Die bulgarische Nation und der Weltkrieg", Berlin 1918, S. 230 ff., nach.)

Also den Bulgaren wollte die Frankfurterin weitgehendste „Annexionen" zubilligen, Rußland und Rumänien sollten die „Giftzähne ausgebrochen" werden, im übrigen aber „Verständigung" nach Westen. Warum wohl? Nun, Rußland und Rumänien sind judenfeindlich, im Westen ist Israel Triumphator, und wie sagte Disraëli?

Die Sozialdemokraten haben aber doch den Annexionistentaumel nicht mitgemacht, meint vielleicht ein aufmerksamer Verfolger der politischen Vorgänge.

Gemach! Die Mehrheitssozialisten haben alle Kriegskredite bewilligt; sie sind stets für einen Frieden eingetreten, der des deutschen Volkes Freiheit und wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten sichert, sie haben den deutschen Sieg lange Zeit für notwendig gehalten. Wie hätte sonst Südekum in einem Aufsatz von „Nord und Süd" schreiben können:

„Nach dem Urteil der Sachkundigsten und über alle Zusammenhänge am besten Unterrichteten war das entschlossene Eintreten der deutschen Sozialdemokratie für die Verteidigung des Vaterlandes am 4. August 1914 die eigentliche siegbürgende Entscheidung in diesem Kriege."? Wie Scheidemann in seinem oft besprochenen Neujahrsgruß 1915 an seine Solinger Wähler im Anzeigenteil der „Bergischen Arbeiterstimme": „Wir wollen siegen!... Ich wünsche allen den unerschütterlichen Willen zum Durchhalten bis zum Siege! ... Haltet aus! Von Euch hängt es ab, was aus der deutschen Arbeiterschaft wird. Möge uns das neue Jahr baldigen Sieg und dauernden Frieden bringen."?

Und in Nr. 1 der „Sozialdemokratischen Feldpost" vom 15. Mai 1916 schreibt der sozialdemokratische Abgeordnete Brey, als Vorsitzender des Verbandes der Fabrikarbeiter:

„Neben dem Vertrauen auf unsere Macht, die in unserer Tagesarbeit und nicht in theoretischem Höhenfliegen besteht, neben Einigkeit und Geschlossenheit bedürfen wir zur Erreichung unserer gewerkschaftlichen Ziele noch etwas anderes: einen unserem Vaterlande günstigen Ausgang des Krieges! Ich sage unserem Vaterlande! Mit dem Lande, in dem wir unsere Weg- und Kampfgenossen kennen gelernt, in dem wir unsere Kinder spielen und heranwachsen sahen, das der große Arbeitsplatz unseres wirtschaftlichen, sozialpolitischen, geistigen Ringens ist, mit ihm seid Ihr draußen und wir daheim auf Gedeih und Verderb verbunden. Wir hoffen auf guten Ausgang, auf Eure baldige Mitarbeit, auf Euren Willen zur Einigkeit und Geschlossenheit, dann ist es uns um die Entwickelung der Gewerkschaften nicht bange! Vorwärts und Aufwärts wird dann wieder das Losungswort sein!"

Will man aber siegen, so erstrebt man auch den Siegespreis, denn wie sollte es möglich sein, die deutsche Zukunft ohne „Sicherungen" zu sichern? Oder sind die Herren wirklich so naiv, auf papierene internationale Verträge zu bauen, die natürlich, meint Scheidemann, gehalten werden müßten?

Die mehrheitssozialistische Fraktion hat z. B. den Frieden von Brest-Litowsk bei der Abstimmung im Reichstag nicht abgelehnt, sondern sich der Stimme enthalten. Trotzdem hat sie das nicht

gehindert, diesen Frieden als Gewaltpolitik auszuschreien. Es ließen sich ja damit bei dem jammervoll unpolitischen deutschen Volke ebenso gute politische Geschäfte machen wie mit dem preußischen Wahlrecht, und die Entente zog aus ihrem Gehaben neue Nahrung, neue Hoffnung.

Durch den Streit zwischen Scheidemann und Haase erfuhr die politische Welt dann auch mancherlei häusliche Geheimnisse aus der sozialdemokratischen Fraktion über den Kampf zwischen „Verzichtlern“ und „Annexionisten“. In einem „unabhängigen“ Flugblatt: „Die Wahrheit über die Friedenspolitik der Regierungssozialisten“ wird u. a. folgendes ausgeführt:

„Vom Herbst 1914 bis zum Frühjahr 1916 hat in der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ein zäher und erbitterter Kampf um diese Fragen getobt. Immer und immer wieder vergebens hat dabei eine nach und nach von 14 auf 44 Fraktionsmitglieder angewachsene Minderheit von Tagung zu Tagung darauf gedrängt, den Kampf gegen die Annexionisten von der Reichstagstribüne aus energisch zu führen und vom Reichskanzler Klarheit über seine Kriegsziele, sowie die Bereitschaft zu einem Frieden ohne Annexionen zu fordern. Scheidemann, David, Heine, Ebert, Legien, Bauer und andere Führer der Regierungssozialisten wußten solche Fraktionsbeschlüsse immer wieder zu hintertreiben. Ja, sie boten alles auf, den Fraktionsrednern im Reichstage zu verbieten, die Friedensfrage in ihren Reden auch nur zu berühren und sie wußten durchzusetzen, daß im Reichstage gegen die Annexionspolitiker nicht Front gemacht werden durfte. Dabei beriefen sie sich fortgesetzt auf Wünsche des Reichskanzlers und seiner Vertreter, nach deren Meinung solche öffentlichen Erörterungen mit Rücksicht auf das Ausland unterbleiben müßten. Vergebens bekämpfte die Minderheit diese fortgesetzte Rücksichtnahme auf die Regierungswünsche und wies nach, daß gerade das Schweigen der Sozialdemokratie zu all diesen wichtigen Fragen ungünstig auf das Ausland und kriegsverlängernd wirke.“

Ferner: „Eine lange Zeit hindurch wollten die Führer der Regierungssozialisten ebensowenig wie die Alldeutschen etwas wissen von einem Verständigungsfrieden, auch sie wollten einen Siegerfrieden, der auf Grund der militärischen Gewalt diktiert wird. Scheidemann schrieb in seinem bekannten Neujahrsgruß 1914/15 an seine Solinger Wähler im Inseratenteile der Bergischen ‚Arbeiterstimme‘ wörtlich:

‚... wir wollen die Absichten unserer Gegner zu schanden machen, wir wollen siegen!‘

Ebenso erklärte Scheidemann wenige Wochen später, am 4. Februar 1915, in der Reichstagsfraktion:

„Ich glaube nicht an ein remis, an einen unentschiedenen Ausgang des Weltkrieges. Käme es dazu, dann würden wir nur einen Frieden auf 2—3 Jahre bekommen."

Weil die Alldeutschen auch jetzt noch dasselbe sagen, nennt Scheidemann sie heute im Reichstage ‚Narren'."

Als die Radikalen eine Interpellation forderten, in der der Reichskanzler nach seiner Bereitschaft zu einem Frieden ohne Annexionen gefragt wurde, da liefen, nach dem genannten Flugblatt, die Mehrheitsführer Sturm gegen diesen Wortlaut.

„David, Ebert, Richard Fischer, Molkenbuhr und Scheidemann beantragten für die Interpellation folgenden harmlosen Wortlaut:

‚Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft darüber zu geben, unter welchen Bedingungen er geneigt ist, in Friedensverhandlungen einzutreten?'

Scheidemann bekannte bei der Begründung:

‚Wir können vom Kanzler nicht fordern, öffentlich zu sagen, daß er alles aus der Hand geben will. Übrigens hörte ich neulich in Wien vom Genossen Renner sehr richtig sagen, Annexionen unter keinen Umständen sei eine Redensart, die mit Sozialismus und Demokratie nichts zu tun habe. Was solle man z. B. mit Polen machen? Es sei doch eine Utopie, es zum selbständigen Staat machen zu wollen. Auch Viktor Adler sagte, mit der Phrase ‚gegen Annexionen' sei nichts anzufangen.'

Scheidemann erreichte denn auch, daß die Resolution der Minderheit mit 58 gegen 43 Stimmen abgelehnt und dann seine eigene angenommen wurde. In der vom Parteivorstand herausgegebenen Broschüre ‚Ein Jahr sozialdemokratischer Reichstagsarbeit im Kriege' heißt es auf Seite 7, die Interpellation der Minderheit sei auf eine ‚bloße Demonstrationspolitik' hinausgelaufen, es sei aber darauf angekommen,

dem Reichskanzler nicht für zukünftige Friedensverhandlungen die besten Trümpfe aus der Hand zu schlagen.

Und heute? Dieselbe Argumentation der Alldeutschen verwerfen die Regierungssozialisten von heute, ohne zu verraten, daß sie sie einst selber vertreten haben. Als Scheidemann am 9. Dezember 1915 seine Interpellation begründet hatte, erklärte der Reichskanzler, er lehne es ab, ein Friedensangebot zu machen, die Gegner möchten damit kommen, dann sei er zur Prüfung bereit, aber er müsse Garantien im Osten und

im Westen fordern usw. Im Namen aller bürgerlichen Parteien verlangte der Zentrumsabgeordnete Spahn einen Frieden mit ‚Gebietserwerbungen‘, also mit Annexionen. Der zweite sozialdemokratische Redner Landsberg stellte sich taub und erhob weder Protest gegen Spahns offene noch gegen Bethmanns versteckte Annexionsforderung. Die Fraktion billigte diese Vogelstraußpolitik hinterher mit 60 gegen 24 Stimmen, indem sie die einfache Feststellung verwarf, daß die Fraktion mit Landsbergs Antwort auf die Kanzlerrede nicht einverstanden sei.“

So zu lesen in dem Flugblatt, das sich auf 2 „gut informierende Artikel“ der „Leipziger Volkszeitung“ vom 15. und 16. Juni 1917 stützt.

Also so ganz und gar stimmt es nicht mit der Engelreinheit der Sozialdemokratie in der Friedens- und Annexionsfrage, ganz davon abgesehen, daß die „Unabhängigen“ ein besonders Kapitel und kein erfreuliches bilden, als Streikhetzer, Revolutionsschürer und Friedensverhinderer.

Gegen Annexionen gibt es kein sozialistisches Prinzip, und so dachten auch die Sozialdemokraten am Feinde draußen, wie hunderttausend Feldpostbriefe beweisen, so auch die Genossen in Schacht und Hütte, von denen der Gewerkschaftler Leimpeters im Oktober 1916 in der „Glocke“ schrieb: „....fast alle ohne Ausnahme sind Annexionisten. Selbst Genossen, die für die Politik Liebknechts schwärmen, für die Minderheit eintreten, wollen weder Belgien noch sonst ein besetztes Gebiet herausgeben.“

Die „Chemnitzer Volksstimme“ Noskes sagte am 3. Jan. 1917: „...daß, wenn heute die Feststellung der Stimmung bei jedem einzelnen Deutschen möglich wäre, sich eine sehr große Mehrheit dafür aussprechen würde, nicht nur mit äußerster Entschlossenheit den Verteidigungskrieg fortzusetzen, sondern auch die Gegner beim Friedensschluß, wenn unsere Position es gestattet, gehörig büßen zu lassen.“

Und „Genosse“ Heilmann läßt sich am 20. Januar 1917 in der „Glocke“ so vernehmen: „Hat Deutschland z. B. nach dem Kriege eine Wiederholung der Seesperre zu befürchten, so ist der Besitz von Kurland für uns von einem anderen Werte, als wenn eine Wiederholung des Aushungerungsplanes nicht mehr möglich ist.“

Auf Scheidemanns verächtliches Wort über den unheilbaren politischen Kindskopf, der glaube, dieser ungeheure Krieg könne abgeschlossen werden, ohne daß ein einziger Grenzstein verrückt würde, sei nur nebenbei hingewiesen.

Was sollten denn Annexionen sein? Nicht Länderfraß, sondern Sicherungen gegen die Wiederholung solcher vernichtenden Geschehnisse, wie der leider erfolgreich verlaufene Krieg des Weltkapitalismus gegen den deutschen Menschen.

Annexionsforderungen waren auch nichts Feststehendes, Unabänderliches, sondern richteten sich nach der Kriegskarte, sollten Gegenstände der Verhandlungen sein. Und insofern kann man der „Chemnitzer Volksstimme" ruhig zustimmen, wenn sie schreibt:

„In der Tat ist ganz bekannt, was Bethmann-Hollweg an Friedensforderungen stellt. *Polen und Kurland sollen nicht wieder an Rußland zurückkehren, und Belgien soll Garantien dafür geben, daß es künftig nicht einem deutsch-feindlichen Bunde angehören wird. Wer glaubt, daß dies Eroberungsziele seien, die soweit gingen, daß dadurch die Wiederherstellung des Friedens verhindert werde, wer deswegen den Kanzler als Eroberungspolitiker ansieht, mag es tun. Wir sind nicht dieser Auffassung. Wir sind vielmehr der Ansicht, daß die Frage nach deutschen Eroberungszielen ziemlich belanglos ist.* Selbst wenn Bethmann-Hollweg weitergehende Forderungen aufgestellt hätte, was er bekanntlich nicht getan hat, wäre dies noch kein unbedingter Grund für uns, die Kriegskredite abzulehnen; denn es handelt sich bei diesem Friedensprogramm eben um deutsche Forderungen, denen die Feinde wiederum ihre Forderungen entgegenstellen könnten; bei den Verhandlungen könnte dann der eine dies, der andere das sich abhandeln lassen. *Aber gerade das ist das Entscheidende: die Feinde lehnen jene Verhandlung ab.* Ein russisches Regierungsblatt hat dieser Tage gesagt, die Friedensverhandlungen würden begonnen, sobald Wilhelm II. Parlamentäre ins russische oder französische Hauptquartier schicke und nach den Friedensbedingungen der siegreichen feindlichen Feldherren frage, nicht eher. *Solange die feindliche Regierung, unterstützt von der Sozialdemokratie Frankreichs und der Arbeiterpartei Englands, an diesem Standpunkt unbedingter* Ablehnung jeder Friedensverhandlung festhalten, ist der Krieg ein deutscher Verteidigungskrieg, für den nach Ehre und Gewissen wie nach den Beschlüssen der internationalen und nationalen Parteitage die Sozialdemokratie ihre ganze Kraft einsetzen muß, damit Deutschland nicht zu Schaden kommt."

Zum Verteidigungskrieg gehören allerdings auch Waffen, die aber hat die gesamte Sozialdemokratie bis zum Kriegsausbruch allezeit abgelehnt. —

Aus obigen Belegen geht hervor, daß es doch eigentlich unheimlich viel „Alldeutsche“ gegeben hat, ja, daß das deutsche Volk zeitweise sicher ganz „alldeutsch“ war, bis „man“ das hetzerische Schlagwort erfand, um das Volk in den Kleinkram innerer Fragen zu verstricken.

Jedenfalls wollten die maßgebenden Verbände des deutschen Wirtschaftslebens einschließlich des ganz gewiß nicht alldeutsch geführten Hansabundes im wesentlichen dasselbe, wie etwa der „alldeutsche“ Unabhängige Ausschuß.

Der Bund der Landwirte, der deutsche Bauernbund, der Zentralverband deutscher Industrieller, der Bund der Industriellen, der Hansabund, der Reichsdeutsche Mittelstandsverband haben am 10. März 1915 eine Eingabe an den Reichstag gerichtet, in der der Schluß folgendermaßen lautet:

„Gibt man die Meinungsäußerung über das Friedensziel und die Friedensbedingungen frei, dann wird sich zeigen, daß, von ganz verschwindenden Ausnahmen abgesehen, im ganzen deutschen Volke, ohne Rücksicht auf die Parteistellung, in der Front wie hinter der Front, nur ein einziger kraftvoller Wille besteht, durchzuhalten bis zum äußersten, damit unser deutsches Vaterland aus dem ihm aufgezwungenen Kampfe um seine Existenz größer und stärker hervorgeht, mit gesicherten Grenzen im Westen und Osten und mit den zur Sicherung unserer Seegeltung wie aus militärischen und wirtschaftlichen Gründen notwendigen europäischen und kolonialen Gebietserweiterungen, ohne die nun einmal das allseitig erstrebte Ziel, den Krieg so zum Abschluß zu bringen, daß eine Wiederholung derartiger Kämpfe so gut wie ausgeschlossen erscheint, nicht erreicht werden kann. Im Interesse einer für Deutschland ersprießlichen Beendigung des Krieges und damit im Interesse der Wohlfahrt unseres deutschen Vaterlandes für alle Zukunft liegt es, daß dieser einheitliche und kraftvolle Wille zum Ausdruck gelange als der Wille des ganzen deutschen Volkes, das opferfreudig und geschlossen hinter einer Regierung stehen wird, die diesen Willen mit unbeugsamer Festigkeit vertritt.“

Noch entschiedener war folgende „Kundgebung der nationalen und wirtschaftlichen Verbände“:

„In Schlachten von niemals geahnter Ausdehnung und Furchtbarkeit stehen unsere unvergleichlichen Heere im Entscheidungskampfe um Sein oder Nichtsein des Reiches. Arbeiter und Fürstensöhne, der Landmann und der Handwerker, der Gelehrte und der Kaufmann,

alle Berufsstände wetteifern, einen lebendigen Wall zum Schutze des Vaterlandes zu bilden.

Und wir in der Heimat! Wir dürfen jetzt nur den einen Gedanken haben, der unser ganzes Dasein ausfüllen soll: Auch an unserer Stelle das Höchste zu leisten, was menschliche Kraft vermag, um das Rüstzeug für die Front zu schaffen und um wirtschaftlich durchzuhalten bis zum siegreichen Ende.

Wie aber sollen wir in Zukunft durchhalten, wenn im eigenen Volke die Forderungen nach einem Frieden ohne Kriegsentschädigung und ohne Gebietserweiterung unwidersprochen sich erheben? Niederdrückend, lähmend und beschämend zugleich müssen alle vaterländisch gesinnten Kreise solche Forderungen empfinden.

Wir brauchen Entschädigungen für die ungeheuren Opfer unseres Volkes, um unser wirtschaftliches, kulturelles und soziales Leben auch nach siegreichem Frieden wieder aufbauen und die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen unserer gefallenen Helden sicherstellen zu können. Es gilt, unsere Grenzen besser zu schützen, unsere Seegeltung zu stärken und durch Erweiterung unserer Rohstoffgewinnung unsere Industrie zu fördern und unsere Rüstung zur Verteidigung des Vaterlandes sicherzustellen. Wir brauchen Siedelungsland für die Kräftigung unseres Volkes und für die Mehrerzeugung von Nahrungsmitteln.

Ein Frieden unter Verzicht auf jede Forderung schafft unserem Volke keine Erleichterung seiner wirtschaftlichen Lage. Er verschärft vielmehr für lange Zeit die Ernährungsschwierigkeiten, in denen wir heute leben. Nur ein Frieden, der uns die Möglichkeit bietet, mit unserer Machterweiterung auch die Sicherung von Nahrungsmittel- und Rohstofflieferungen zu fordern und durchzusetzen, vermag dem deutschen Volke die wirtschaftliche Erleichterung zu bringen, die es unmittelbar nach dem Frieden braucht. Nur ein Frieden mit Entschädigung, mit Machtzuwachs und Landerwerb kann unserem Volke sein nationales Dasein, seine Stellung in der Welt und seine wirtschaftliche Entwickelungsfreiheit dauernd sicherstellen. Den Weg zu diesem deutschen Frieden öffnet uns allein der deutsche Sieg. Der Kaiser und die Führer von Heer und Flotte verheißen ihn und verbürgen ihn uns. Es gilt, ihnen zu vertrauen und durchzuhalten, bis der Sieg den deutschen Frieden bringt.

Angehörige aller Volkskreise und aller Körperschaften, die unsere Anschauungen teilen, bitten wir, dieser Erklärung beizutreten.

Deutscher Landwirtschaftsrat: Dr. Graf v. Schwerin-Löwitz. — Kriegsausschuß der Deutschen Landwirtschaft: Dr.

Mehnert; Freiherr von Cetto-Reichertshausen, Präsident des bayerischen Landwirtschaftsrats. — Bund der Landwirte: Frhr. v. Wangenheim, Dr. Rösicke. — Vereinigung der Deutschen Bauernvereine: Frhr. v. Kerckerinck zur Borg. — Deutscher Bauernbund: Löscher, Dr. Böhme. — Reichsverband der Deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaften: Johanssen, Gennes. — Generalverband ländlicher Genossenschaften für Deutschland (Raiffeisenverband): Dietrich, Rang. — Generalverband Deutscher Industrieller zur Förderung und Wahrung nationaler Arbeit: Rötger. — Verein Deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller: Meyer, Dr. Reichert. — Mitteldeutscher Fabrikantenverein: Beck, Meesmann. — Bayerischer Industriellen-Verband: Dr. von Riepper, Dr. Kuhlo. — Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen: Benkenberg, Dr. Beumer. — Reichsdeutscher Mittelstandsverband: Dr. Eberle, Kückelhaus, Janssen, Graef, — Verband der Handelsschutz- und Rabattsparvereine Deutschlands. — Vertretung für Handel und Gewerbe: Findeisen, Bythien. — Württembergischer Bund für Handel und Gewerbe: Hiller. — Bayerischer Handwerker- und Gewerbebund: Wagner. — Mittelstandsvereinigung im Königreich Sachsen. — Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband: Die Verwaltung, Bechly, Clauß. — Hauptausschuß nationaler Arbeiter- und Berufsverbände Deutschlands: J. C. Jensen. — Kirchlich-Soziale Konferenz: Dr. Seeberg. — Deutscher Ostmarkenverein. — Deutscher Wehrverein: Graf von Baudissin, v. Reichenau, Vorsitzender des Vereins für das Deutschtum im Ausland. — Alldeutscher Verband: Claß, Frhr. v. Gebsattel, v. Grapow, Dr. ing. Kirdorf, Dr. Thomsen. — Unabhängiger Ausschuß für einen deutschen Frieden: Dr. Schäfer, Fuhrmann, Dr. Vogel."

Den sechs großen Wirtschaftsverbänden haben sich dann eine große Anzahl von Vereinen angeschlossen. Genannt seien:

„Verein für Handlungskommis 1858 von Hamburg, der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, der Verband deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig und der Deutsche Verband kaufmännischer Vereine zu Frankfurt a. M. mit einer Eingabe an den Reichskanzler vom 1. April 1915, die Christlichen deutschen Bauernvereine (Westfälischer Bauernverein als Vorort) in einer Eingabe an den Reichskanzler vom 20. Mai 1915. Ferner der Ver-

band der Rabatt-Sparvereine Deutschlands, der Bund der Festbesoldeten, der Verband der katholischen Arbeitervereine Deutschlands, die Deutsche Mittelstands-Vereinigung in Berlin, der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands, der Deutsche Techniker-Verband, der Bund vaterländischer Arbeiter-Vereine. Angeschlossen haben sich weiter die Unterzeichner der sog. Professoren-Eingabe an den Reichskanzler (325 Hochschulprofessoren, 148 Richter und Anwälte, 145 Bürgermeister und höhere Verwaltungsbeamte, 158 Geistliche und Schulmänner, 40 Parlamentarier, 18 inaktive Admirale und Generale usw.), ferner ähnlich zusammengesetzte Gruppen in München und Karlsruhe.

Im Beirat dieser Vereinigten Verbände waren außerdem vertreten die Vorsitzenden oder Vertreter der Vereinigung für staatsbürgerliche Erziehung und Bildung, des Vereins für das Deutschtum im Ausland, des Deutschen Wehrvereins, des Alldeutschen Verbandes, des Deutschbundes, des Rüdesheimer Verbandes deutscher Burschenschaften, der Gesellschaften zur Förderung der inneren Kolonisation, des Evangelischen Hauptvereins für deutsche Ansiedler und Auswanderer, des Hauptausschusses für Kriegerheimstätten, sowie eine Reihe von Einzelmitgliedern.

Man sieht: eine recht stattliche Anzahl „Alldeutscher", deren Eingaben indessen, wie Scheidemann sagte, in den Papierkorb Bethmanns wanderten. Dazu kommen die Hamburger, Bremer und Lübecker Kaufleute. Nur auf die „Lübecker Kundgebung zur Lage" sei Bezug genommen. Es heißt darin u. a.:

„Deutsche, seid stark!

Vergeßt nicht, daß keiner unserer Feinde den Frieden will ohne unsere Vernichtung! England ist ihr Führer, England, das kein starkes Deutschland neben sich dulden will, das seine schrankenlose Herrschaft über die Welt erhalten und darum uns vernichten will.

Dieser englische Wille ist unbeugsam! Gefährlich ist die Täuschung, der man sich in einzelnen Schichten des Volkes darüber hingibt.

Dieser Wille kann nur gebrochen werden, wenn Englands Macht gebrochen wird!

Englands Macht kann nur gebrochen werden, wenn wir alle Waffen, die wir besitzen, zu Lande und zu Wasser, unter dem Wasser und in der Luft schnell und mit all ihrer Schärfe gegen England anwenden!

Dann, nur dann können wir einen deutschen Frieden erringen, der nicht über kurz oder lang unsere Kinder und Kindeskinder zu neuem blutigen Ringen ruft, einen deutschen Frieden, der unsere Macht weitet und stärkt in Ost und West, zur See und in den Kolonien, der unser Haus fest macht, damit wir in Frieden in ihm wohnen können!

Nicht Eroberungssucht läßt uns diese Stärkung der Macht des deutschen Vaterlandes erstreben, sondern die feste, aus der Geschichte und dem Gange des Krieges erwachsene Überzeugung, daß nur auf Grund dieser Machtstärkung ein dauernder deutscher Frieden erreicht werden kann.

Dazu zu helfen, ist jedes deutschen Mannes und jeder deutschen Frau heilige Pflicht! Wenn einmütig das Volk in diesem deutschen Siegeswillen beharrt, wenn immer wieder dieser deutsche Wille sich zu neuer Tat erhebt, werden auch die Wege gegangen werden, die zum deutschen Frieden führen!

Die Schonung Englands bedeutet ewigen Krieg!

Der Sieg über England aber ist der Frieden der Welt!

Dazu helfe jeder an seinem Platze!

Lübeck, den 25. September 1916."

Und unterschrieben haben das die folgenden Vereinigungen: Alldeutscher Verband, Ortsgruppe Lübeck. — Bund der Landwirte, Landesgruppe Lübeck. — Der nautische Verein zu Lübeck. — Deutscher Ostmarken-Verein, Ortsgruppe Lübeck. — Deutscher Verein für das nördliche Schleswig, Ortsgruppe Lübeck. — Deutscher Wehrverein, Landesverband Lübeck. — Deutsch-nationaler Handlungsgehilfen-Verband, Ortsgruppe Lübeck. — Evangelischer Bund, Hauptverein Lübeck. — Flotten-Verein, Landesverband Lübeck. — Gewerkverein Lübeck. — Hansabund für Gewerbe, Handel und Industrie, Landesgruppe Lübeck. — Katholischer Gesellenverein, Lübeck. — Katholischer Arbeiterverein, Lübeck. — Konservativer Verein, Lübeck. — Landes-Krieger-Verband Lübeck. — Liberale Volkspartei. — Lübecker Industrieverein. — Nationalliberaler Verein. — Reichsverein, Lübeck. — Schiffergesellschaft, Lübeck. — Verband deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig, Ortsgruppe Lübeck. — Verband reisender Kaufleute Deutschlands, Sektion Lübeck. — Verein für das Deutschtum im Auslande, Ortsgruppe Lübeck. — Verein für Handlungskommis von 1858 in Hamburg,

Bezirk Lübeck. — Verein für katholische Kaufleute und Beamte, Lübeck. — Verein Lübecker Seemannsheim.

Sehr bemerkenswert waren auch die Feststellungen, die der Abgeordnete Haase in der 40. Sitzung des Reichstags, Donnerstag den 6. April 1916 (Stenogr. Bericht S. 886) machte:

„Herr Dr. Spahn, Sie schütteln den Kopf. Ich habe vor mir eine Petition, die in dieser Zeit gerade in Bayern zirkuliert, und die Unterschriften von bekannten Persönlichkeiten aller Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten trägt. Es steht z. B. die Unterschrift des Gymnasiallehrers Bauer, Ausschußmitglieds des Fortschrittlichen Volksvereins in Würzburg, darunter. (Hört! hört! bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.) Ferner finde ich unter diesen Unterschriften folgende Namen: Landesökonomierat Beck, Mitglied der Abgeordnetenkammer, Vorsitzender des bayerischen Landesvorstandes des Bundes der Landwirte, Georg Behringer, Nürnberg, Bezirksleiter des Christlichen Bauarbeiterverbandes, Dr. Brandmeier, Vorsitzender des Ortsverbandes München des Bayerischen Realschulmännervereins, Fritz Müller, Mitglied der Abgeordnetenkammer in Zweibrücken, Dr. v. Casselmann, Oberbürgermeister von Bayreuth, Vorsitzender der Liberalen Vereinigung der Abgeordnetenkammer (hört! hört! bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft) und dann eine Reihe von Mitgliedern insbesondere der christlichen Gewerkschaften sowie Professoren. (Lachen und Zurufe rechts: Was steht darin?)

Hier finden Sie vielleicht eine Erläuterung zu den Gedanken, die Herr Dr. Spahn — meinethalben noch nicht in voller Klarheit — ausgesprochen hat. Es heißt über Belgien:

‚Unter Ablehnung einer politischen Entrechtung der beiden belgischen Völker muß das Deutsche Reich den militärischen Schutz gegen Anschläge der Westmächte auf Belgien übernehmen. . . . Im Interesse einer ungestörten Entwicklung muß dem Deutschen Reiche die politische Vertretung Belgiens nach außen übertragen werden.‘ (Hört! hört! bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft. — Sehr richtig! rechts.)

Meine Herren, hat ein Staat noch seine Souveränität, wenn er nach außen hin keine Vertretung hat, wenn er diese Vertretung einem anderen übertragen muß?

Meine Herren, jenes Schriftstück zeigt auch sonst, mit welchen Plänen sich die gekennzeichneten Kreise beschäftigen.

Über Frankreich ist unter anderem gesagt:

'Die unserer bisherigen Grenze nahegelegenen französischen Eisenerzgebiete gehören verkehrs- und wirtschaftspolitisch zu Deutschland.' (Hört! hört! bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.)

Gegenüber Rußland wird nicht bloß die Forderung aufgestellt: möglichste Zurückdrängung Rußlands aus den nicht von Großrussen bewohnten Gebieten, sondern es wird auch die Angliederung der Ostseeprovinzen und der südlich anschließenden Gouvernements an das Deutsche Reich gefordert. (Sehr richtig! rechts. — Hört! hört! bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.)

Gegenüber England wird die Forderung aufgestellt:

'Verbesserung unserer militärischen Stellung durch Gewinnung von brauchbaren Stützpunkten für See- und Luftflotte gegenüber der englischen Küste.' (Zurufe rechts: Sehr richtig! Das ist selbstverständlich!) —

Ja, meine Herren, ich will ja gerade feststellen, daß das auch Ihre Anschauungen sind —

Sicherung unserer Seegeltung durch Flottenstützpunkte als Gegengewicht gegen die derzeitige Beherrschung der Meere durch England."

Man kann daraus ersehen, wie groß die verlogene Niedertracht ist, die versucht, der Rechten allein die Schuld aufzubürden, weil sie zu weitgehende Kriegsziele aufgestellt habe.

Damit ist allerdings das Material gegen die Linke noch lange nicht erschöpft. Dennoch sei dieser Teil unserer Abrechnung nunmehr mit einem „Länderfresser", der Monatsschrift „Nord und Süd", abgeschlossen. Diese ist begründet von Paul Lindau, wird herausgegeben von Ludwig Stein, verlegt von S. Schottländer, ist gewißlich also eine ziemlich allundeutsche Erscheinung. In dieser Zeitschrift, Heft 483 Band 151, 1914, schrieb der Herausgeber einen Aufsatz: „Grundforderungen des Weltkrieges" mit folgenden Ketzereien (S. 263 f.):

„Wenn erst unsere 42er mit Verdun, Belfort und Nancy ebenso gründlich aufgeräumt haben werden, wie mit allen Festungen, die sich ihnen bisher entgegenstellten, so wird es Sache unserer Diplomatie sein, die von diesem Krieg und seiner Vorgeschichte viel gelernt haben dürfte (!), dafür Sorge zu tragen, daß uns in Hinkunft nicht wieder perpetuierliche (!) Drohfäuste in der Form von Festungsgürteln entgegengeballt werden...." „Der völlige Niederbruch Belgiens gestattet uns ohnehin eine Grenzregulierung bis zum Meere, die den Bedürfnissen unseres Welthandels entspricht."

Ironisch behandelt Stein dann die eingefleischten Russenfreunde, „die selbst heute noch nicht das holde Märchen von der väterlichen Freundschaft Rußlands abreagiert (!) haben," und nennt es eine unvergängliche Großtat von Hindenburgs, „daß er diese Gefahr im Osten seit Jahrzehnten vorausgesehen" habe. Schließlich lautet sein Votum über die Ostfragen so: „Nur eine durchgreifende geographische Verschiebung oder strategische Verstärkung der Ostgrenze kann uns vor einem wiederholten Einfall Rußlands schützen. ... Rußland war seit zwei Jahren ... offenkundig zum Weltkrieg entschlossen. ... Im Grunde genommen hat Rußland im Stillen immer weiter gerüstet, jedenfalls nicht demobilisiert. ... Aus alledem folgt, daß der russische Nationalismus, der künstlich genährte panslavistische Größenwahn, der dem russischen Nationalgeist in schwärmerischer Phantastik übernatürliche Eigenschaften andichtet, der territoriale Erzfeind ist, den es niederzuringen gilt. Rußland muß so gründlich aufs Haupt geschlagen werden usw. usw."

Ungefähr so sagt's der Alldeutsche auch, nur mit ein bißchen anderen Worten. Es fehlt bloß noch unser Mitbürger jüdischer „Konfession" Ernst Lissauer, der gegenüber England nicht lassen wollte von seinem Haß, der hassen wollte ohne Unterlaß, um die unechten Alldeutschen, die Fremdvölkisch-Überalldeutschen zu zeigen, deren Gebaren und Aufdringlichkeit uns zum guten Teil den Widerwillen der Welt auf den Hals geladen hat, die Leute, die mit der Konjunktur gingen und Stimmungen, verzerrend aber echtstämmig, in klingenden Zeilenlohn umzumünzen verstanden.

---

5. Wer trat für den U-Bootkrieg ein?

Vor mir liegt ein demokratisches Flugblatt: „Bürger! Bauer! Arbeiter! Feldgrauer!", das als Beilage zu Nr. 149 des „Büdinger Allgemeinen Anzeigers" 1918 erschienen ist. In diesem Flugblatt wird über die „wenigen Mächtigen und Ehrgeizigen" der Stab gebrochen, weil sie „die andern Völker mit gepanzerter Faust in Furcht" hielten. „Die führten den Krieg, die sind verantwortlich für seine Methoden, die haben verschuldet, daß wir nicht längst einen guten Frieden haben, die haben den unseligen U-Bootkrieg auf dem Gewissen, die haben das Volk irregeführt mit ihrer falschen Aufklärung."

Sachte, sachte! Wer so laut anklagt, so eindringlich mit dem Finger deutet, hat sicher kein gutes Gewissen. Auch nicht in der U-Bootfrage, wie wir gleich sehen werden. Drei Tatsachen: Der deutsche U-Bootkrieg setzte zu spät ein. Kein anderer als Lord Haldane hat das nach einer Amsterdamer Meldung des Wolff-Bureaus vom 16. Dezember 1918, laut „Allgemeen Handelsblatt", bestätigt: „Der zweite Fehler der deutschen Strategie war der, daß sie zögerte, sofort von ihren U-Booten und Torpedobooten Gebrauch zu machen, um den Transport der britischen Expeditionsarmee nach deren Mobilisierung am Morgen des 3. August zu verhindern."

Zweitens: Der U-Bootkrieg von 1915 wurde durch Amerika, das den deutschen Sieg verhindern wollte, abgeblendet und zu einer schweren Gefährdung der U-Bootführer und Mannschaften gemacht.

Drittens: Die Freisinn-Demokratie rühmt sich allerorten stets für den beschleunigten und verstärkten Ausbau der U-Boote eingetreten zu sein, und, abgesehen von der auf Deutschlands Verderben von vornherein überwiegend hinarbeitenden U. S. P. (früher Soziald. Arbeitsgemeinschaft), hat der ganze Reichstag das U-Boot für eine zur Beendigung des Krieges geeignete Waffe erklärt, in deren Gebrauch sich Deutschland die nötige Freiheit wahren müsse.

Daß außer der Rechten auch die linkssitzenden Nationalliberalen für den U-Bootkrieg, wie für weitgehende Kriegsziele waren, bedarf keines Beweises, weil die Nationalliberalen selber aus dem Verband der „Gerechten und Volksfreunde" ausgestoßen sind. Immerhin ist einer der Hauptwortführer der Nationalliberalen Partei, der jüdische Abgeordnete Schiffer, zwar mit offenen Armen bei der Demokratie aufgenommen worden, aber seinerzeit, um etwa mit Scheidemann zu reden, ein Ober-U-Bootmakkabäer gewesen. Er sagte im Reichstag am 28. Februar 1917, Stenogr. Bericht S. 2414:

„Nun, meine Herren, welche Erfolge hat der U-Bootkrieg bis jetzt aufzuweisen? Der Herr Reichskanzler hat uns gestern zu unsrer einmütigen (!) Befriedigung gesagt, daß die Erfolge so groß sind, daß sie die Erwartungen der Marine eher noch übersteigen." Schiffer besprach dann das bedauerliche Mißverständnis, das bei dem Versenken holländischer Schiffe obgewaltet habe und fuhr fort: „Auch dieses Vorkommnis aber wird an der Unbeugsamkeit unseres Entschlusses, den U-Bootkrieg durchzuführen, selbstverständlich nichts ändern."

Ferner: „Ich habe vorhin gesagt, daß der Reichskanzler uns bestimmte Zahlen nicht angegeben hat. Die Angaben werden sicherlich später nachgeholt werden. Darüber sind aber alle einig, daß Zahlen

nicht die Hauptsache und das Ausschlaggebende darstellen, wenn es sich um die Erfolge des U-Bootkrieges handelt. Die mittelbare Wirkung des U-Bootkrieges, die im einzelnen nicht wägbar, nicht zählbar ist, ist vielleicht noch stärker als die unmittelbare Wirkung, die durch die Versenkungen erzeugt wird. Diese mittelbare Wirkung hat sich in einer Weise gezeigt, wie man es vielleicht auch vorher nicht geahnt und geglaubt hätte. Der Schrecken schreitet durch die Welt. Er lähmt die Welt, lähmt den Verkehr, lähmt die Zufuhren und lähmt die Ausfuhren. Die Nordsee wird gefährdet, sie ist leer von neutralen Schiffen, überall stockt die Fahrt. Die Schiffe drängen sich in den Häfen, die Transportwege der Eisenbahnen sind verstopft, und langsam legt sich die Starrheit, die aus dem drohenden Vorgehen unserer U-Boote hervorwächst, über die ganze Welt.

Ich möchte hier einmal Verse zitieren, die gewiß zu einem ganz andern Zwecke gedichtet worden sind, aber hierher passen: Unserem Lande können wir zurufen:

„Alle Räder stehen still,
Wenn dein starker Arm es will."

Alle Räder und Schrauben der Schiffe, die Räder und Wellen der Fabriken, die Räder der Eisenbahnen!"

Das sind doch geradezu überalldeutsche Worte, und trotzdem ist Schiffer heute einer der Hauptführer der Demokratie, Schiffer der folgende, heute „verbrecherisch" klingenden, aber durchaus den Tatsachen entsprechende Worte gesagt hat (am gleichen Tage, Stenogr. Ber. S. 2413):

„Und dieselbe feierliche und weihevolle Stimmung eines sittlichen Ernstes ist es, mit der wir die Einführung des schrankenlosen U-Boot-Krieges begrüßt haben. Man kann wohl sagen, daß das deutsche Volk sich diesen Entschluß von der Seele gerungen hat. (Sehr richtig!) Gerungen hat das Volk mit dem Gedanken: ist die Zeit, diese Waffe zu gebrauchen, da, oder ist sie noch nicht da? Dieser Kampf spielt sich nicht bloß zwischen den verschiedenen Gliedern unseres Volkes ab — nein, in der Brust beinahe jedes einzelnen hat dieser Kampf sich abgespielt mit seiner ganzen schweren und ungeheuren Verantwortung. (Lebhafte Zustimmung.) Nun ist die Frage entschieden. Unter dem Drucke der Verhältnisse, für jeden sichtbar spitzte sich die Frage zu: jetzt oder nie! Als im Einvernehmen der obersten Heeresleitung und der Reichsleitung die Entscheidung für das Jetzt fiel, da ging es wie ein Aufatmen, wie eine Erlösung durch unser ganzes Volk. Da fühlte man, daß der Schicksalswurf gewagt werden mußte, und rückhaltlos trat man der Entschei-

dung bei. Ich kann wohl sagen: einmütig steht jetzt unser Volk hinter diesem Entschluß."

Und was sagte die gewiß im höchsten Maße allundeutsche „Frankfurter Zeitung" bereits am 24. März 1915, in ihrer Nr. 83, 2. Morgenblatt?

„Gelingt es, den Tauchbootkrieg so erfolgreich wie bisher weiterzuführen, dann wird es sich zeigen, daß nicht das Deutsche Reich, sondern England den Abschluß dieses Krieges verlangen wird, und zwar zu einem Termin, der näher liegt als der, mit dem England sich brüstete, wirtschaftlich ungeschwächt durchhalten zu können."

Und damals war vom sogenannten rücksichtslosen U-Bootkrieg noch gar keine Rede!

Und weiter: Im März 1916 trat die Fortschrittliche Volkspartei zu einem Parteitag für Groß-Berlin zusammen, um zum U-Bootkrieg Stellung zu nehmen. Einer der Hauptführer der Partei, Abgeordneter Dr. Wiemer, führte dazu u. a. aus:

„Von der Partei ist von Anfang an ein verstärkter und beschleunigter Bau von U-Booten gefordert worden; insbesondere sind die Abgg. Leonhart und Struve aus Kiel nachdrücklich dafür eingetreten.

Auch in der freisinnigen Presse ist die gleiche Auffassung vertreten worden; Fachmänner, wie Vizeadmiral Galster und Kapitän Persius, haben in dieser Richtung zu wirken gesucht. Jedenfalls steht fest: Wäre nach dem Verlangen der Partei der Bau von U-Booten früher und schneller durchgeführt worden, so wäre die Möglichkeit ihrer erfolgreichen Verwendung im jetzigen Kriege erheblich verstärkt worden. Die frühere Haltung der Partei gibt die Grundlage für unsere jetzige Stellung. Wir wollen uns die U-Bootwaffe nicht entwinden lassen. (Lebhafter Beifall.) Wir sind stolz auf die Heldentaten unserer U-Boote wie unserer ganzen Flotte. Wir unterschreiben die Erklärung des Unterstaatssekretärs Zimmermann, daß wir keinesfalls die Ungesetzlichkeit des U-Bootkrieges in der Kriegszone zugestehen, und daß wir uns bei Verhandlungen mit anderen Mächten die U-Boot-Waffe nicht aus der Hand winden lassen können. Vereinbarungen, die das Wesen des U-Bootkrieges nicht berühren, sind möglich, nicht aber Einschränkungen, die uns zum Verzicht auf die erfolgreiche Verwendung dieser Waffe zwingen können." (Lebhafte Zustimmung.)

Im Zusammenhang damit steht dann die Zustimmung der Fortschrittler (Demokraten) zu dem bekannten Antrag Nr. 218 des Hauptausschusses (damals hieß er noch so schön: Budgetkommission!) vom 30. März 1916 dem Reichstag folgende Erklärung an den Herrn Reichskanzler vorzuschlagen:

„Nachdem sich das Unterseeboot als eine wirksame Waffe gegen die englische auf die Aushungerung Deutschlands berechnete Kriegführung erwiesen hat, gibt der Reichstag seiner Überzeugung Ausdruck, daß es geboten ist, wie von allen unseren militärischen Machtmitteln so auch von den Unterseeboten denjenigen Gebrauch zu machen, der die Erringung eines die Zukunft Deutschlands sichernden Friedens verbürgt, und bei Verhandlungen mit auswärtigen Staaten die für die Seegeltung Deutschlands erforderliche Freiheit im Gebrauch dieser Waffe unter Beachtung der berechtigten Interessen der neutralen Staaten zu wahren."

Dieser Antrag ist unterschrieben von den Konservativen bis zu Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten, von Gröber wie Payer, Bassermann wie Müller-Meiningen, Ebert wie Scheidemann! Dagegen hat im Ausschuß nur gestimmt der Unabhängige Ledebour, der seinerseits folgenden Antrag, Kommissionsdrucksache Nr. 215, einbrachte: dem Reichstag folgende Erklärung an den Herrn Reichskanzler vorzuschlagen:

„Der rücksichtslose U-Bootkrieg, also die warnungslose Torpedierung von Handelsschiffen und Passagierdampfern gegnerischer und neutraler Staaten, darf unter keinen Umständen zur Anwendung gebracht werden.

Die Beendigung des Krieges ist auf dem Wege der Verständigung herbeizuführen."

Dieser Antrag wurde mit allen Stimmen gegen die Ledebours abgelehnt.

Bemerkenswert ist in dem Bericht des „Referenten" Bassermann, daß der Reichstag in keine Erörterungen darüber eintritt, in welchen Formen der U-Bootkrieg geführt werden soll, ob uneingeschränkt oder eingeschränkt, sondern lediglich seiner Überzeugung Ausdruck gibt, daß der U-Bootkrieg genau so, wie alle unsere militärischen Machtmittel, so benützt werden soll, daß sein Gebrauch die Erringung eines die Zukunft Deutschlands sichernden Friedens verbürgt.

Es kam der sog. rücksichtslose U-Bootkrieg vom 1. Februar 1917.

Dazu machte der fortschrittliche Führer, Abg. Dr. Wiemer, am 27. Februar 1917 in der 83. Sitzung des Reichstags, Stenogr. Bericht S. 2394, folgende Bemerkungen:

„Wir vertrauen auf unsere Marine, auf unsere U-Boote und deren todesmutige Kämpferschar. Die Entscheidung über den unbeschränkten U-Bootkrieg ist gefallen; er ist im Gange. Die Verantwortlichkeit für die Anwendung der Kampfmittel trägt nicht das Parlament, tragen nicht die politischen Parteien, sondern tragen die berufenen Stellen, die über die Führung des Krieges zu bestimmen haben, und eine Verschiebung der Verantwortlichkeit können wir nicht als ratsam ansehen.

Meine politischen Freunde sind seit Jahren für den verstärkten und beschleunigten Bau von Unterseebooten eingetreten, und wir haben zu allen Zeiten, auch bei den Verhandlungen im vorigen Jahre, ausgesprochen, daß wir uns diese scharfe und schneidige Waffe nicht entwinden lassen sollen. (Sehr richtig! bei der Fortschrittlichen Volkspartei.) Wir haben abzuwehren versucht Bestrebungen, die darauf hinausgingen, mit dem uneingeschränkten U-Bootkrieg einzusetzen zu einer Zeit, als die militärischen, marinetechnischen, politischen Voraussetzungen dafür noch nicht gegeben waren. Nun ist die Entscheidung getroffen, und wir stellen Zweifel, die in dieser oder jener Frage des U-Bootkrieges noch bestehen können, heute zurück in der Überzeugung, daß dieser ungehemmte U-Bootkrieg, der die schicksalschwersten Entscheidungen für das Deutsche Reich und das deutsche Volk herbeiführen kann, getragen sein muß von der Zustimmung der ganzen Nation. (Sehr richtig! bei der Fortschrittlichen Volkspartei.) Wir stimmen dem Satz des Kanzlers zu, daß der jetzige U-Bootkrieg die Antwort ist auf die englische Hungerblockade."

Also die politischen Parteien tragen nicht die „Schuld" am U-Bootkrieg — vergleiche damit die demokratisch-sozialistische Agitation gegen die Rechte! Und der jüdisch-demokratische Fortschritt ist seit Jahren für den verstärkten und beschleunigten Bau von Unterseebooten eingetreten — doch wohl nicht, um Marinefestspiele aufzuführen, sondern um sie „verstärkt" und „beschleunigt" anzuwenden, wie das auch die — Alldeutschen wollten.

Wie nehmen sich alle diese Tatsachen neben der infernalisch verlogenen Agitation in der U-Bootfrage aus!

Nicht einer war unter denen zur Mitwirkung Berufenen, der den Ernst der U-Bootentscheidung nicht beachtet und erkannt hätte, aber jeder wußte auch mit Dr. Spahn, dem Führer des Zentrums (83. Sitzung des Reichstags, 27. Februar 1917, Stenogr. Bericht S. 2379), „daß unser Unterseebootkrieg von unserer gesamten Heeresmacht mit allen Kampfmitteln unterstützt wird . . . um eine möglichst schleunige Beendigung des Krieges herbeizuführen". Derselbe Dr. Spahn sagte dann in der gleichen Sitzung (Stenogr. Bericht S. 2381):

„Wir anerkannten die Berechtigung des U-Bootkriegs. Denn hatte England gegen uns die Hungerblockade als Waffe eingesetzt, dann durften wir diese Waffe abwehren durch jede uns zur Verfügung stehende, nicht völkerrechtswidrige Waffe." Und schließlich meinte Spahn ebenda: „Ich aber will betonen: wir führen den U-Bootkrieg nicht, weil wir an den Sieg der Allierten zu Lande glauben, und weil wir uns deswegen in einer verzweifelten Lage befinden, — wir führen ihn, weil wir hoffen, durch ihn den Kriegrascher zu Ende zu bringen (sehr richtig! im Zentrum), und wenn das das Ergebnis des U-Bootkrieges ist, dann nützt die Führung auch den neutralen Staaten." Und daß zu dem Beschlusse des unbeschränkten U-Bootkrieges der Reichskanzler die Zustimmung des Hauptausschusses haben wollte und erhielt, geht aus den Worten eines andern Zentrumsführers, des Abg. Gröber hervor (197. Sitzung des Reichstags, Sonnabend den 26. Oktober 1918, Stenogr. Bericht S. 6289):

„Sodann hat der Herr Vorredner, der Herr Abgeordnete v. Graefe Anstand daran genommen, daß der Abgeordnete Müller (Meiningen) ausgeführt hat, die Erklärung des unbeschränkten Unterseebootkrieges würde nach seiner Annahme auch unter die Verantwortung des Reichskanzlers fallen. Ich möchte nach der Richtung doch daran erinnern, was uns allen als Abgeordneten im Gedächtnis ist, wie damals, als im Hauptausschuß die Verhandlung über die Frage des Beginns des unbeschränkten Unterseebootkrieges stattfand, ganz klipp und klar dem Reichstag Gelegenheit geboten worden ist, sich über diese Frage auszusprechen, daß also der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg anerkannt hat, daß er zu diesem weitgehenden Schritt der Deckung durch den Beschluß des Reichstags beziehungsweise seiner Hauptkommission bedürfe. Sonst hätte die ganze Aktion gar keinen Zweck gehabt."

In diesem Hauptausschuß aber saßen höchstens fünf rechtsgerichtete Abgeordnete gegen 23 links von ihnen Stehende!

Und alle Parteien bis in die Reihen der Unabhängigen hinein haben den rücksichtslosen U-Bootkrieg mitgemacht, gutgeheißen oder ihm den Lauf gelassen. Abg. Naumann z. B. sagte am 9. Oktober 1917 (Stenogr. Bericht S. 3797):

„Als der U-Bootkrieg im Januar 1917 beschlossen war, haben alle diejenigen von uns, die ihn für außerordentlich gefährlich für das deutsche Vaterland gehalten haben und noch halten, dazu stillgeschwiegen; denn nachdem einmal der uneingeschränkte U-Bootkrieg offiziell angenommen war, gehörte es zu unserer vaterländischen Pflicht, nun zu wünschen, daß dieses Mittel neben seinen schweren Nebenwirkungen auch seine Hauptübungen zu unseren Gunsten ausüben könnte." (Lebhafte Zustimmung links.)

Und Scheidemann sagte am 21. Februar 1917 im Hauptausschuß, er bedauere die neue Entwicklung, für die seine Partei die Verantwortung ablehne, wünsche aber von ganzem Herzen, daß der Unterseebootkrieg nun auch den von der Marine erhofften Erfolg haben werde (vgl. Protokoll des Hauptausschusses, Februar 1917). Nun, am 6. April 1916 hat Scheidemann sich im Plenum des Reichstags gegen den rücksichtslosen U-Bootkrieg und zu gleicher Zeit für den bereits besprochenen gemeinsamen Antrag der großen Parteien ausgesprochen, der ausdrücklich Freiheit im Gebrauch dieser Waffe fordert und der, nach dem von keiner Seite bemängelten Bericht, die Frage offen läßt, ob der Tauchbootkrieg beschränkt oder unbeschränkt geführt werden soll (vgl. Bericht der Kommission für den Reichshaushaltsetat, Nr. 255 der Drucksachen, 2. Session 1914/16). Ferner trat er dem Antrag Nr. 258 der jetzigen Unabhängigen entgegen, der verlange, daß auch feindliche Handelsschiffe verschont blieben, die doch bewaffnet seien (40. Sitzung des Reichstags vom 6. April 1916, Stenogr. Bericht Seite 890).

Die Unabhängigen haben es sich dann auch nicht nehmen lassen, ihren ehemaligen Freunden von der Mehrheitspartei ihre Haltung bei jeder Gelegenheit vorzuwerfen, obwohl auch der „Unabhängige" Erdmann in seinem Buch „England und die Sozialdemokratie" zur Anwendung aller Mittel auffordert, um England niederzuringen und noch im Oktober 1918 in den Sophiensälen zu Berlin für den rücksichtslosen U-Bootkrieg eingetreten ist.

Haase stellte am 6. April 1916 (Stenogr. Bericht S. 887) fest, daß nach Bassermann'schem Bericht die Formen des U-Boot-

krieges für jeden völlig offen gelassen sind. „Um zum Ziele zu kommen, sind alle Formen gestattet.“

Ledebour sagt am 28. Februar 1917 (84. Sitzung des Reichstags, Stenogr. Bericht S. 2438):

„Ebensowenig kann auch die sozialdemokratische Fraktion, wie sie durch den Herrn Scheidemann und seine Freunde vertreten worden ist, die Verantwortung von sich ablehnen; denn in allen den Vorbesprechungen haben die Herren gar keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie grundsätzlich genau auf dem Standpunkt des Herrn Reichskanzlers stehen, indem sie zugaben: wenn der U-Bootkrieg mit sicherem Erfolge gemacht werden kann, dann muß er gemacht werden. Das hat mir gegenüber ausdrücklich in der Kommission der Herr Abgeordnete Dr. David erklärt; er hat es allerdings nachher hier im Hause bestritten. Jetzt wird das aber von ihm und seinen Freunden nicht mehr bestritten. Trotzdem bringen die Herren es fertig, die Verantwortlichkeit abzulehnen. Die politische Verantwortung für den rücksichtslosen U-Bootkrieg tragen alle Parteien (sehr richtig! bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft) — und sie, die nicht grundsätzlich Stellung dagegen nehmen, sollten den Mut haben, das zu bekennen, auch jetzt noch —, da sie doch obendrein der Regierung, die den rücksichtslosen U-Bootkrieg unternommen hat, ihre fernere Unterstützung nicht versagen. Diese Mitverantwortung wird bedingt durch die parlamentarische Einrichtung an sich, die jedem Abgeordneten eine zustimmende oder ablehnende Haltung gegenüber der Regierung ermöglicht. (Sehr richtig! bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.) Die Ablehnung der Verantwortung zeugt nur von einem Mangel an Mut, einem Mangel an Mut gegenüber den deutschen Arbeitern, die, wenn die Sache nachher schief gehen sollte, alle zur Verantwortung ziehen könnten, die mitverantwortlich sind für den rücksichtslosen U-Bootkrieg. Also wer den rücksichtslosen U-Bootkrieg direkt oder indirekt unterstützt hat, trägt die Mitverantwortung dafür, und er soll den Mut haben, das offen zu erklären. Der Herr Reichskanzler tut es, auch die Herren Konservativen tun es, ich glaube auch noch andere Parteien, aber leider tut die sozialdemokratische Fraktion es nicht. Sie sucht die Verantwortung abzulehnen.“

Und ebenso sagte Haase am 23. Oktober 1918 (Stenogr. Bericht S. 6182):

„Wir haben nicht vergessen, daß die erste U-Boot-Resolution von den Herren Graf Westarp und v. Heydebrand bis zu den Herren Scheidemann und

Ebert verfaßt und von diesen Namen mit unterſiegelt worden iſt. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Jeder Politiker mußte einſehen, daß, nachdem das U-Boot als eine wirkungsvolle Waffe bezeichnet worden war, ohne Rückſicht auf die völkerrechtlichen Grundſätze, mit innerer Logik ſchließlich der U-Bootkampf zum verſchärften U-Bootkampfe übergehen müſſe."

Und wieder Ledebour in der 195. Sitzung am 24. Oktober 1918 (Stenogr. Bericht S. 6232):

„Wir haben uns ſtets gegen den rückſichtsloſen U-Bootkrieg erklärt. Es iſt aber eine vollkommene Irreführung, wenn vom Abgeordneten Ebert und andern Führern der Regierungsſozialiſten behauptet wird, daß ſie gleichfalls ſtets gegen den rückſichtsloſen U-Bootkrieg geweſen ſeien. Sie haben vielmehr im Prinzip ihre Zuſtimmung gegeben. In der entſcheidenden Sitzung des Hauptausſchuſſes konnte Herr v. Bethmann-Hollweg ſich ausdrücklich auf die grundſätzliche Zuſtimmung aller Parteien außer auf uns berufen, alſo auch auf die Herren Ebert und Scheidemann. Der Abgeordnete David hat damals mir gegenüber die Bemerkung gemacht, auch Herr Abgeordneter Ledebour müſſe doch zugeben, daß der rückſichtsloſe U-Bootkrieg dann durchgeführt werden muß, wenn dadurch mit Sicherheit der Sieg über die Engländer oder die Heranbringung der Engländer an den Friedenstiſch herbeigeführt werden könne. Ich widerſprach dem ſofort. Alſo nur Zweckmäßigkeitsgründe, weil die Herren im Februar 1917 nicht der Überzeugung waren, die Sache ſei bereits reif dafür, haben ſie veranlaßt, hier im Hauſe nicht für den rückſichtsloſen U-Bootkrieg einzutreten, ſie haben ihn nie grundſätzlich abgelehnt.

Wie ſie früher ſchon hier im Hauſe die Irreführung verſucht haben, daß ſie überhaupt gegen den rückſichtsloſen U-Bootkrieg geweſen ſeien, ſo ſtimmt es vollkommen damit überein, daß der Herr Abgeordnete Ebert vorgeſtern hier die Behauptung aufſtellte, ſeine Partei ſei jetzt anläßlich der Note für die Abſtellung des rückſichtsloſen U-Bootkrieges eingetreten. Ich habe Ihnen eben nachgewieſen, daß er in der entſcheidenden Beſprechung einen ganz anderen Standpunkt eingenommen hat."

Sei dem, wie ihm wolle — gegen die Fortführung des rückſichtsloſen U-Bootkrieges ſind die Mehrheitsſozialiſten nicht nur nicht aufgetreten, ſondern haben ſie ausdrücklich gefordert. So Dr. David im Hauptausſchuß des Reichstags am

8. Oktober 1917 und in der Vollsitzung des Reichstags am Tage danach (Stenogr. Bericht der 124. Sitzung vom 9. Oktober 1917, S. 3782), indem er die Friedens-Resolution und -Aktion als gutes Mittel zum Frieden pries: „Die militärischen Aktionen müssen natürlich weitergehen, solange wir keinen anständigen Frieden bekommen können, und ebenso müssen die U-Boote weiterarbeiten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Kein Mensch wird dieses Mittel jetzt zurückweisen; kein Mensch in der Mehrheit ist der Meinung, daß wir, bevor die anderen zum Frieden bereit sind, den U-Bootkrieg wieder einstellen können. Also dieser Druck soll selbstverständlich andauern."

Und Herr Noske verstieg sich sogar am 24. Oktober 1918, nachdem er bereits am 30. Mai 1916 (Stenogr. Bericht S. 1299) gesagt hatte: „Es ist richtig, daß von fast allen Seiten, auch von meiner Fraktion, der Wunsch geäußert und vertreten worden ist, es möge von allen unseren militärischen Machtmitteln ein vollwirksamer Gebrauch gemacht werden.", in der 195. Sitzung (Stenogr. Bericht S. 6216) zu einer Apotheose des U-Bootkrieges:

„Unsere Fraktion hat der Herr Abgeordnete Haase gestern auch wegen der Haltung zum Unterseebootskrieg kritisiert. Wir sind der Auffassung, daß wir in dieser Angelegenheit nichts zu bereuen haben. Jedes Kampfmittel ist von jedem Lande als zulässig erachtet worden, wenn die militärischen Stellung dort glaubten, dadurch einen Vorsprung erlangen zu können. Meines Wissens ist es englischer Ausspruch, daß die härteste Kriegführung die humanste sei, weil dadurch der Krieg am raschesten zu Ende gebracht würde. (Sehr richtig!) Meine Herren, Deutschland hat wegen des U-Bootkrieges nach meiner Überzeugung kein demütigendes Schuldbekenntnis abzulegen. England begann den Aushungerungskrieg gegen Frauen und Kinder — auch in dieser Stunde dürfen wir daran erinnern —, und das Blut der Frauen und Kinder in deutschen Städten, die von französischen und englischen Bomben zerrissen wurden, war nicht schlechter als das Leben der Leute, die mit torpedierten Schiffen untergingen. Wenn jetzt dem deutschen Volke Rache angedroht wird, können wir ganz aufrechten Hauptes erklären, daß wir für unser Leben kämpften, und daß jedes Kriegsmittel, das Menschen vernichtet, barbarisch ist."

Nach diesen Worten macht die „reservatio mentalis" des späteren Herrn Reichswehrministers keinen besonderen Eindruck mehr:

„Worüber Beschwerde zu führen ist, das ist, daß der Beginn des rücksichtslosen U-Bootkrieges ein schwerer politischer Fehler war." Meint Herr Noske mit Lord Haldane und seinem Fraktionsgenossen Cohen-Reuß, daß der unbeschränkte Tauchbootkrieg zu spät begonnen habe, so werden ihm viele beipflichten, indessen: Noske mußte dem „Herrn Bruder zur Linken" gegenüber wenigstens das Gesicht zu wahren versuchen. Mohrenwäsche! Sein Fraktionskollege Cohen schrieb in Heft 18 der „Sozialistischen Monatshefte" 1918 in einem Aufsatz: „Wo steht Deutschland nach vier Kriegsjahren?", „daß man solange zögerte, ihn (den Tauchbootkrieg) zu eröffnen, und kostbare, unwiederbringliche Zeit verloren gehen ließ, beweist, daß man solange als möglich den Charakter dieses Krieges als eines Entscheidungskampfes zwischen Deutschland und England nicht erkennen wollte."

Herr Cohen hätte bloß hinzufügen sollen, daß die Kreise, die an eine Verständigung mit England nicht glaubten und darin, wie in so vielem, recht behalten haben, mit dem Sammelnamen „Alldeutsche" zu belegen sind, und daß neben der U. S. P. die bewußten und unbewußten Verderber Deutschlands in der Mehrheit des Reichstags zu finden waren. —

Über die Erfolge des U-Bootkrieges zu reden, erübrigt sich heute. Es gibt vollgültige Beweise genug dafür.[1]) Mit einem doppelt schmerzlichen sei dieser Teil unserer Darlegungen beschlossen. In Nr. 621 der „Deutschen (früher Norddeutschen) Allgemeinen Zeitung" vom 6. Dezember 1918 ist „unterm Strich" der Bericht eines Marineoffiziers über „Letzte U-Bootfahrt nach England" zu lesen: „Weiter drinnen liegen unsere Boote, in Reih und Glied, Boot an Boot, neunzig Stück! Es ist ein trostloser Anblick! Dafür vier Jahre Kampf und Entbehrungen! Aus den Gesprächen mit den Engländern erfuhren wir noch mancherlei:

‚Das deutsche Volk muß ganz den Kopf verloren haben!'

‚In zwei Monaten hätten wir klein beigegeben, dann hätten Sie einen anständigen Frieden gehabt!'

Was hilft uns das jetzt? Ein Mann mit einem roten Bande im Knopfloch deutet einem Engländer gegenüber darauf und macht eine Geste: ‚Warum macht ihr es nicht ebenso?' Der Engländer faßt in die Tasche, holt sein Zigarettenetui hervor mit dem Bilde seines Königs. Er deutet darauf und zuckt die Achseln: ‚Das haben wir nicht nötig.'"

[1]) Besonders sei hier auf den geradezu epochemachenden Bericht des amerikanischen Admirals Sims in „The Atlanta Constitution" vom 21. Sept. 1919 verwiesen.

6. Wurden die Vereinigten Staaten wegen des U-Bootkrieges unser Feind?

Der Abgeordnete Cohen-Reuß schreibt in Heft 18 der „Sozialistischen Monatshefte" 1918 gegenüber der Behauptung, daß nur der unbeschränkte U-Bootkrieg Amerika in den Krieg gegen Deutschland getrieben habe, „Amerika sei ohnehin unser Gegner gewesen und hätte früher oder später doch militärisch eingegriffen, da es durch sein weltpolitisches Interesse auf ein Zusammengehen mit dem blutsverwandten England angewiesen sei."

Das Verhalten Amerikas während des Krieges entspricht dem durchaus.

Die amerikanischen Lieferungen an Waffen, Giftgasen, Giftsäuren, das Auftreten von Zehntausenden von Amerikanern im französischen Heer, die amerikanischen Fliegergeschwader, die Ausspäherarbeit eines Gerard und seiner Berufsgenossen in Berlin und an anderen Regierungsplätzen, das Abblenden unseres U-Bootkrieges — alles das ist Beweis zur Genüge für die wahre Gesinnung des „Demokraten" Wilson.

Bewundernd schreibt seine Weihrauchspenderin, die „Frankfurter Zeitung", in ihrer Nr. 286 vom 15. Oktober 1918 über ihn:

„Dabei darf nicht vergessen werden, wie ernst es dem Präsidenten Wilson um seine Grundsätze eines dauernden Friedens, eines Friedens der Vernunft und der Gerechtigkeit ist, der keinem Teile Gewalt antun dürfe. Wilson hat auch die Macht, seine Grundsätze durchzuführen. In der Form wird er an die Regierungen der Ententestaaten gebunden sein, in der Sache ist sein Einfluß überwiegend; denn der Präsident ist mächtiger als irgendeine Regierung, irgendein Monarch oder gar irgendein Heerführer. Er ist wohl der einzige, der ganz aus sich heraus befehlen kann, daß die amerikanischen Waffen ruhen. Er kann verhindern, daß irgendein Schiff aus Amerika nach den befreundeten Ländern weiter ausläuft. Er hat in diesem Kriege eine beinahe unumschränkte Gewalt über die Vereinigten Staaten, deren finanzielle, wirtschaftliche, politische und militärische Hilfsquellen unsern Feinden zuteil gewor-

den sind, denen sie allein ihre Erfolge und, man kann noch mehr sagen, ihre Rettung verdanken. Dem entsprechen die Rücksichten, die sie beim Abschluß eines Waffenstillstandes und bei Friedensverhandlungen zu nehmen haben. Der Grundsätze wegen, die Wilson verkündet hat, ist das Gesuch um Waffenstillstand und Friedensverhandlungen an ihn ergangen in dem Bewußtsein, daß in seinen Händen die größte Macht ruht, wenn es gilt, den Weg weiter zu schreiten."

Was hat dieser mächtigste Mann der Erde getan, um dem von allen Seiten überfallenen Deutschland zu helfen? Was, um die englische Hungersperre zu beheben oder zu mildern? Was, um die Ausfahrt der Mordgasschiffe zu hindern, wo doch alles in seiner Macht stand?

Hat er nicht den U-Bootkrieg von 1915 gegenüber Bethmanns Zauderpolitik so einzuschränken verstanden, daß die deutschen Kämpfer dabei in Gefahr kamen? Und gelang es nicht gerade auf diesem Wege der Sicherung der Passagierschiffe den Transport der Munition, der amerikanischen Soldaten, der Flieger zu sichern, längst ehe die Vereinigten Staaten offiziell mit Deutschland im Kriegszustande waren? Stand nicht 1916 im Raume von Verdun eine völlige amerikanische Fliegerdivision, und wurde nicht, nach einer Meldung des „Matin", Rockwell, der bekannteste amerikanische Flieger, an der englischen Front im Luftkampf getötet? Wahrlich, Wilson hat es gut verstanden, uns die U-Bootwaffe zu entwinden, solange es anging, und die dadurch erzeugte „Freiheit der Meere" zu benutzen, um echteste Neutralität zu beweisen. Unsere dreimal gesegnete Reichskanzlei ließ sich das alles bieten, steckte Wilsons Beschimpfungen und Gerards Spionage ein, ließ auf dem deutsch-amerikanischen Festmahl bei Adlon die deutsch-amerikanische Freundschaft beteuern und den Vertreter des Reiches sich entschuldigen, daß er deutsch spreche...

Und Gerard, über dessen deutschfeindliches Verhalten das Auswärtige Amt durch den „Weltbund der Wahrheitsfreunde" und den amerikanischen Obersten Emerson genau unterrichtet war, ohne daß es nur den Finger dagegen erhob, sprach von den Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika, die noch nie so gut gewesen seien als jetzt, d. h. im Januar 1917...

Und am 1. Februar 1917 begann der sogenannte rücksichtslose U-Bootkrieg, der trotzdem noch Amerika zusicherte, daß der Verkehr der regelmäßigen amerikanischen Passagierdampfer unbehelligt weitergehen könne, wenn gewisse, durchaus erfüllbare Bedingungen dabei beachtet würden.

Wenn der rücksichtslose U-Bootkrieg, zu dessen Befürwortern auch die leitenden deutschen Bankmänner und die große Mehrheit des deutschen Volkes gehörten, dann den offenen Konflikt mit den Vereinigten Staaten brachten, so sprach der Wortführer der Fortschrittler auf dem oben behandelten Großberliner Parteitage dasselbe aus, was damals das deutsche Volk dachte: „Wir fürchten uns nicht, wir werden auch neuen Gefahren mit ruhiger Zuversicht entgegensehen, aber wir haben den Wunsch, mit Amerika in Frieden zu leben und den Bruch zu vermeiden."

Hatte diesen Wunsch auch Wilson? Nun, sein Verhalten sei uns der Beweis bis zu den Tagen von 1918, wo auf sein Geheiß die Gewalten des alten Deutschland abgebaut wurden und mit dem Zusammenbruch des Vaterlandes der größte Betrug der Weltgeschichte zutage trat, dessen Ausfertigung in Versailles Wilsons Ziel erfüllte: Friede mußte werden ohne Deutschlands Sieg! Und von den „14 Punkten" war in Versailles überhaupt keine Rede, und Wilson gab selber zu, daß Amerika auch ohne rücksichtslosen U-Bootkrieg mit uns in offenen Kampf gekommen wäre ....

---

7. Wie stand es mit dem Frieden und wie mit der Kriegsverlängerung?

In der „Mainzer Volkszeitung" vom 8. Juli 1915 war folgender Aufsatz des späteren mehrheitssozialistischen Reichsministers Dr. David zu lesen:

„Solange die Gegner auf ihren Sieg hoffen, werden die Gegner ein Friedensangebot unsererseits zurückweisen, oder wenn sie sich wirklich auf Verhandlungen einließen, doch keinesfalls zu Friedensbedingungen geneigt sein, die wir mit Ehren und mit gutem Gewissen unserem Land gegenüber annehmen könnten.

Es ist nun einmal so, daß nicht der Sieger, sondern der Besiegte um Frieden zu bitten pflegt. Mit dem Ersuchen um Frieden bekundet die Partei, von der es ausgeht, daß sie sich als die unterlegene fühlt. So wird es von der Gegenseite aufgefaßt und ausgenützt.

Kann darum der Sieger nicht, ohne seine eigene Position zu schädigen, um Friedensverhandlungen nachsuchen, so kann er doch etwas anderes tun.

Gerade weil er sich als der Stärkere fühlt, so braucht er aus seiner Bereitschaft keinen Hehl zu machen, in Friedensverhandlungen einzutreten, sofern die Gegenpartei solche wünscht.

In diesem und keinem anderen Sinne ist auch die Kundgebung des Parteivorstandes gemeint gewesen, die so mißverständliche Auffassungen und erregte Erwiderungen in gegnerischen Blättern ausgelöst hat. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Sozialdem. Partei Deutschland nicht die Rolle des besiegten, um Frieden bittenden Landes zumutet. Wenn im Ausland, namentlich in den führenden französischen Blättern unserer Friedensbereitschaft eine solche Deutung gegeben wird, so ist das eine arge Verkennung unserer Auffassungen und Absichten."

Am 11. Oktober 1916 sagte Scheidemann im Reichstag im Vollbewußtsein seines Einflusses auf die Bethmann-Regierung (Stenograph. Bericht der 64. Sitzung, S. 1707):

„Wir sagen: Nein! Was französisch ist, soll französisch bleiben, was belgisch ist, soll belgisch bleiben, und was deutsch ist, soll deutsch bleiben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und wenn man sich noch so quält und müht, daran wird nichts geändert, das bleibt, wie es ist. Das ist die Hauptgrundlage, auf der der kommende Frieden geschlossen werden muß, mag bis dahin auch noch soviel kostbares Blut in den Sand rinnen."

Das Echo gab dazu der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Lensch im „Tag" vom 22. Oktober 1916:

„Wider Scheidemanns Erwarten erfuhren die Franzosen doch seine Sätze. Und wie wurden sie aufgenommen? Der „Temps" antwortete: ‚Scheidemann, David und ihre Kollegen seien nicht nur Elende, sondern auch Dummköpfe. Die Geschichte der letzten zwanzig Jahre habe gezeigt, daß der Deutsche Kaiser sich durch seine eigenen Worte nicht gebunden fühle, noch weniger also durch die eines Kammerdieners wie Scheidemann. Aber selbst angenommen, statt Scheidemann hätte der Reichskanzler erklärt: Ich räume morgen Frankreich, Belgien, Elsaß-Lothringen und Serbien. Was französisch ist, soll französisch, was deutsch ist, deutsch, was belgisch ist, belgisch bleiben: das ist die Grundlage des künftigen Friedens. Glaube man in Berlin wirklich, die Gewissenlosigkeit und Dummheit sei in den Ententeländern so groß, daß man auf diese List hereinfallen werde? Niemals werde die Entente die deutsche Versicherung, es wolle

5*

nichts wegnehmen, jetzt noch als genügende Garantien ansehen. Wenn Deutschland heute den Status quo ante anbieten sollte, so würde das beweisen, daß es die Hoffnung aufgibt, jetzt sein Ziel zu erreichen, und würde später seinen Angriff wiederholen. Scheidemann, David und Bethmann könnten reden, soviel sie wollten, hieran würden sie nichts ändern.' Andere französische Blätter wie ‚Figaro', ‚Petit Journal', ‚Homme enchaîné', äußerten sich in gleichem Sinn und Ton. Hier ist also ausgesprochen, daß selbst dann, wenn der Reichskanzler außer der Räumung Frankreichs, Belgiens und Serbiens auch noch die von Elsaß-Lothringen zugestehen würde, von einem Frieden noch keine Rede sein könne. Deutschland soll nicht besiegt, es soll zerschmettert werden."

Trotzdem erfolgte, immer wieder vom heimlichen Kaiser Philipp (Scheidemann) geschoben, das Friedensangebot Bethmanns, das der deutsche Kaiser Wilhelm schrieb und mit seiner Person deckte. Die Antwort war: von neuem Hohn, Spott und Verachtung bei der Entente und neue Siegeshoffnung. Unter dem Eindruck dessen, was von den Feinden herüberschallte, sprach dann der Wortführer der Fortschrittsdemokratie, Abg. Dr. Wiemer im Reichstag das Folgende (Stenogr. Bericht der 83. Sitzung vom Dienstag, 27. Februar 1917, S. 2394):

„Aber darin möchte ich eine von des Herrn Abgeordneten Scheidemann abweichende Auffassung zum Ausdruck bringen: die Friedensbedingungen vom 12. Dezember 1916 sind mit der Ablehnung des Vorschlags zunächst abgetan. Es kommen neue Kämpfe, neue schwere Opfer, und neue Opfer werden auch neue Bedingungen zur Folge haben. Der Herr Reichskanzler hat heute die Friedensbereitschaft der deutschen Regierung erneut durchblicken lassen mit dem Satze: wir wollen dem Krieg ein Ende machen durch einen dauerhaften Frieden, der uns Entschädigung gewährt für alle erlittene Unbill, der ein starkes Deutschland und eine gesicherte Zukunft gewährleistet. Ich bin überzeugt, daß diese Wendungen des Herrn Reichskanzlers volle Zustimmung hier im Hause und draußen finden werden. Aber meine politischen Freunde halten es für verfehlt, Pränumerando-Bedingungen aufzustellen (sehr richtig! bei der Fortschrittlichen Volkspartei), halten es für falsch, auf papierne Eroberungen auszugehen (erneute Zustimmung bei der Fortschrittlichen Volkspartei). Wir können nur erneut aussprechen: die Bedingungen werden abhängen von der Größe unseres Endsiegs."

Also die Herren von der Linken sehen, daß ihre Friedensbestrebungen keinen Erfolg haben, daß der Sieger keinen Frieden anbieten darf, sehen auch (zum Teil wenigstens!) ein, daß neue Kämpfe neue Bedingungen erfordern, und daß mit der Größe des Endsieges auch die Bedingungen wachsen müssen.

Das hindert sie aber nicht, immer wieder die Friedenshand ins Leere hineinzustrecken, und hier tritt zutage, daß die Friedensschieber vor allem um ihrer politischen Ziele und ihrer politischen Streberei willen den deutschen Sieg garnicht wollten.

Selbstverständlich gilt das nicht für die große Zahl ihrer Mitläufer im Reichstag, die von auswärtiger Politik und dem Kern der Sachlage keinen Schimmer hatten, die zum Teil mit Zentrums-, zum Teil mit Genossenhilfe in das Reichshaus eingezogen waren. Die stimmten mit Zentrum und Sozialdemokraten oder übten Stimmenthaltung und verrieten Deutschland — unbewußt, aber fahrlässig — am 19. Juli 1917, am Tage der beginnenden deutschen Kapitulation, als unser Volk, der Sieger auf allen Schauplätzen des Weltkrieges, durch die Mehrheit seiner auserwählten, aber nicht berufenen Vertreter einem unerschütterlich seinen Vernichtungswillen betonenden Feinde den Frieden anbot.

Sollen wir noch viel reden über die Friedensresolution, die als Todesschrei Deutschlands in die Welt hinausklang, nachdem durch Erzberger die einzige Friedensmöglichkeit mit England verschüttet worden war?

Nachdem ein Erzberger Czernins Mitteilungen in unerhörter Weise verwertete, Schauermären vom deutschen Rohstoffmangel erzählte, die, wenn sie auch Hindenburg widerlegte, doch ihre Wirkung taten, im Volke wie bei den Feinden draußen?

So wurde der Siegeswillen im deutschen Lande erschlagen, und härter wuchs die Entschlossenheit bei den 2 Dutzend Scharfrichtern des Juden-Programms der „Saturday Review" von 1897: „Germaniam esse delendam!" Das war der Erfolg des Staatsmannes Erzberger und seiner „Resolution".

Darüber urteilt noch am 12. September 1918 das Freisinnige „Hamburger Fremdenblatt":

„Wir denken über diese Friedensresolution heute noch auf ein Haar so, wie vom ersten Tage an. Sie war einer der größten taktischen Fehler, die die deutsche Politik überhaupt begangen hat, denn sie hat nachweislich den Kriegswillen der Feinde, die von Verständigung nichts wissen wollten, nur gestärkt, weil sie lediglich dazu diente, bei ihnen die Hoffnung auf eine zunehmende innere Schwäche

Deutschland aufzupeitschen. Wenn einer hat umlernen müssen, so sind es also nur diejenigen, die sich von Friedensangeboten Erfolg versprachen. Denn heute kann man wohl sagen, daß angesichts der fanatischen feindlichen Ablehnung jeder Verständigung die große Mehrzahl aller deutschen Politiker die Überzeugung gewonnen hat, daß angesichts dieser Lage jedes neue Friedensangebot verfehlt wäre. Selbst Scheidemann hat jüngst in der Schweiz unter Hinweis auf die Kriegslage und auf den Übermut der Feinde jede Äußerung über Friedensmöglichkeiten abgelehnt, weil sie nur Schaden anrichten könnte. Das ist nicht, wie Herr Erzberger jüngst meinte, politische Feigheit, sondern ein Gebot der Selbsterhaltung für ein Volk, das man trotz seiner Friedensliebe vernichten will."

Und 3 Monate etwa nach Einbringung der Friedensresolution stellt der Scheidemannsozialist Dr. Gradnauer im Reichstag das Folgende fest (124. Sitzung vom 9. Oktober 1917, Stenogr. Bericht S. 3813 f.): „Meine Herren, die Ausführungen, die soeben der Herr Staatssekretär des Auswärtigen Amts gemacht hat, sind in vieler Hinsicht von großem Werte und von großer Bedeutung. Die bedeutsamste unter seinen Ausführungen, aber nicht erfreulich für das deutsche Volk zu vernehmen, war die Mitteilung, die er uns am Eingang seiner Ausführungen gemacht hat über die geringen Aussichten oder sagen wir geradezu: über die nicht bestehenden Aussichten für die Fortführung der Vermittlungsaktion, die der Papst eingeleitet hat. Meine Herren, wir müssen mit Betrübnis von dieser Tatsache Kenntnis nehmen. Ohne Zweifel haben sich große Hoffnungen an die Friedenskundgebung des Papstes geknüpft. Die Frage schwebt auf allen Lippen, ob aus diesen Bemühungen des Papstes und infolge der Antwortnoten, die die Zentralmächte an den Vatikan erteilt haben, sich nun weitere günstige Entwicklungen für die Herbeiführung des Friedens ergeben werden. Wir hören zu unserm Bedauern, daß gegenwärtig dazu eine Aussicht nicht vorhanden ist.

Der Herr Staatssekretär hat Äußerungen aus den gegnerischen Ländern angeführt, er hat von Churchill und von Asquith gesprochen. Es wird durch seine Äußerungen nur bestätigt, daß in jenen Ländern in der Tat die Neigung, zu Friedensverhandlungen zu kommen, noch nicht vorhanden ist, daß der Kriegswille dort noch in vollem Umfange fortbesteht. Auch ich möchte vor dem ganzen deutschen Volke in dieser Zeit, in der wir Hoffnungen hegten und Enttäuschungen erleben, mit aller Entschiedenheit darauf verweisen, daß derjenige Staat, von dem ohne Zweifel in der gegenwärtigen Phase des Krieges die Entscheidung über Krieg und Frieden in erster Linie abhängt, daß England nicht friedensgeneigt

ist. Wenn man im deutschen Volke die Frage aufwirft: wo liegen die Hindernisse, daß die Welt nicht zum Frieden kommt?, dann sind auf diese Frage mancherlei Antworten zu erteilen; dann sind sicherlich auch Dinge zu behandeln, die an der deutschen Regierung liegen. Aber wir sind es vor unserer Überzeugung und unserem Gewissen schuldig, zum Ausdruck zu bringen, daß das Hindernis des Friedens in erster Linie in England liegt.

Und es sind in der Tat ausschweifende Pläne, die England noch immer verfolgt. Der Herr Staatssekretär v. Kühlmann hat angedeutet, daß Herr Asquith vielleicht übertriebene Forderungen, ein Maximalprogramm aufgestellt habe. Das mag sein; er glaubt vielleicht selbst nicht, das alles durchführen zu können, was er fordert. Aber immerhin können wir die verstiegenen Forderungen des englischen Staatsmannes, der der Führer der liberalen Partei ist, der im Vergleich zu Lloyd George als ein Mann milderer Tonart und gemäßigterer Kriegsforderungen gilt, keineswegs leicht nehmen. Herr Asquith hat in seiner Rede am 25. September in Leeds zwar die Güte gehabt, zu erklären, daß England nicht daran denke, die Vernichtung Deutschlands oder die dauernde Erniedrigung des deutschen Volkes zu wollen; aber die Forderungen, die Herr Asquith erhebt, sind in der Tat nichts anderes als die Vernichtung und die Erniedrigung Deutschlands. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)" —

Den Willen zur Vernichtung aber schöpfte Herr Asquith aus den Friedensgesuchen Deutschlands. Denn der Sieger bietet den Frieden nicht an.

Und daß England der Gegner war, daß England nicht durch Verständigung gewonnen werden könne, daß England niedergeworfen werden müsse, das hat auch Ballin, der Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie in einem Brief an den Abgeordneten Stresemann bekundet (Bergedorfer Zeitung" Nr. 230, vom 30. September 1916):

„Ich habe Ihren freundlichen Brief vom 24. September bei meiner Rückkehr von Berlin hier vorgefunden und danke Ihnen verbindlichst für Ihre Mitteilungen. In der Öffentlichkeit gegen diese infamen Gerüchte zu kämpfen, auf die Sie meine Aufmerksamkeit zu lenken die Güte haben, wäre doch vergeblich. Dazu kommt, daß ich erst vor einigen Wochen dringend empfohlen habe, durchzuhalten, auszuhalten und Maul zu halten. Man würde sich mit Recht an das Wort erinnern: ‚Wohltun beginnt zu Hause.'

Ich habe immer geglaubt und glaube es auch noch, daß in der Welt Raum genug für uns und England wäre und für Amerika und einige andere Mächte dazu. Ich glaube auch noch, daß dieser wahnsinnige Krieg vermieden worden wäre, wenn die englischen Staatsmänner klüger gehandelt hätten. Große Interessengegensätze müssen erst dann mit Notwendigkeit zu Kriegen führen, wenn die leitenden Männer sich durch sie gebunden fühlen, anstatt, wie Bismarck, sich als ihr Meister zu wissen. Nun aber, da der Krieg zur Tatsache geworden ist, sagt man, ich glaubte, daß wir durch Nachgiebigkeit und durch Verzicht auf Sieg das Verhältnis herstellen könnten, auf das die Entwicklung der letzten Friedensjahre hinzustreben schien. Das ist ein ganz absurder Gedanke, den man einem Manne nicht zutrauen sollte, der während eines Menschenalters mitten im Wirtschaftskriege mit England stand und den Engländern sozusagen einen Schützengraben nach dem anderen abgerungen hat.

In Hamburg wünscht jeder — und ich voran —, daß England sobald wie möglich gezwungen wird, einen Frieden zu schließen, der für uns ehrenvoll und gerecht ist und der uns die politische Bewegungsfreiheit sichert, die wir seit Bismarcks Tode mehr und mehr eingebüßt haben.

Mit welchen Mitteln dieses heiß ersehnte Ziel zu erreichen ist, darüber steht mir ebensowenig wie einem anderen Privatmanne ein abschließendes Urteil zu. Das muß Sache bleiben der verantwortlichen Männer, zu denen Gott sei Dank jetzt Hindenburg und Ludendorff gehören."

War es angesichts dieser Erkenntnis auf gewiß nicht alldeutscher Seite kein verhängnisvolles Gebaren, ja Schlimmeres, wenn, getreu dem unheilvollen Bethmannkurs, immer wieder Verständigung gesucht wurde, gesucht bei einem Gegner, der sich garnicht verständigen wollte?

„Führt man Krieg, um sich zu versöhnen?" höhnten die Franzosen. Hatten sie unrecht?

Wohl hat Deutschland — Kaiser, Kanzler und Parlament — den Frieden zur Genüge angetragen. Daß das kein Glück für Deutschland und eine falsche Berechnung war, steht unerschütterlich fest, soviel guter Wille bei den einzelnen unserer „Friedensresoluten" vorhanden gewesen sein mag. Das Echo bei den Feinden klang in jedem Falle niederschmetternd.

Und wie konnte man glauben, daß unsere Gegner mit deutscher Seele dachten, die doch erst recht in Argwohn geraten mußten, als der „boche" jedesmal nach Siegen den Frieden anbot.

Niemals ist uns ein Gleiches von drüben geschehen, und als einmal, nicht auf Grund deutscher Friedensbereitschaft, sondern deutschen Waffenerfolges der Feind Neigung zum Entgegenkommen verspürte, das war, wie sichersteht, im Frühjahr 1917, da tat Erzbergers große Kunst das Ihrige und erschlug den zarten Keim.

Glaubt denn auch irgend jemand, unsere Feinde, die draußen und die drinnen, hätten sich den fetten Bissen der deutschen Schuld am Krieg und an der Verhinderung des Friedens entwischen lassen, wenn ein Beweis dafür zu erbringen war?

Was war denn das Ergebnis der Kautsky-Eisner'schen Suche nach belastendem Material?

Und was ist denn aus Erzbergers letztem Ritt gegen die „Alldeutschen" geworden? Sancho Pansa fiel von seinem ritterlichen Grautier herunter.

Es gibt keinen Beweis für ein Friedensangebot unserer Feinde an uns, und wird nie einen geben.

Wohl aber war der Frieden mit dem Zaren möglich, wohl konnte schon verhältnismäßig frühzeitig ein Sonderfriede mit Rußland geschlossen werden.

Den aber haben die Sozialdemokraten von Scheidemann bis Haase nicht gewollt. Den haben sie bekämpft, den haben sie gehaßt. In einem Aufsatz der „Glocke", Heft 20, 1916, S. 774, über den „Kern des Streites" sagt Ernst Heilmann (Mehrheitssozialist): „Außerdem ist in Deutschland von allen kriegsbeteiligten Staaten die Sozialdemokratie am weitaus stärksten und einflußreichsten und hat ihre Macht während des Krieges noch außerordentlich vermehrt."

Noch 1916 wollte, nach Heilmann, die Mehrheit der Fraktion und der Partei den deutschen Sieg. Das änderte sich, als der von den Sozialdemokraten erstrebte Zweck des Krieges erreicht war, als das Zarentum zertrümmert wurde, die Bolschewiki in einem Dr. David im Reichstag ihren Verteidiger fanden, mit einem Wort, als die Ostjuden befreit waren. Und da taucht die Blutschuld der jüdischen Internationale und insbesondere der „deutschen" Sozialdemokratie auf.

Die Internationale hat weder den Krieg verhindert, noch den Frieden der Gerechtigkeit gebracht. Daß die Sozialdemokratie in Deutschland eine beherrschende Stellung einnahm und im Auslande nichts, aber auch nichts bedeutete, war unser Verderben. Sie war es, die trotz der Erkenntnis des Kanzlers Bethmann:

„Meine Herren, auch heute sehe ich bei England und bei Frankreich noch nichts von Friedensbereitschaft, (sehr richtig! im Zentrum, bei den Nationalliberalen, bei der Fortschrittlichen Volkspartei und bei der Deutschen Fraktion) noch nichts von Preisgabe ihrer ausschweifenden Eroberungs- und wirtschaftlichen Vernichtungsziele. Wer sind denn die Regierungen gewesen, die frei im vorigen Winter vor die Welt getreten sind, um diesem Wahnsinn des Weltmordes ein Ende zu machen? Haben die in London und Paris gesessen. Die letzten Stimmen, die ich aus London gehört habe, lauten doch dahin: die Kriegsziele, die wir vor zwei Jahren verkündet haben, leben unverändert fort. Der Herr Abgeordnete Scheidemann wird nicht glauben, daß ich dieser Stimmung mit einer schönen Geste entgegentreten könnte. Glaubt denn bei dieser Verfassung unserer westlichen Feinde jemand, durch ein Programm des Verzichts und der Entsagung diese Feinde zum Frieden bringen zu können? (Sehr wahr! im Zentrum, bei den Nationalliberalen, bei der Fortschrittlichen Volkspartei und der Deutschen Fraktion.) Und darauf kommt es doch an. (Wiederholte Zustimmung im Zentrum, bei den Nationalliberalen, bei der Fortschrittlichen Volkspartei und der Deutschen Fraktion.)" 109. Sitzung des Reichstags, Dienstag, den 15. Mai 1917, Stenogr. Bericht S. 3396) diesen immer wieder als Friedenshausierer anzutreiben suchte. Und doch muß einer ihrer Leute, der Zentralräteführer Max Cohen, in seiner Schrift: „Das Volk und der Krieg", auf S. 47 und 48, der Wahrheit entsprechend dieses feststellen:

„Ebenso hatten die Bemühungen des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, mit den Parteigenossen der kriegführenden Länder in Verbindung zu treten, um Friedensgedanken zu fördern, keinerlei Erfolg. Es dürfte für die weitere Öffentlichkeit von Interesse sein, etwas von diesen Versuchen zu erfahren, denen die deutsche Reichsregierung niemals irgendwelche Hindernisse bereitet hat. Der erste wurde bereits im September 1914 gemacht; er scheiterte an der Weigerung der französischen Sozialisten. Er wurde zum zweiten Male wiederholt, nachdem das internationale sozialistische Bureau Ende 1914 von Brüssel nach dem Haag verlegt worden war. Trotz der Bemühungen des Führers der holländischen Sozialisten, Troelstra, scheiterte er wiederum an dem Widerstand der französischen Sozialisten. Einen von dem Internationalen Bureau unternommenen Versuch, für den Ende März 1915 die Vertreter der sozialistischen Parteien aller kriegführenden Länder zur Einzelver-

handlung mit dem Bureau zu bewegen, stimmte die deutsche Parteileitung zu. Aber es war die einzige, die im Haag erschien. Die Engländer, Franzosen und Russen hielten im Februar 1915 eine Sonderkonferenz in London ab, in der sie die Gemeinsamkeit ihrer Interessen mit ihren Regierungen feststellten und die Fortsetzung des Kampfes gegen Deutschland proklamierten. Gewissermaßen um eine Antwort hierauf zu geben, traten die Sozialisten der Mittelmächte nunmehr zu einer Konferenz in Wien zusammen, die am 11. April 1915 stattfand. Hier war der Ton ein anderer als in London. Der Wunsch nach Herbeiführung eines baldigen Friedens und die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker waren z. B. zwei Beratungspunkte, die keinen Widerspruch fanden. Am 23. Juni 1915 trat der deutsche Parteivorstand mit einer Kundgebung an die Öffentlichkeit, in der er einen Frieden ohne Eroberungen forderte. Er sprach dabei die Erwartung aus, daß die sozialistischen Parteien aller Länder in diesem Sinne auf ihre Regierungen einwirken würden. Die Antwort des einige Wochen später zusammentretenden Nationalrates der französischen sozialistischen Partei gipfelte in einem Beschluß, der die ungeschwächte Fortsetzung des Krieges verlangte. Schließlich hat das Internationale Bureau im Dezember 1915 noch einmal einen Verständigungsversuch eingeleitet. Für Anfang 1916 waren Verhandlungen mit den Engländern und Franzosen geplant. Vorher sollten die deutschen Sozialisten zur Verhandlung im Haag erscheinen. Das letztere geschah. Wer aber der Einladung nach dem Haag nicht folgte, das waren wiederum die Engländer und Franzosen."

Trotzdem war es möglich, auf dem Wege der Sondervereinbarung den Frieden zu bekommen.

Einen Sonderfrieden aber wollte die Linke nicht, weder Mehrheitssozialisten noch Unabhängige, vor allem keinen Frieden mit dem Zaren, den Deutschland haben konnte.

Mitte Februar 1916 schrieb die „Kölnische Volkszeitung" zur Kennzeichnung der Flau- und Schlappmacher im Vaterlande die folgenden bemerkenswerten Darlegungen:

„Um die Kreise vom ‚Berliner Tageblatt' und der ‚Frankfurter Zeitung' gruppieren sich heute in Deutschland jene kleinen, aber rührigen Gruppen, die aus innerpolitischen und sogar konfessionellen Gründen, aus ideologischen und pazifistischen Motiven gegen Annexionen und Gebietserweiterungen Deutschlands durch diesen Krieg sind. Es vereinigt sich um diese Kreise all das, was in Deutschland

flau macht. Das sind die Leute, die eine Verschärfung des U-Bootkrieges nicht wünschen, weil er England am meisten schadet, jenem England, mit dem sie trotz Baralong und L 9 am liebsten morgen schon ein Freundschafts- und Schutzbündnis schließen möchten. Das sind jene Politiker, die Angst vor einem Sonderfrieden mit Rußland haben, weil sie aus innerpolitischen Gründen keinen Frieden mit Rußland, aber Freundschaft mit England wünschen. Das sind jene Ideologen, die sich Pazifisten nennen und den Traum vom Weltfrieden träumen, die um des Phantoms eines ewigen Weltfriedens willen das deutsche Volk um alle Gebietserwerbungen, um den Preis dieses Krieges für all das vergossene Blut und verlorene Gut bringen wollen. Das sind alle jene Elemente, denen der Krieg letzten Endes eine Geld- und Kapitalfrage ist. Das sind schließlich auch solche, die bei Beginn des Krieges unangenehm berührt und unwillig in den Seitengassen standen, als durch die Reichshauptstadt Tausende und Abertausende in patriotischer Begeisterung zum Schloß, zum Kaiser zogen und Zeugnis für die gerechte Sache dieses Krieges gaben. Das sind jene Kreise, die, so oft eine neue Verschärfung dieses Krieges eintrat und eintreten mußte, flaumachend und wehklagend beiseite standen. Das sind jene Überklugen, die ängstlich auf jedes Wort vom Ausland horchen und doch selbst vor dem Kriege jahrzehntelang die schmutzige Wäsche des deutschen Volkes mit Wollust vor jenem Ausland gewaschen haben. Kurz, das sind die kleinen Gruppen der Pazifisten, der Flaumacher, der Miesmacher, der Englandfreunde und Amerikasucher, der Gegner von Tirpitz und Falkenhayn und jedes starken Mannes, das sind die offenen oder stillen Gegner des U-Bootkrieges und des Handelskrieges gegen England, die Gegner der Zeppelinflüge und der Fahrten unserer Kreuzer nach England. Kurz, das sind alle die Elemente, die im Börsengeist den Krieg und den Friedensschluß betrachteten, die kein Verständnis für die Vergrößerung von Deutschlands Grenzen und Deutschlands Macht aufkommen lassen wollen. Alle diese Elemente sind Geistesgenossen und Kostgänger jener beiden Blätter seit Monaten. Ihr Geist findet in diesen Blättern den Ausdruck. Darin liegt die Gefährlichkeit der rührigen, aber kleinen Flaumachergruppen, die man natürlich auch im Auslande kennt. Diese Elemente und diese Zeitungen klammern sich nun seit Monaten an die Rockschöße des Reichskanzlers. Sie wollen damit die Welt glauben machen, der Reichskanzler sei ihr Mann, sei Vertreter und Vollstrecker ihrer Ideen, Ziele und Ideale."

Am 9. Oktober 1917 sagte der jüdisch-sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Gradnauer als Fraktionsredner der Mehrheitspartei (Stenogr. Bericht der 124. Sitzung, S. 3815):

„Aber, meine Herren, die Vergangenheit lastet auf uns, und es sind außerordentlich schwere Fehler von unserer Seite begangen worden. Es war ein Fehler, daß wir an Rußland Angebote gemacht haben, die geeignet waren, wenn sie auch nicht so gemeint gewesen sein sollten, den Eindruck zu erwecken, als wollten wir einen Sonderfrieden anbieten, als wollten wir mit Rußland zum Frieden kommen, um freie Hand gegen den Westen zu bekommen. Eine solche Auffassung, wenn sie in Rußland entstand, konnte nicht friedenfördernd wirken. Ein Sonderfrieden ging gegen die Ehre des Landes und gegen seine wichtigsten Zukunftsinteressen. Neuerdings haben sich die Dinge umgekehrt gestaltet. Es kam eine Zeit, wo es schien, als wolle Deutschland versuchen, mit den Weststaaten zu einem Sonderfrieden zu kommen, zu einer Abmachung auf Kosten Rußlands. Gegenüber solchen Bestrebungen, wie sie von den Alldeutschen in hohem Maße gefördert worden sind und noch betrieben werden, möchte ich die warnende Stimme erheben."

Und sein Stammesgenosse von der Uzi-Fakultät, der Abg. Haase, sprach sich in der 64. Sitzung des Reichstags vom Mittwoch, den 11. Oktober 1916 bereits in der gleichen Richtung aus (Stenogr. Bericht S. 1730):

„Aber, meine Herren, auch bei uns in Deutschland jagen schon seit 2 Jahren verschiedene Politiker dem Phantom eines Separatfriedens nach. (Sehr wahr! bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.) Es wäre übrigens eine blutige Ironie der Weltgeschichte, wenn der Ruf gegen den Zarismus, mit dem bei Beginn des Krieges die Kämpfer angefeuert wurden (von wem doch, Herr Haase? D. V.) in den Ruf ausklingen sollte: Es lebe der Zar!" .... „Andere Politiker tragen sich mit der Idee, daß ein Sonderfrieden mit Frankreich geschlossen werden könnte."

Die mehrheitssozialistische „Volksstimme" in Frankfurt am Main aber polemisiert in ihrer Nr. 145 vom 25. Juni 1919 gegen ihren Gesinnungsgenossen Cohen-Reuß, der in vielen Fragen eine Sonderstellung innerhalb der Sozialdemokratie einnimmt, und schreibt, indem sie ihn alldeutscher Gedankengänge (das ist in diesem Falle besonders reizvoll) beschuldigt: „Cohens Außenpolitik war aber reaktionär, weil er schon zur Zeit des Zarismus einen Sonderfrieden mit Rußland anstrebte. Das geht erneut aus seiner Bemerkung hervor, der zwischen Japan und Rußland geschlossene Geheimvertrag habe bewiesen, daß eine Verständigung mit Rußland möglich gewesen wäre. Dieser Vertrag ist aber noch vom Zaren abgeschlossen worden.

Ein Sonderfriede mit dem Zaren wäre nun ein furchtbarer Schlag für das internationale Proletariat gewesen, so daß sich die gesamte Sozialdemokratie, einschließlich der jetzigen Unabhängigen, z. B. die ‚Leipziger Volkszeitung', entschieden dagegen wandte.

Ein solcher Sonderfriede hätte den Zarismus auf absehbare Zeit vor der Revolution geschützt und dadurch Kaisertum, Herrenhaus und Dreiklassenwahlrecht bei uns vor dem Umsturz bewahrt. Durch einen Sonderfrieden mit dem zaristischen Rußland wäre Deutschland vollends zur gegenrevolutionären Macht geworden."

„Internationales Proletariat" — welch ein Hohn liegt darin! Und wo ist die Revolution, als deren Gegenmacht Deutschland hätte auftreten sollen?

Wie stark war das Deutschland unter dem Kaisertum, wie demokratisch sein Reichstagswahlrecht, wie einzigartig seine Arbeitergesetzgebung! Und wie gerecht Preußens Steuerpolitik gegen die Kleinen, trotz seines Klassenwahlrechts! War es darum notwendig, gegen jeden Sonderfrieden zu sein? War das demokratische Prinzip wichtiger als das Deutsche Reich, das uns alle schützte und hob?

Hier tritt die ungeheuere Schuld der Sozialdemokratie klar hervor.

Wir konnten Frieden haben — die Sozialdemokraten haben ihn nicht gewollt, und ihre Macht war so groß im Krieg als ihr Verbrechen am deutschen Volke geworden ist.

Wir konnten nach einem Frieden mit Rußland den Sieg nach Westen haben — aber die Sozialdemokratie hat diesen Sieg nie ernstlich oder doch schließlich nicht gewollt.

Denn daß der Sieg Deutschlands nach dem Sonderfrieden mit dem Zaren sicher war, geht auch aus der „Volksstimme" hervor, wenn sie an gleicher Stelle sagt: „Hätten wir uns nach dem Sonderfrieden mit dem zaristischen Rußland auf die Westmächte gestürzt, dann hätten nach Herstellung des Friedens die Imperialisten der Ententemächte es nicht schwer, ihren (!) Proletariern einen neuen Krieg gegen Deutschland mit den gleichen Argumenten zu predigen, mit denen Karl Marx den Krieg gegen Rußland empfahl."

Ohne ein Wort des Tadels also wird hier Karl Marx-Mordechai, der jüdische Verfasser des „Kommunistischen Manifestes", ge-

nannt, der den Menschenmord empfahl, weil es gegen das antisemitische Rußland gehen sollte.

Merkst du nun, deutsches Volk, wem du deine Niederlage verdankst? Wißt ihr nun, deutsche Mütter und Bräute, warum ihr klagen müßt? Fühlt ihr nun, deutsche Waisen, wer euch den Ernährer nahm, wer den Krieg verlängert hat?

Allmutter Deutschland, bedanke dich bei den jüdischen Internationalen, daß sich eine Million Kreuze mehr auf fernen Gräbern erhebt, als notwendig gewesen wäre!

Blindgeschossene und Kriegsbeschädigte denkt daran, wem ihr euer bitteres Los verdankt!

Die sind es, die vor dem Krieg dem deutschen Volk jede Wehr und Waffe verweigerten; die sind es, die durch ihre verlogene Presse im Ausland von Deutschlands innerpolitischen Zuständen ein niederträchtiges Zerrbild entwarfen, das uns aus allen Äußerungen der feindlichen Presse und der feindlichen Staatsmänner entgegengrinst. Die sind es, die zwar dem deutschen Reich die Waffen verweigerten, aber dem Ausland das „geistige" Material lieferten, mit dem uns ein Troelstra wie ein Clémenceau entgegentraten. Die haben die fluchwürdigste Schuld am deutschen Volke begangen, als sie ihren hohlen demokratischen Grundsätzen und dem Alljudentum zuliebe den Frieden mit Rußland verschmähten, den Krieg verlängerten und den deutschen Sieg verhinderten. Die haben sich für die Ausrufung des Königreichs Polen begeistert, damit das jüdische Ghetto dort zerbrach und uns der altkanaanitische Zuzug aus dem Osten nicht verloren ging, der die Herrschaft des Judentums bei uns auf Dauer sichern soll. Die haben dann ihr Herostratenwerk mit der Meintat der Revolution gekrönt und das stolze Bismarckreichsgebäude in Flammen gesetzt, das nun bis auf die Grundmauern niederbrennt.

Das war die „deutsche" Sozialdemokratie, die dem deutschen Volke die „Weltrevolution" und das „internationale Proletariat" vorlog! Die dem deutschen Volk den Sieg aus den Händen schlug und ihm dann durch Scheidemann am 9. November 1918 zurief, es habe auf der ganzen Linie gesiegt, die sich auch breitbeinig vor die tschechisch-slawischen Hochverräter in Österreich stellte!

Wenn die ursprünglich, nach dem Berichte Renaudels auf dem Berner Sozialistentag, beabsichtigte Ablehnung der Kriegskredite durch die ganze sozialdemokratische Fraktion des Reichstags bei Kriegsausbruch aus Angst vor der Volkswut unterblieb, so tat doch

schon die Absicht neben der früher bewiesenen stets reichsfeindlichen Haltung der Sozialdemokratie ihre Wirkung in Frankreich. Das Anwachsen der unabhängigen Richtung innerhalb der Sozialdemokratie machte dann während des Krieges das Übrige. Es war ein Spiel mit verteilten Rollen. Die Mehrheitssozialisten bewilligten weiter und taten das nicht umsonst, indem sie einen Stein nach dem andern aus dem Bau der Monarchie lösten, die Unabhängigen spannen die schärfere Nummer. Beide aber bildeten die frohe Hoffnung unserer Feinde.

So schrieb z. B. die „Humanité“, das führende Blatt der französischen Sozialdemokratie, am 11. April 1918 über die Ablehnung der Kriegskredite durch die Unabhängigen:

„Welche Lehre haben wir aus der Tatsache der Verweigerung der Kriegskredite durch die Sozialdemokraten zu ziehen? Daß wir im Kampfe fest und stark bleiben müssen; es ist nur allzu gewiß, daß jede Nachgiebigkeit und jede Schwäche uns teuer zu stehen käme. Fest und entschlossen durchhalten ist also die erste Pflicht, damit in den feindlichen Ländern auch das Gewissen der anderen erwacht.“

Das wackere deutschvölkische Kampfblatt, die Wiener „Ostdeutsche Rundschau“, berichtet am 16. Februar 1919 u. a.:

„Der ‚Daily Telegraph‘, eines der deutschfeindlichen Hetzblätter des mit der Revolutionierung der Mittelmächte betraut gewesenen englischen Propagandaministers und Zeitungskönigs Lord Northcliffe, brachte am 1. August 1918 unter der Überschrift: ‚Die unversöhnliche Feindseligkeit der österreichischen Sozialisten gegen den Krieg und die Regierung‘ die nachstehende Meldung seines Mailänder Berichterstatters A. Beaumont: ‚Die sozialistische Kampagne in Österreich ist eines der bedeutungsvollsten Symptome. Sie richtet sich in unverminderter Kraft sowohl gegen die neue Regierung als auch gegen die Fortsetzung des Krieges. Nach den Tschechen und Südslawen kommt die stärkste Opposition von der sozialistischen Partei und deren Presse, der die Veröffentlichung selbst der heftigsten Aufsätze gestattet wird.‘ Beaumont zitierte nun die markantesten Stellen der in Betracht kommenden Aufsätze der ‚Arbeiterzeitung‘ und schloß: ‚Derartige Aufsätze, die tagtäglich erscheinen, werden früher oder später Österreich auch die Fortsetzung des Krieges erschweren, wenn nicht gar unmöglich machen.‘

Aber es gibt auch einen Kronzeugen innerhalb der sozialdemokratischen Partei, der es nicht nur offen zugegeben, sondern sich sogar dessen gerühmt hat, daß es seit der russischen Revolution das Hauptziel der Sozialdemokratie war, den Sieg der Mittelmächte zu verhindern! Dieser Kronzeuge war niemand anderer als Fritz Adler,

der nach der ‚Arbeiterzeitung' vom 21. November 1918 vor dem Wiener Arbeiterrate am 6. November erklärte:

‚Als die russische Revolution ausgebrochen war, haben die Ehre, die reaktionärsten Mächte in Europa zu sein, Deutschland und Österreich erlangt. Von diesem Augenblick an gab es für einen überzeugten Demokraten nur eine Hoffnung:

Die dürfen nicht Sieger sein! Es ist nach unserer Meinung gut, daß der deutsche Imperialismus eine vernichtende Niederlage erlitten hat.'

Die Sozialdemokratie freut sich also unserer Niederlage und all der schrecklichen Folgen, die jetzt auf jedem lasten. Die ‚Arbeiterzeitung' vom 10. Dezember 1918 treibt die Schamlosigkeit so weit, sie als ‚geschichtlichen Fortschritt', als ‚Befreiung Deutschlands von der Junkerherrschaft' und ‚Zerschlagung des preußischen Militarismus' zu preisen!!

Die Sozialdemokratie freut sich der Niederlage, die Millionen Deutsche in Gefahr bringt, Untertanen des unersättlichen Verbandsimperialismus zu werden, und die unsere Arbeiterschaft, Bauern und Bürger zwingen wird, auf Jahre hinaus für das fremde Großkapital zu fronen und Kriegsentschädigung zu zahlen!"

Die Frankfurter „Volksstimme" aber meinte in einem Aufsatz „Warum keine Weltrevolution?" (Nr. 279 vom 28. Nov. 1918):

„Verlorene Kriege sind immer der Anstoß zu politischem Fortschritt, zum Aufstieg der unterdrückten Klassen. Ganz anders ist die Wirkung siegreicher Kriege. Man stelle sich doch vor, welchen Hochmut das Militär bei uns gehabt hätte, wenn wir auch im Westen einen Brester Frieden diktiert hätten! Wie wäre unsere Bureaukratie hochmütig gewesen! Wie hätten Konservative und Klerikale den Sieg gegen die äußeren Feinde nach innen ausgenützt! In Frankreich und in England wird man in dem Siege ein Mittel finden, die nationale Politik im hellsten Lichte erstrahlen zu lassen. Trotz allem, was gegen den deutschen Militarismus geschrieben wurde, wird man in Frankreich und in England den Soldaten, die Gewaltmenschen, die Sieger, die Niederwerfer Deutschlands und seiner Verbündeten als Volksheroen preisen. Clémenceau und Lloyd George werden die öffentliche Meinung beherrschen, und eine große Menge derer, die gegen den Krieg gewesen waren, wird sich nun zur siegreichen Partei schlagen. Der Sieg wird die herrschenden Mächte stärken und

wird auf das äußerste Macht und Einfluß der Sozialdemokratie schwächen.

So war es auch in Deutschland nach dem Krieg 1870/71: die Sozialdemokratie erlitt einen schweren Rückschlag; sie brauchte Jahre, um sich wieder zu erholen. Das gleiche werden wir jetzt an unseren Genossen in Frankreich und England erleben."

Sehr nett lesen sich auch die folgenden Bemerkungen an gleicher Stelle:

„Deshalb können unsere Parteigenossen im siegreichen Ausland jetzt nicht für uns wirken, deshalb ist der Sieg der Revolution begrenzt auf die Länder der unterlegenen Völker. Wir würden falschen Hoffnungen nachjagen, würden wir von dort eine Hilfe gewärtigen, von wo sie jetzt nicht kommen kann."

„Jetzt" ist wirklich gut. Möchten sich die braven Gläubigen der „Volksstimme" die Zeit nicht allzulange werden lassen, bis das berühmte internationale Proletariat endlich das „Jetzt" ausspricht!

Inzwischen bleiben wir bei der Registrierung des Schuldbuchs der Sozialdemokratie und stellen fest, daß der „Vorwärts" am 20. Oktober 1918 rund und ohne Scham sagte:

„Deutschland soll — das ist unser fester Wille als Sozialisten — seine Kriegsflagge für immer streichen, ohne sie das letztemal siegreich heimgebracht zu haben."

Das ist ihnen denn auch gelungen, nachdem durch ihre Schuld kein Sieg und kein Friede kam, nachdem sie den Krieg bis zum Zusammenbruch haben verlängern helfen.

Deshalb wirken die Angriffe der Mehrheitssozialisten gegen Ledebour und Genossen nicht gerade überzeugend, wenn sie auch ganz heroisch klingen sollen. So sagte der Abgeordnete Keil am Donnerstag, den 1. März 1918 (Stenogr. Bericht S. 2456), in einer Polemik gegen Ledebour:

„Wie steht es nun aber zurzeit mit den Friedensmöglichkeiten? Es ist wirklich allen Ernstes — ich mache keinen Scherz — zu bedauern, daß der Abgeordnete Ledebour nicht selbst die Möglichkeit hat, den Gegnern im Namen Deutschlands ein Friedensangebot zu machen; denn könnte er es, die Antwort, die er bekäme, würde sehr heilsam sein. Ein politisches Kind nur kann glauben, daß wir mit Bedingungen, wie sie auch der Herr Abgeordnete Ledebour nach seinen eigenen gestrigen Ausführungen

stellen müßte, morgen oder übermorgen den Frieden bekämen. Das hat uns doch wohl der Armeebefehl des Zaren, der auf die Annexion Konstantinopels unter keinen Umständen verzichten will, und die Antwort der Entente auf die Friedensnote des amerikanischen Präsidenten, — wohl verstanden, nicht etwa auf die deutsche Note — deutlich zum Bewußtsein gebracht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Herr Abgeordnete Ledebour setzt seine Hoffnungen auf die ausländischen Sozialdemokraten, die mit ihm gleichen Sinnes sind, und appelliert an sie, für den Frieden zu arbeiten. Ich wünsche ihm viel Glück. Von uns, von der deutschen Sozialdemokratie und ihrer Vertretung ist während der ganzen Kriegsdauer das Menschenmögliche in dieser Richtung getan worden. Ich wünsche ihm also von Herzen viel Glück. (Heiterkeit.) Aber er hat seinen Freunden im Auslande, an die er gestern appellierte, mit seiner Rede wahrlich die Arbeit nicht erleichtert. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Seine gestrige Rede dient dazu, die gegnerischen Regierungen, deren Kriegswillen die französischen Sozialdemokraten brechen sollen, in ihrem Vernichtungswillen gegen Deutschland zu bestärken (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), und insoweit hat er seinen eigenen Freunden die Arbeit erschwert und nicht erleichtert. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Widerspruch bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.)

Im übrigen — und damit verabschiede ich mich von dem Herrn Abgeordneten Ledebour — (Heiterkeit) sehen wir es nicht als unsere Aufgabe an, in dieser hochernsten Zeit uns wollüstig in Frotzeleien und Witzeleien der niedrigsten Art zu wälzen, für die letzten Endes unsere Soldaten draußen in den Schützengräben mit ihrem Blute die Zeche bezahlen müssen." (Lebhafter Beifall auf allen Seiten des Hauses.)

Und dem Abgeordneten Haase rief der Mehrheitssozialist Dr. David am 24. März 1916 (Stenogr. Bericht S. 846) unter großer Erregung im Hause zu: „Sie besorgen die Geschäfte des Auslandes, Ihre Politik führt zur Verlängerung des Krieges!"

Dieser Hugo Haase fand auch an anderer Stelle eine durchaus treffende Kennzeichnung, nämlich in der französischen „Oeuvre". Der Staatssekretär des Auswärtigen, v. Jagow, berief sich am 6. April 1916 (Stenogr. Bericht S. 889) darauf:

„Die letzte Reichstagssitzung kommt einem Siege unserer Waffen gleich. (Lebhafte Rufe: Hört! hört!) Wenn

in Frankreich ein Abgeordneter nur ein Viertel von dem gesagt hätte, was der Herr Abgeordnete Haase gesagt hat, hätten ihn seine Kollegen unfehlbar gesteinigt." (Lebhafter Beifall und Hört! hört! — Lachen und Zurufe bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.)

Herr Haase und Herr Trotzki-Braunstein verstanden sich durch die Stimme des Blutes. Alles kam ihnen auf die Judenrevolution an. Was kümmerte sie der breitaufquellende Blutstrom, was die Schädelpyramiden der arischen Menschheit?

Wie sagte doch der Unterstaatssekretär von dem Bussche-Haddenhausen in der 142. Sitzung des Reichstags, am 18. März 1918, von dem Arierpogromisten Trotzki?

„Herr Trotzki — das zeigte sich sehr bald nach seinem Eintreffen — wollte keinen Friedensschluß. Er wollte in erster Linie unser Land aufwiegeln; er baute fest auf eine Revolution in Deutschland und in Österreich-Ungarn, die ihm dazu verhelfen sollte, die Tatsache der russischen Niederlage zu verschleiern. Er hat seine Enttäuschung, daß dies nicht eingetreten ist, deutlich zum Ausdruck gebracht.

Die Reden, die Herr Trotzki während der Brester Verhandlungen gehalten hat, waren zum Fenster hinaus gehalten, eigentlich verhandelt hat er niemals. Seine mangelnde Absicht, zu einem Abschluß zu kommen, ging für uns nicht nur aus seinen Reden und seinem ganzen Verhalten seit seinem Eintreffen in Brest-Litowsk hervor, sondern wir waren darüber und über seine Absichten auch durch andere sichere Nachrichten unterrichtet. So blieb uns denn schließlich keine andere Wahl, als aus dem Abbruch der Verhandlungen durch Herrn Trotzki die militärischen Folgerungen zu ziehen und, als dann sofort die erwünschte Wirkung eintrat, unsere Forderungen in einer Form zu stellen, daß für weitere Verschleppungen kein Raum mehr übrig blieb. Daß infolge der so zweideutigen Haltung auf der Seite unserer Gegner unsere Forderungen mehr als vorher auf die Schaffung von Sicherheiten für unsere Zukunft gehen und sich höher stellen mußten, kann nicht wundernehmen.

Die ohne Herrn Trotzki dann in Brest-Litowsk wieder eingetroffenen Unterhändler haben die Berechtigung unseres Vorgehens und der Erhöhung unserer Forderungen wohl eingesehen. Unsere Unterhändler in Brest-Litowsk haben den Eindruck gehabt, daß die Russen weit schärfere Forderungen erwartet hatten, nachdem sie uns durch ihr Verhalten zu einem neuen Waffengang und zu weiteren erheblichen Aufwendungen gezwungen hatten."

Und in einem Aufsatz der sozialistischen „Internationalen Korrespondenz" stand (nach den „Frankfurter Nachrichten" vom 7. Januar 1918, unter der Spitzmarke „Friedenssabotage der Haase-Leute") folgendes:

„Während militärische Vertreter Deutschlands in Brest-Litowsk die Vorbedingungen des Friedens, den Waffenstillstand, zu schaffen suchten, und die deutsche Regierung sich bereit erklärte, auf der Grundlage der Vorschläge der russischen Arbeiter- und Soldatenräte in Friedensverhandlungen einzutreten, kannten die deutschen unabhängigen Sozialisten keine größere Sorge, als die, wie der Frieden mit Rußland vereitelt werden könnte. Wir erhalten darüber aus vollkommen unanfechtbarer Quelle aus Stockholm unzweifelbare genaue Mitteilungen, denen wir für heute folgendes entnehmen:

> ‚In den Tagen vor Weihnachten erhielten die Bolschewiki von Führern der deutschen unabhängigen Sozialdemokratie die dringende Mahnung, die Friedensverhandlungen zu verschleppen, weil die Entwicklung in Deutschland sich in ihrem, d. h. dem revolutionären Sinne, vollziehe. Der Abschluß eines Separatfriedens zwischen Deutschland und Rußland wäre verwerflich, weil er die revolutionäre Entwicklung in Deutschland beeinträchtigen und seine herrschenden Schichten stärken würde.'

Soweit die Mitteilung. Wenn jetzt die Friedensverhandlungen mit Rußland scheitern sollten, tragen einen großen Teil der Verantwortung dafür die Unabhängigen, welche sie mutwillig sabotiert haben. Auch Mitteilungen an die Bolschewiki, daß eine neue unerhörte Verfolgung der Unabhängigen in Deutschland eingesetzt habe, haben in Petersburg sehr gegen den Frieden gewirkt."

Und Haase und Genossen können sich nicht genug tun gegen die Vaterlandspartei, gegen die Rechte, gegen die Alldeutschen, gegen Ludendorff, dem das in der Wirkung seiner Taten mehr als „unabhängige" Berliner Tageblatt so gerne alles Übel anhängen möchte, weil er mit den andern Genannten den Frieden verhindert habe. Dabei haben die Unabhängigen ebenfalls gegen die Friedensresolution vom 19. Juli gestimmt, während Ludendorff und Hindenburg sich mit ihr abfanden, von der Presse der Linken aber wie von deren Parteien stets als mit ihr einverstanden ausgerufen und als Reklame dafür benutzt wurden.

Über Ludendorffs „Kriegswütigkeit" bringt der Brief des preußischen Zentrumsabgeordneten Brockmann vom 17. März 1919 (mitgeteilt in der „Unabhängigen Nationalkorrespondenz" Nr. 730 vom

12. August 1919), den er an General Ludendorff gerichtet hat, eine nicht jedem im Lande willkommene Aufklärung:

„... Ew. Exzellenz geben jetzt Ihre Denkwürdigkeiten heraus. Der Hauptvorwurf, der Ihnen gemacht wird, ist der, Sie hätten unter allen Umständen den Krieg bis zur völligen Niederwerfung der Feinde, d. h. bis zur Erreichung der weitestgehenden deutschen Kriegsziele führen wollen. Vor mir liegt die Niederschrift der eingehenden Unterhaltung, die ich im September 1917 mit Ew. Exzellenz in Kreuznach zu führen die Ehre hatte. Bei dieser Unterhaltung haben Ew. Exzellenz mir gegenüber zum Ausdruck gebracht, als ich sagte, daß es mir doch sehr erwünscht erscheine, die flandrische Küste in die Hand zu bekommen:

‚Ja, aber Herr Brockmann, wenn wir nun ohne die flandrische Küste jetzt oder bald den Frieden bekommen könnten, könnte man es dann verantworten, den furchtbaren Krieg deswegen noch fortzusetzen?‘

Auch bezüglich des Erzbeckens von Briey und der Campine machten Ew. Exz. hier Bemerkungen, wonach Sie darauf keinen so entscheidenden Wert legten und auch deswegen den Krieg nicht eine Stunde mehr fortsetzen wollten, wenn ein guter Friede ohne die zu haben sei. Sie sagten damals noch, die Berliner Regierung — ich meine, daß Sie den Grafen Roedern als Gewährsmann anzogen — hätte Ihnen Zahlen angegeben, wonach dieser Erwerb garnicht so bedeutungsvoll für unsere deutsche Volkswirtschaft wäre.

Ich gestehe ruhig ein, daß ich damals über Ihre Auffassung sogar im Innern recht enttäuscht war, da ich selber mit der festen Überzeugung nach Kreuznach gekommen war, daß wir die flandrische Küste und das Erzbecken von Briey unbedingt in unsere Hände bekommen müßten. Erst durch diese Unterhaltung mit Ew. Exzellenz bin ich darin schwankend geworden, ebenso wie ich andererseits in meiner Überzeugung durch den Besuch im Großen Haupt-Quartier bestärkt worden bin, daß der Krieg nur gewonnen werden könnte, wenn der unseligen Miesmacherstimmung in der Heimat Einhalt geboten würde.

Da Ew. Exzellenz in dem Briefwechsel mit Herrn Scheidemann selber verlangen, vor einen Staatsgerichtshof gestellt zu werden, so halte ich mich für verpflichtet, meine Zeugenschaft zu diesen Punkten Ew. Exzellenz hierdurch als ehrlicher deutscher Mann anzubieten. Auch sonst können Ew. Exzellenz von diesen Mitteilungen jeden beliebigen Gebrauch machen. Mit dem Ausdrucke meiner unwandelbaren Verehrung und Treue verbleibe ich

Ew. Exzellenz ergebenster

Gez. Brockmann, R.-A.“

Die Sonne bringt es an den Tag, sei es auch, daß sie über einem zertrümmerten Deutschland aufgeht.

Deutschland war zu einem Frieden mit Ehren jederzeit bereit. Lloyd George aber sagte im Februar 1917 (Deutscher Reichsanzeiger vom 5. Februar 1917) in einer Rede zu Carnarvon: „Ein Friede ohne Sieg würde keinen Frieden bedeuten, sondern eine Ruhepause, um dem Feinde Zeit zu geben, sich zu erholen."

Ein Friede mit dem zaristischen Rußland war möglich — aber wenn Bethmann unter dem Beifall seiner linksorientierten Mehrheit Polen selbständig machte und den Juden Warburg zu dem russischen antisemitischen Beauftragten Protopopoff schickte; wenn die ganze Sozialdemokratie, als Beherrscherin des Bethmannkurses, sich gegen jeden Sonderfrieden, insbesondere gegen einen solchen mit Rußland wandte, dann war der Friede eben nicht möglich, dann wurde der Krieg verlängert, wie ihn Haase und Trotzki einträchtiglich verlängert haben, um der Revolution in Deutschland willen.

Gegen ihren Willen kam Brest-Litowsk. Diesen Frieden will man dem Volk als „Gewaltfrieden" vorreden, obgleich die Mehrheitssozialisten nicht dagegen zu stimmen wagten und Erzberger ihn als durchaus im Rahmen der Friedensentschließung vom 19. Juli 1917 liegend bezeichnet hat. Und der Reichskanzler Graf Hertling hat am Montag, den 18. März 1918 (Stenogr. Bericht S. 4425) über den Brest-Litowsker Friedensvertrag zutreffend geurteilt: „Wie Sie beim ersten Blick ersehen haben, enthält der Vertrag keinerlei für Rußland entehrende Bedingungen, keine drückenden Kontributionen, keine gewaltsame Aneignung russischer Gebiete." Und als er dies sagte, unterbrachen ihn nur die Zurufe der Unabhängigen. Die aber sind die ärgsten Helfershelfer des Auslands gewesen und sind es mit ihren Putschen und Streiks noch heute.

Ihnen bescheinigt Noske, daß sie mit den verschiedensten Argumenten wiederholt die Kredite bewilligt hätten: „Ein Argument war, daß man am 4. August Gefahr gelaufen wäre, vor dem Brandenburger Tor totgeschlagen zu werden, und heute ist ein Argument, daß die Ablehnung wieder für die Sicherheit der Haut notwendig ist. Das Beispiel der Kreditverweigerung hat übrigens die erwartete Nachahmung weder der französischen noch der englischen Sozialisten gefunden."

Und weiter: „Wir verkennen auch jetzt nicht, daß die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes und damit die Zukunft der

deutschen Arbeiterklasse, noch immer auf das ärgste gefährdet erscheint. (Sehr richtig! links und rechts.) Höchste Not unseres Landes verpflichtet nicht dazu, auf jede Kritik zu verzichten, wie es zum Beispiel italienische Sozialisten taten, als das italienische Heer am Isonzo zusammenbrach. Aber ich bestreite, daß das beinahe wollüstige Wühlen in den Wunden des Reichs den Interessen des Proletariats dient. (Lebhaftes Bravo links und rechts.) Das Haus brennt, und der Herr Abgeordnete Haase hat nach meinem Empfinden gestern Öl ins Feuer geschüttet (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) und dazu beigetragen, daß die Rettungsmannschaft einander in die Haare gerät. Meine Fraktion will, daß dem deutschen Proletariat das Dach über dem Kopfe erhalten bleibt. Ich teile die Auffassung des Herrn Haase, daß große Teile der deutschen Wirtschaft für die Sozialisierung reif sind. Deshalb wollen wir sie aber nicht durch den Bürgerkrieg erst zugrunde richten und dann anfangen, sie neu zu schaffen." (195. Sitzg. vom 24. Oktober 1918 S. 6212 f.).

Ernst Heilmann aber, der Mann von der „Glocke", gibt als Mehrheitssozialist den Haase-Braunsteingenossen folgenden Stammbucheintrag (Ostd. Rundschau, 29. Juni 1919):

„Der Friede von Brest-Litowsk trennte Finnland, das Baltikum, Litauen, Polen, die Ukraine und den Kaukasus von Rußland. War das ein Länderraub? Ein schamloses Gewaltverbrechen? Die Internationale Sozialistenkonferenz in Amsterdam hat vom 27. bis 29. April in Abwesenheit der deutschen Mehrheitsdelegierten und in Anwesenheit des unabhängigen Delegierten Hugo Haase und der Frau Kautsky anerkannt, daß all diejenigen Gebiete, die im Brester Frieden von Rußland losgerissen wurden, tatsächlich nie zu Rußland gehörten. Was Rußland im Brester Frieden verlor, wurde ihm nach dem einmütigen Urteil der sozialistischen Internationale mit Recht genommen, denn in all den von Rußland getrennten Gebieten wohnen keine Russen, sondern Völker, die so schnell wie möglich vom russischen Joche befreit zu sein wünschten.

Was hat diese Rückgängigmachung zaristischer Raubzüge mit den Friedensvorschlägen von Versailles zu tun, die fünf Millionen Deutsche gewaltsam unter fremdes Joch zwingen wollen?! Nur ein böswilliger Betrüger kann das überhaupt in Parallele stellen. (Der ‚Arbeiterzeitung' zur geneigten Kenntnis!) Der Friede von Brest entspricht mit der von ihm gezogenen Grenze Rußlands genau der Gerechtigkeit, diese Grenze kann Bestand haben.

Der Friedensvorschlag von Versailles zieht willkürliche, ungerechte Grenzen, die nicht bestehen dürfen, wenn Deutschland in der Welt je Gerechtigkeit finden soll. Aber der ganze Geist von Brest war ein anderer als der von Versailles. Dort der Ausgleichsfriede, wenn auch unter Abstoßung der russischen Fremdstämmigen, hier der Straf- und Rachefrieden in bester Form. Dabei hätte das siegreiche Deutschland mit mindestens ebensoviel Recht die russische Gesamtmobilmachung für den Weltkrieg verantwortlich machen können, wie die Verbündeten Deutschland dafür verantwortlich machen.

Aber das hohenzollernsche, verjunkerte, militaristische Deutschland anerkannte, daß die russische Sowjetrepublik nicht für die Schandtaten des Zarismus verantwortlich sein könne — uns auferlegt man die Strafe für die Sünden der kaiserlich deutschen Regierung und vollstreckt sie an der deutschen Volksrepublik. Wie glücklich wären wir, wenn wir einen Brester Frieden bekämen statt des Friedens von Versailles. Einen Brester Frieden wollen wir unterzeichnen — den Frieden von Versailles unterzeichnen können wir nicht. Aber wie denn! Die Unabhängigen rühmen sich stolz, daß sie gegen den Gewaltfrieden von Brest gestimmt hätten! Weil er Rußland Gewalt angetan hätte! Und dieselben Unabhängigen fordern, daß wir schon bei Beginn der Verhandlungen erklären, daß wir den Frieden von Versailles, gleichviel, was er enthält, unterschreiben werden. Weil er Deutschland Gewalt antut! Solche russischen Patrioten in Deutschland hat die Welt wahrhaftig noch nicht gesehen."

8. Das trübe Ende.

Im Osten der Friede verhindert — im Westen zum Überdruß angeboten — im Innern schrankenloser Wucher, Zwangssozialismus, Kriegsgewinnlerei, Unterdrückung der Nationalen, Hätschelei der Internationalen jeder Farbe, Zertrümmerung des Mittelstandes, Aushöhlung der Staatsautorität, Unterwühlung der Moral auf allen Gebieten, Unterernährung in weiten deutschen, Kriegshyänenmästung in jüdischen Kreisen — im Heere Lockerung der Disziplin und leider, leider genug Menschliches und zu wenig Verantwortungsgefühl und Selbsterziehung in immerhin bedauerlich zahlreichen Fällen. Dazu die Arbeit der feindlichen Flugblätter, die sehr bald das Gift der sozialistisch-demokratischen Reichstagsreden und Zeitungsaufsätze wirksam in unsere

Schützengräben beförderten — weshalb verbreiteten wohl unsere Feinde ein Giftblatt als „Frankfurter Zeitung"? —, die Teufelslehre des Bolschewismus, der Verzichtwille bei der Mehrheit, der Bulgarien mit zum Wanken brachte und im Heere die Frage immer lauter werden ließ: Warum noch kämpfen, wenn (nach Kühlmann) auch der größte deutsche Sieg nicht die deutschen Ziele, d.h. den glatten Verzicht auf jede Entschädigung zu ändern vermag? So kam der Einsturz. Die süddeutsche Kleinbürgerdemokratie der Haußmann, Gröber, „von" Payer, Erzberger und Fehrenbach trug die Germania zu Grabe, und Scheidemann und Ebert hielten ihr die Totenreden, nachdem der Kanzler der „Unterirdischen, Prinz Max von Baden, die letzte seiner von Haußmann oder seinen Geistesverwandten redigierten Vorlesungen im Reichstag getätigt hatte. Kaiser Wilhelm wird vom Thron heruntergelogen, und der brutale rote Lappen steigt an deutschen Schlössern hoch. Das Schießverbot erleichterte die selbstverständlich gewollte Revolution. Throne stürzten, Fürsten ergaben sich ohne Gegenwehr in ihr Schicksal. „Deutschland ist beim Harakiri angelangt. Wir sehen ruhig zu und warten. Das weitere wird von selbst kommen, denn unser Weizen blüht." So urteilten hochstehende Franzosen, und sie hatten nur zu recht. (Vgl. Hans Wram, Kriegsbilder aus Paris 1914 bis 1917, Verlag Frankfurter in Leipzig.)

Der Revolution folgten die furchtbaren Waffenstillstandsbedingungen, „wie die Trän auf den herben Zwiebel". Man log dem müden deutschen Volke vor, es brauche bloß Monarchie und Militarismus abzuschaffen, brauche sich bloß zu „demokratisieren", dann werde alles gut werden, die Entente führe nur gegen den „Kaiserismus" Krieg.

Schrieb doch die „Arbeiterzeitung" des Juden Austerlitz zu Wien, im Morgenblatt vom 6. November 1918, ebenso schamlos als verlogen:

„Aber nun verübt Wilhelm das schändlichste Verbrechen an Reich und Volk, nun erweist er ganz seine wie moralische so geistige Minderwertigkeit. Die weitesten Volkskreise zeigen mit Fingern auf ihn, bezeigen seiner Verbissenheit ungescheut die stärkste Verachtung; er sieht, hört und spürt es, daß das ganze deutsche Volk ihn als Hindernis eines noch halbwegs billigen Friedens betrachtet, und der Mensch ist nicht wegzubringen, er beharrt darauf, seinen Platz zu behaupten. Ist das nicht einfach abscheulich?

Die Verteidiger dieser kaiserlichen Kleberei berufen sich darauf, daß es doch eine unerhörte Demütigung wäre, wenn Deutschland gezwungen wäre, sich auch diesem Diktat der Feinde zu beugen.

Wenn dem Deutschen Reiche keine andere Demütigung oder Verletzung drohte, als daß die Feinde es übernehmen, das deutsche Volk von diesem Kaiser und überhaupt von der ganzen monarchischen Unnatur zu befreien, so wäre das wirklich auszuhalten. Wir hätten es ja gleichfalls lieber gesehen, wenn sich das reife und geistige deutsche Volk selbst befreit hätte; aber man muß das Gute nehmen, von wannen es kommt. Indes ist es gar nicht wahr, daß Wilson den Abzug des Kaisers gefordert, ihn als Bedingung aufgestellt habe. Dieser Eingriff in Deutschlands innerpolitische Verhältnisse ist nicht sichtbar geworden. Wohl aber hat die Entente Deutschland zu verstehen gegeben, daß sie ein von dem „monarchischen Autokraten" befreites Deutschland ungleich freundlicher und günstiger behandeln würde als ein mit dieser Autokratie noch behaftetes Reich; hat deutlich gesagt, daß sie sich gegenüber einem von Wilhelm noch regierten Lande aller Rücksichten entbunden fühlen, die Bedingungen dann aus Sicherheitsgründen beträchtlich verschärfen werde. Daß die Entente so lange beraten, die Bedingungen so lange vorenthalten hat, war ein deutlicher Wink: einesteils sollte mit der Verzögerung Deutschland weiter unter schmerzlichem Druck gehalten werden, anderenteils sollte Deutschland klargemacht werden, daß man in Versailles auf Wilhelms Abdankung warte, weil der Inhalt der Waffenstillstandsbedingungen von ihr recht wesentlich abhängen wird. Daß die Entente nicht gesonnen ist, die demokratische Neugestaltung in Deutschland, die ohne Zweifel eine Tatsache ist und vielleicht tiefer reicht als heute sichtbar, für Wilhelms Rücktritt als Ersatz anzunehmen, daß sie sich mit der Degradierung des Kaisers nicht zufrieden geben will, vielmehr sein Verschwinden begehrt, ist schon lange klar; und dabei ist es ganz unerheblich, ob die Entente vernünftig oder unvernünftig, gerecht oder ungerecht handelt; sie hat nun die Macht und sinnlos wäre es, gerade an diesem Punkte ihre Macht nicht anerkennen zu wollen."

Und weiter: „Wenn die Reformen, die jetzt im Reiche geschehen sind und die sich doch aus ihrem eigenen Gewicht weiter fortsetzen müssen, ehrlich gemeint sind, so ist die deutsche Kaiserwürde kaum der Schatten der Maria; wenn das Reich es nicht bloß aushält, vielmehr geradezu braucht, daß die Macht des Kaisers begrenzt, eingeschränkt, ausgehöhlt wird, warum soll es dann eine Gefährdung des deutschen Volkes sein, wenn es überhaupt von keinem Kaiser regiert wird, sondern sich selber regiert, auf diese äußerliche

Repräsentation verzichtet, sich selber vertritt? Nicht um des deutschen Volkes willen wird Wilhelm zurückgehalten; das deutsche Volk muß weiter bluten und unheilbaren Schaden auf sich nehmen, weil der Kaiser nicht gehen will. Das ist die Wahrheit und sie wird dem deutschen Volke immer klarer."

Der Kaiser mußte gehen. Das Heer zerfiel, das Reich wankt in seinen Grundfesten. Das war des Pudels Kern.

Aber dem deutschen Volk ist nichts, aber auch nichts bei seiner Kapitulation und in Versailles geschenkt worden, erst recht nicht, nachdem die Revolution das deutsche Schwert zerbrochen hatte. Das Wesen des Staates ist die Macht. So war es, so bleibt es bis an das Ende der Tage. Und es verdient mit ganz besonderer Liebe betrachtet zu werden, was Herr Konrad Haußmann unter dem Eindruck dessen gesagt hat, was uns die Giftmischer des Vielverbandes in Versailles an scheußlichen Latwergen zurechtbrauten:

„Hätte unser Heer, hätten unsere Arbeiter am 5. Oktober und 9. November gewußt, daß der Friede so aussehen würde, das Heer hätte die Waffen nicht niedergelegt, alles hätte ausgehalten."

Ja, zum Teufel, wer hat denn dem deutschen Volke vorgelogen, die Entente sei nur gegen die Regierenden? War es nicht die Demokratie aller Spielarten?

Und waren es nicht die viel geschmähten Alldeutschen, die auch hier klar sahen und dem deutschen Volke die Wahrheit über das ihm drohende Schicksal sagten? Wer ist also in Wahrheit der mit ungeheuerster Schuld Belastete?

Und wer gehört vor den Staatsgerichtshof, vor den Rächerstuhl der Geschichte? Auf einer Kriegstagung des „Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" (besser: Blutes) sagte der Geh. Justizrat Dr. Fuchs:

„Wenn man uns von einem Kriege mit zwei Fronten sprach, so lächelten wir in dem überheblichen Bewußtsein, daß das Schreckgespenster seien, die uns die Chauvinisten, die Alldeutschen, die Militaristen vortäuschten, um von uns neue Opfer für Kriegsrüstungen herauszuschlagen. Und nun ist das Unzulängliche (?) Ereignis geworden." („Im Deutschen Reich" Nr. 1/2, Januar-Februar 1915 S. 5). „Eine Sturmflut der Begeisterung erhob sich so riesengroß, so gewaltig, daß sie jeden mit sich fortriß." ... „aber das Vertrauen in unsre Heeresleitung war unerschütterlich. Alle beseligte die unverwüstliche Hoffnung, wir werden, wir müssen siegen."

Und ebenda Seite 8: „Für die Nation ist der Krieg nicht bloß der Zerstörer, sondern der Erbauer. Was der Krieg durch Blut und Eisen zusammengeschweißt hat, ist unvergänglicher als alle Gebilde des Friedens.“ Und S. 9: „Das ist die läuternde und erhebende Kraft des Krieges, daß ihm alles Kleine und Vergängliche klein und nur das Große und Ewige groß erscheint.“ Das sagte Herr Fuchs, und das stand nicht in den „Alldeutschen Blättern“. Und dieser selbe Herr Fuchs meinte ebenda S. 11 f.:

„Mit Recht durfte der Kaiser in seinem Aufruf an das deutsche Volk von sich sagen:

‚Seit der Reichsgründung ist es durch 43 Jahre mein und meiner Vorfahren heißes Bemühen gewesen, der Welt den Frieden zu erhalten und im Frieden unsere kraftvolle Entwicklung zu fördern.‘

Weil wir von uns sagen können, daß wir den Frieden ehrlich gewollt, nicht Weltherrschaft erstrebt, sondern nur einen bescheidenen Platz an der Sonne haben wollten, weil wir aber bereit sind, für des Vaterlandes Wohlfahrt nicht bloß den letzten Penny (!), sondern auch den letzten Blutstropfen herzugeben, deshalb werden wir siegen. Ja, wir werden siegen!“

War das ehrlich gemeint? Herr Fuchs sagte nämlich (S. 16): „Siegreiche Kriege mögen den chauvinistischen, völkischen Geist stärken, Teutonentum und Autochthonentum üppig ins Kraut schießen lassen.“ Und deshalb schreibt Herr Siegfried Jakobsohn in Nr. 44, 1918, seiner „Weltbühne“, im Geiste Witkowski-Hardens:

„Mußte das so kommen? Wir möchten meinen, daß allerdings ein anderer Ausgang kaum zu erwarten war. Hat es doch gleich zu Beginn des Krieges Männer gegeben und nicht die schlechtesten, die solchen Ausgang gewünscht haben, weil von ihm allein unserem Lande Gesundung, politische Vertiefung und geistige Reife kommen konnte. Man stelle sich nur einmal vor, was aus Deutschland geworden wäre, wenn wir in einem einzigen siegreichen Anrennen Europa unter die Füße bekommen hätten. Den Leutnant in Ehren: aber wäre es denn einem Zivilisten überhaupt noch möglich gewesen, ohne gebrochene Knie der Uniform zu begegnen? . . .

Wir haben hier immer und immer wieder darauf hingewiesen, daß Deutschlands innere Struktur ihm nicht die Berechtigung gebe, sich auch nur neben England zu stellen.

Mögen graue Generale und strickende Jungfern getrost an Schill und Blüchern sich erhitzen, das tut nichts. Das kann sogar rührend sein. . . .“

Das ist der Heinegeist, der stets verneinen muß. Der die Hohenzollern brauchte, solange sie zum Aufstieg der Unterirdischen nötig waren, der sie als „edle" Fürsten pries, wenn es galt sie für jüdisches Bestreben auszunutzen, und der sie in widerlicher Weise umschmeichelte, als ihnen noch die Sonne des Glückes leuchtete.

In der Beilage zur „Jüdischen Presse", Nr. 23, 1913, ist ein „Programm zum 25jährigen Regierungsjubiläum Sr. Majestät des deutschen Kaisers und Königs von Preußen, Wilhelm II., am 16. Juni 1913" abgedruckt, in dem wir folgendes lesen dürfen:

„In Alldeutschlands, unsres Vaterlandes, Gauen jauchzen mit all seinen Söhnen und Töchtern auch die Kinder Israels... Wilhelm II., Preußens König, des Deutschen Reiches Kaiser begeht das 25jährige Jubelfest seiner herrlichen Regierung. Israel hat von jeher in Treue und Dankbarkeit seinen Königen und Fürsten gehuldigt und sie als von Gott, dem König aller Könige, in Gnaden eingesetzt anerkannt .... Jetzt aber ziert Preußens König Deutschlands Kaiserthron, unser vielgeliebter, mit Namen und Ansehen weithin leuchtender Friedensfürst Wilhelm II. Nachdem unsere beiden großen Kaiser Wilhelm I. und Friedrich III. nach Gottes Fügung so schnell hintereinander das Zeitliche gesegnet hatten, ward er unser Herrscher. Wenn je einem Landesfürsten der Ehrenname des Friedreichen von der Geschichte zuerkannt werden wird, wird es unser Kaiser und König sein. Heil ihm! .... Was sagt doch der große Prophet Jesajah von dem erwarteten Messias, dem Friedenskönig der Zukunft? ‚Man nennt seinen Namen Ausgezeichneter, Berater, starker Held, zäher Führer, Fürst des Friedens, so daß zunimmt die Herrschaft und des Friedens kein Ende ist.' (Jes. 9, 5—6.) Gilt nicht auch von unserm Kaiser solch herrliches Zukunftsbild? .... Aber unser Kaiser ist ein wahrer Held. ... Und mit dem Frieden nach außen hat unser vielgeliebter Kaiser die Gewähr und Sicherheit, die Stärkung des Wohles im eignen Lande unablässig erhöht ... dank der ernsten, gewissenhaften Fürsorge ihres mächtigen Beschützers, unseres erhabenen Kaisers. Heil ihm! .... aus unseres Kaisers verständnisreichem Zuruf, dem (!) Ehrendoktor aller Wissenschaften und Künste ... und unser König zeichnet sie (‚Israels Söhne') in gerechter Würdigung durch seine hohe Anerkennung aus. Heil, Kaiser Wilhelm II., Dir! ... unser erhabener Monarch ... Er schöpft aus dem Quell seines hoheitsreichen Wesens ... Ein herrliches Gemeinwohl, fast ohnegleichen in der Welt .... die heilige Gesinnung, welche von dort in unser Land strömte. Ein inniges Familienleben umschließt

alle Glieder des königlichen Thrones. In unserer erhabenen Kaiserin steht wacker und ebenbürtig unserm bewunderungswürdigen Kaiser die Lebensgefährtin zur Seite ... Ein Vollmaß irdischer Erhabenheit umspielt unseres Vaterlandes Königsthron .... Dankbar huldigen wir Dir in Dankbarkeit und Treue von jetzt an bis ans Lebensende und schreiben Deinen herrlichen Namen auf unseres frohen Herzens Tafeln ..."

Ruft da nicht einer: „Nachbarin, Euer Fläschchen!"? Und hören wir da nicht Schwechtens wahre Worte:

Sie wedeln herum um die Throne
In hündischer Kriecherei
Und werden zum Lohne Barone
Und fressen die Völker dabei. —?

Herrlichen Zeiten wollte uns der Kaiser entgegenführen; wem sie aber zuteil geworden sind, das sieht nach und nach auch der Ärmere im Geiste ein. Die soeben teilweise mitgeteilte Festpredigt des Rabbiners Dr. B. Koenigsberger in Berlin, die weiß, was sie besagt, wenn sie für den „vielgeliebten Herrscher", für „Kaiser Wilhelm II. ruhmvolles Haupt" den reichsten Segen vom „Allvater" erfleht und mit dem Wunsche schließt: „und führe uns unter seinem Szepter entgegen der herrlichen Zukunft der Messiaszeit, die Du uns und der Menschheit in Deiner Gnade verheißen hast!" Und der weiter oben genannte Dr. Fuchs meint (a. a. O. S. 7): „in dem Wüten der Kriegsfurie zeigt sich ein Friede im Innern, wie wir ihn von der messianischen Zeit, vom goldenen Zeitalter, nicht von der eisernen Zeit erwarteten und erstrebten." Das war der Burgfriede, der Wucherfriede. Dann kam der Verständigungsfriedensgedanke, aber nur bei den Deutschen, von dem Friedens-Fried und allen Internationalen immer lauter gefördert.

Deutschland sollte und durfte nicht siegen. Vom deutschen Sieg redete man nur, als es die Konjunktur ersprießlich erscheinen ließ. Die alljüdische Allianz, die semitischen Weltbünde standen von Anfang an gegen Deutschland. Und als Deutschland unterlag, war es der Fried der „Friedenswarte", der das begrüßte. Das war die Verständigung, über die sich die internationalen „Zuständigen" längst verständigt hatten.

Jetzt sehen auch die gestürzten Hohenzollern das fressende Völkergift. Prinz Heinrich von Preußen stellt in den „Hamburger Nachrichten" die Forderung, den semitischen Geist auszuscheiden. Eine schmerzlich späte Erkenntnis!

Jetzt will man den „vielgeliebten Herrscher", den „Friedensfürsten", den Bringer des messianischen Zeitalters, seinen racheschnaubenden Feinden ausliefern. Wofür? Dafür, daß der Kaiser in der Osterbotschaft, den Friedensangeboten, in seiner Verständigungspolitik stets mit der Linken ging und damit die Rückständigkeit oder die Schwäche Deutschlands erbarmungslosen Gegnern kundtat und zugab? Am 27. Februar 1917 „dankt das deutsche Volk aus innerstem Herzen, daß der Kaiser und seine Berater sich bemüht haben, die Beendigung des Krieges, des Blutvergießens, der Verwüstungen herbeizuführen". Der das sprach, war der demokratische Abgeordnete Dr. Wiemer im Reichstag. Heute pfeifen die Herren auf die Monarchie. Heute wollen sie Kaiser Wilhelm wie Hindenburg, Tirpitz und Ludendorff, die man ehedem „Gott sei Dank!" hatte, an den Pranger stellen. Der Geist Kleons, des Gerbers, feierte nicht bloß Triumphe im alten Athen. Wo sind nun die jüdisch-demokratischen Byzantiner, die den Kaiser hündisch umkrochen?

Heute hat Ludendorff Deutschland „durch einen Krieg vernichtet"; heute feiern die „Monarchisten" im demokratischen Lager die Revolution und wollen sie (mit der Frankfurter Zeitung) „durchführen". Denn „die Revolution sprang wie eine reine Flamme auf".... „Der Wille der deutschen Revolution ist rein, ihre Stirn leuchtet voll Hoffnung in das zertretene Land." So schrieben demokratische Flugblätter. Was ist Wahrheit? Nun, die Revolution hat wacker gezeigt, was sie nicht kann. Narren warten noch auf ihr Zukunftswerk. Können Verneiner bauen? Am 15. Oktober 1916 schrieb ein durch die Engländer zurückgehaltener Deutscher von der Insel Man: „Aber die Linke schadet dem deutschen Lande mehr als Millionen Feinde!" Dieser Wahrheit eine Gasse! Nur durch sie kommt der Weg zum Aufstieg, den wir ersehnen. Heil der Stunde deutscher Erkenntnis!

Diese Erkenntnis aber besagt, daß Linke wie Entente Werkzeuge des jüdischen Würgers sind. Sie besagt ferner, daß erst die jüdische Zwingburg bersten muß, wenn die deutsche Fahne wieder flattern soll. Wehe bald wieder hoch im Winde, du vielgeliebte deutsche Flagge!

